

Das Argument

32

7. Jahrgang 1965

Faschismus-Theorien (II)

Dieter Grosser: Die nationalsozialistische Wirtschaft. Die deutsche Industrie und die Nationalsozialisten: Partnerschaft beim Griff nach der Weltmacht	1
Reimut Reiche und Bernhard Blanke: Kapitalismus, Faschismus und Demokratie	12
Reinhart Westphal: Psychologische Theorien über den Faschismus (Vorbemerkung: Wolfgang Fritz Haug)	30

Besprechungen

I. Faschismus-Literatur (A. Zu Geschichte und Soziologie; B. Zur Sozialpsychologie des Faschismus; C. Judenverfolgung)	40
II. Allgemeine Besprechungen	58

Die nationalsozialistische Wirtschaft

Die deutsche Industrie und die Nationalsozialisten: Partnerschaft beim Griff nach der Weltmacht

Die Rolle der Industrie in der nationalsozialistischen Diktatur ist noch immer umstritten. Haben die deutschen Wirtschaftsführer bei der Geburt des nationalsozialistischen Regimes Pate gestanden, weil sie in einer antimarxistisch-bürgerlichen Einparteiendiktatur das einzige Mittel zur Erhaltung des in der Wirtschaftskrise schwer angeschlagenen Kapitalismus sahen? Haben die Konzernherren gar nach der Machtergreifung Hitlers den entscheidenden politischen Einfluß hinter den Kulissen ausgeübt? Oder wurde die Wirtschaft von den Nationalsozialisten ebenso gleichgeschaltet wie alle anderen Gruppen und Institutionen der deutschen Gesellschaft und zum machtlosen Instrument in der Hand der nationalsozialistischen Führer? Alle diese Thesen sind in ihrer einseitigen Zuspitzung falsch. Das Verhältnis der Wirtschaft zur nationalsozialistischen Diktatur war viel komplizierter und änderte sich zudem erheblich im Laufe der Zeit. Der Schwerpunkt der modernen Wirtschaft liegt bei der Industrie, die schon in der nationalsozialistischen Zeit rund 40 % des Nettosozialproduktes erzeugte. Im folgenden soll daher die Rolle der Industrie in der nationalsozialistischen Herrschaft skizziert werden. Im Denken Hitlers und des engeren Führungskreises der NSDAP spielten wirtschaftliche Fragen eine untergeordnete Rolle. Zwar erklärte Hitler, daß der Kampf gegen das internationale Finanz- und Leihkapital zum wichtigsten Programmpunkt des Kampfes der deutschen Nation um Unabhängigkeit und Freiheit geworden sei; zwar erkannte er, daß die Verwirklichung seines Weltmachttraums von ausreichenden Rohstoffzufuhren und von einer funktionierenden Wirtschaft abhängig war; zwar war er sich nach 1933 bewußt, daß nichts sein Regime so festigen würde wie die Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Es fehlte ihm aber jedes Verständnis für wirtschaftliche Eigengesetzlichkeiten. Er betrachtete die Wirtschaft wie einen militärischen Apparat, der auf Kommando reagieren und alles Gewünschte produzieren muß. Er war daher auch bereit, in wirtschaftlichen Fragen erhebliche Macht zu delegieren, vorausgesetzt, daß er jemanden fand, der ihm die Wirtschaft dienstbar machte. Von 1934 — 1936 besaß er in Schacht einen solchen Zauberkünstler, und es ist bezeichnend, daß Schacht, der keineswegs zu den zuverlässigen Nationalsozialisten zählte, Hitlers bisherige wirtschaftliche Berater kaltstellen konnte. Als Schacht nach 1936 die rücksichtslose Rüstungsfinan-

zierung, die Hitler nun wünschte, nicht mehr mitmachte, wurde er gestürzt, und Göring versuchte sich nun in der Rolle des Wirtschaftsdiktators. Da er dazu gänzlich unfähig war, entwickelte sich allmählich ein Chaos, das die Leistungsfähigkeit des Regimes schwer beeinträchtigte. Erst nach dem Schock von Stalingrad gelang es Speer, die Kriegswirtschaft so zu organisieren, daß sie ihre Aufgaben im Rahmen des Möglichen einigermaßen erfüllen konnte.

Die Wirtschaftspolitik hatte für Hitler stets eine sekundäre, meist eine rein taktische oder propagandistische Bedeutung. Vor 1930 pflegte die nationalsozialistische Propaganda einen Antikapitalismus, mit dem der Stimmung der vom Wettbewerb überlegener Großbetriebe bedrohten Mittel- und Kleinunternehmer entsprechen werden sollte. Die Angriffe galten vor allem dem „jüdischen Finanzkapital“, das angeblich die Konzerne und Warenhäuser beherrschte und die Existenz des Mittelstandes gefährdete. Diese Taktik hatte erheblichen Erfolg. Viele Angehörige des Kleinbürgertums und der Bauernschaft wurden Nationalsozialisten, weil sie sich als Einzelhändler, Angestellte, Bauern in ihrer wirtschaftlichen Existenz vom Großbetrieb gefährdet sahen und antikapitalistischen Schlagworten zugänglich waren. Zugleich lehnten sie den Sozialismus strikt ab, weil ihr vermeintlich höherer gesellschaftlicher Status sie am Zusammengehen mit der Arbeiterschaft hinderte. Antisemitismus und Antikapitalismus ergänzten sich dabei vortrefflich. 1930 — 1933 vollzog sich in der Haltung Hitlers ein gewisser Wandel. Er wurde abhängig von finanzieller Unterstützung durch industrielle Unternehmer. Die Industrie begann sich für die NSDAP zu interessieren: weniger, weil die Unternehmer von der Naziideologie beeindruckt waren — Ausnahmen bestätigen die Regel —, sondern weil sie angesichts des gewaltigen Anstiegens der nationalsozialistischen Wählerstimmen mit einer Kanzlerschaft Hitlers zu rechnen begannen und es der Tradition der Industrie entsprach, rechtzeitig Verbindungen mit einer möglichen Regierungspartei anzuknüpfen. Das Motiv der Rückversicherung spielte dabei die gleiche Rolle wie das Bestreben, Kontakte herzustellen, die sich eines Tages zur Einflußnahme verwenden lassen würden. Dazu kam bei einigen Großunternehmungen z. B. bei der IG Farben, die Hoffnung, eine nationalsozialistische Regierung würde die Entwicklung neuer Produktionsverfahren zur Herstellung synthetischer Rohstoffe fördern. Aus allen diesen Gründen begannen Spenden aus Kreisen der Industrie an die NSDAP zu fließen. Sie waren eingestellt worden, wenn Hitler sich auf einen antikapitalistischen Kurs festgelegt hätte, wie es starke Kräfte in der NSDAP wünschten. Der Antikapitalismus trat daher in den Hintergrund. Es blieb davon nichts übrig als eine Sondersteuer für Warenhäuser (Juli 1933) und das kurzlebige Experiment mit einer berufsständischen Ordnung der Wirtschaft, das schon 1934 unter dem Druck großindustrieller Interessen aufgegeben wurde.

Angesichts dieser ökonomischen Grundsatzlosigkeit der Nationalsozialisten waren ihre wirtschaftspolitischen Maßnahmen ganz undogmatisch von der jeweiligen Zielsetzung und von taktischen Rücksichten auf Interessengruppen bestimmt. Gerade weil Hitler keine festen wirtschaftspolitischen Vorstellungen hatte, war er bereit, den Wünschen mächtiger Interessenten entgegenzu-

kommen, vorausgesetzt, daß diese wiederum bereit waren, seine langfristigen Ziele zu fördern. Hierin lag eine entscheidende Möglichkeit für die Industrie, ihre Sonderwünsche zu verfolgen.

Welches waren nun die Ziele Hitlers, soweit sie wirtschaftspolitische Konsequenzen hatten? Im Jahre 1933 stand die Arbeitsbeschaffung im Vordergrund. Obwohl sich nachweisen läßt, daß Hitler von Anfang an den Angriffskrieg als Mittel zur Erreichung der Weltmachtstellung plante (vgl. seine Rede vor den Reichswehrbefehlshabern am 3. 2. 1933), bildeten Rüstungsaufträge vorerst nur einen relativ kleinen Teil im Repertoire der wirtschaftspolitischen Maßnahmen, mit denen die Arbeitslosigkeit bekämpft wurde. Von den 5,5 Mrd. Mark, die für die Arbeitsbeschaffung im Rahmen des 1933 geplanten Programms 1933/34 ausgegeben wurden, flossen 2 Mrd. dem im September 1933 beginnenden Autobahnbau zu, über 1 Mrd. wurde für die Modernisierung der Eisenbahn ausgegeben, 0,9 Mrd. dienten der Reparatur von Privathäusern, mindestens eine halbe Milliarde wurde Unternehmern für die Reparatur und den Ausbau von Fabrikgebäuden gewährt. Der als Nachfolger von Hugenberg eingesetzte Wirtschaftsminister Schmitt (vorher Generaldirektor der Allianz-Versicherung) erklärte in einer Rede vor Unternehmern am 13. Juli 1933 noch beinahe im Sinne der liberalen Vorstellungen:

„Die Aufgaben, die der deutschen Wirtschaft gestellt sind, können nur von der Wirtschaft selbst, d. h. von den aus ihr herausgewachsenen verantwortlichen Führern gelöst werden. Der Staat soll verwalten und mit seiner Wirtschaftspolitik die Wirtschaft führen, aber nicht selbst wirtschaften . . . Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit kann nicht allein durch künstliche Arbeitsbeschaffung erfolgen“ (Gerhard Kroll, Von der Weltwirtschaftskrise zur Staatskonjunktur, 1958, S. 468).

Schmitt wollte durch staatliche Kreditzusagen und Zuschüsse eine Unternehmerkonjunktur in Gang bringen: die Gewinnerwartungen der Unternehmer sollten durch staatliche Anfangshilfen erhöht und die private Investitionsneigung sollte belebt werden. Direkte Staatsaufträge, wie den Autobahnbau, sah er als vorübergehende Belebungspritze an. Entscheidend war für ihn, daß die private Initiative möglichst bald die staatliche Initiative ablösen und einen normalen Konjunkturaufschwung auslösen würde. Daß Schmitt solche Vorstellungen in der Öffentlichkeit äußern konnte, weist darauf hin, daß Hitler 1933 noch recht unsicher war, wie die Wirtschaft auf die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen reagieren würde. Hitler hat sich bezeichnenderweise auch nicht bereitgefunden, konkrete wirtschaftspolitische Ziele im Jahre 1933 zu formulieren. Er verkündete lediglich, daß die Arbeitslosigkeit in vier Jahren beseitigt sein würde — mit welchen Mitteln, das sagte er nicht.

Während sein Wirtschaftsminister noch in Vorstellungen der liberalen Wirtschaftstheorie dachte, änderte sich Hitlers unsichere und abwartende Haltung. In den ersten sechs Monaten seiner Herrschaft war die Arbeitslosenzahl um beinahe 30 % gesunken. Es gelang, im Winter 1933/34 ein neues starkes Absinken der Beschäftigungszahlen zu verhindern. Im Dezember 1933 betrug die Arbeitslosenziffer nur noch 4 Millionen, 2 Millionen we-

niger als im gleichen Monat des Vorjahres. Die industrielle Gesamtproduktion war im gleichen Zeitraum um rund 20 % gestiegen. Die Initialzündung hatte funktioniert; bei weiterer staatlicher Hilfeleistung hätte der vollen Entfaltung der Unternehmerkonjunktur nichts mehr im Wege gelegen. Doch gerade dieser Anfangserfolg ließ Hitler sofort den nächsten Schritt auf sein eigentliches Ziel hin tun. Ihm lag nichts an der Erhöhung der privaten Investitionen und des privaten Verbrauchs. Seinem Griff nach der Weltmacht konnte die Wirtschaft nur dienen, wenn sie ihm die Mittel für eine gigantische Aufrüstung zur Verfügung stellte. Den vorsichtig eingesetzten Sporen der neuen Machthaber hatte sie sich 1933 sehr willig gezeigt. Schon im Spätsommer 1933 fühlte sich Hitler auch der Wirtschaft gegenüber sicher. Vom Frühjahr 1934 an wurden die auslaufenden Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen durch rasch steigende Rüstungsaufträge des Staates ersetzt. Die Staatskonjunktur trat an die Stelle der Unternehmerkonjunktur. Ende Juni 1934 übernahm Hjalmar Schacht, seit März 1933 Reichsbankpräsident, auch das Wirtschaftsministerium. Bis zum Herbst 1936 fällt Schacht die wirtschaftspolitischen Entscheidungen des Regimes. Er hatte die Aufgabe, Vollbeschäftigung durch Rüstungsausgaben zu erreichen und Deutschland dabei durch die unvermeidliche Devisen- und Rohstoffkrise zu schleusen. Zugleich war Schacht der Vertrauensmann der Industrie und der Banken, durchaus gewillt, die Interessen der Unternehmer gegenüber der Willkür von Parteiführern zu schützen. Unter Schacht entstand ein Lenkungsinstrument, das die Wirtschaft dem Staatswillen unterwarf, aber zugleich den Unternehmer, vor allem den Großunternehmer, gegenüber der Arbeiterschaft und dem Kleinunternehmer privilegierte.

Ein auf Rohstoffeinfuhren angewiesenes Land, das eine Depression durch Aufrüstung bekämpft, begibt sich auf einen sehr gefährlichen Weg. Volkswirtschaftlich gesehen bedeutet Rüstungsproduktion reine Verschwendung, es sei denn, man verkaufte die Rüstungsgüter ans Ausland. Eine volkswirtschaftlich sinnvolle Konjunkturpolitik hätte in den Jahren nach 1933 erstens den deutschen Export fördern, zweitens öffentliche Aufgaben wie Straßenbau, Wohnungsbau und Schulbau erfüllen und drittens die Produktion von Investitionsgütern zur Ausweitung der Konsumgütererzeugung anregen müssen. Durch eine solche Kombination der Maßnahmen hätte man die notwendigen Einfuhren bezahlen, dringende öffentliche Aufgaben erfüllen, die Einkommen erhöhen und der steigenden Kaufkraft eine entsprechende Verbrauchsgüterproduktion gegenüberstellen können. Zu einer Inflation hätte eine solche Politik nicht zu führen brauchen, auch wenn sie durch Kreditschöpfung finanziert worden wäre, da bis 1936 ungenutzte Produktionsmittel vorhanden waren. In Deutschland aber wurden durch ein riesiges Haushaltsdefizit vorwiegend Rüstungsausgaben finanziert. Von 1933 bis 1936 waren die Rüstungsausgaben höher als die Zunahme der gesamten schwebenden und konsolidierten Reichsschuld: die Reichsschuld stieg um etwa 13,5 Mrd. Mark, die reinen Rüstungsausgaben betragen im gleichen Zeitraum über 18 Mrd. Mark. Da das Volkseinkommen 1936 63 Mrd. Mark betrug, umfaßte das Defizit des Staatshaushaltes 1936 etwa 10 % des Volkseinkommens. Was das

bedeutet, wird klar, wenn man diese Relationen auf die heutigen Verhältnisse überträgt: das Defizit des Bundeshaushaltes würde 1964 etwa 30 Mrd. DM betragen, durch Kreditschöpfung würde beinahe die Hälfte aller Staatsausgaben finanziert! Diese riesigen Ausgaben dienten nun in erster Linie der Herstellung von Rüstungsgütern. Das Ergebnis hätte jeder Volkswirt vorhersagen können: Deutschland geriet rasch in Schwierigkeiten, durch Exporte die notwendigen Importe bezahlen zu können, und im Inland stand ein stetig wachsendes Volkseinkommen einem schrumpfenden Angebot an Konsumgütern gegenüber.

1936 war Vollbeschäftigung erreicht. Bis zu diesem Zeitpunkt war es Schacht gelungen, durch eine raffinierte Außenhandels-, Kredit- und Bewirtschaftungspolitik die Devisen für die notwendigen Importe zu beschaffen und den Preisauftrieb im Innern in Grenzen zu halten. Wenn Inflation und der Zusammenbruch des deutschen Außenhandels vermieden werden sollten, mußten von nun an die Rüstungsausgaben eingeschränkt und die Produktion von Investitions- und Konsumgütern gefördert werden. 1936 entschloß sich aber Hitler, die Rüstungsausgaben kräftig zu erhöhen: von 9 Mrd. 1936 stiegen sie auf 10,9 im Jahre 1937 und auf 15,5 im Jahre 1938. Darüber hinaus wurden im Rahmen des Vierjahresplans gewaltige, genau nicht feststellbare Summen in Industrien investiert, die allein der Kriegsvorbereitung dienten: synthetisches Benzin, Buna, Erzaufbereitung in Salzgitter. In seiner berühmten Denkschrift vom 4. September 1936, die den Vierjahresplan einleitete, verlangte Hitler, Wirtschaft und Wehrmacht müßten in vier Jahren kriegsbereit sein. Damit war ein entscheidender Punkt erreicht. Hitlers Weg mußte zum Zusammenbruch der Wirtschaft, zum totalen Devisenverlust und zur Geldentwertung im Inneren führen, wenn es nicht gelang, durch Ausbeutung anderer Länder die zur Aufrechterhaltung der deutschen Hochkonjunktur notwendigen Rohstoffe ohne angemessene Gegenleistung zu beschaffen. Die deutsche Wirtschaftspolitik nach 1936 ließ sich nur noch rechtfertigen, wenn man durch einen Raubkrieg den besiegten Gegnern die Kosten für die gigantische Ausweitung des Staatsverbrauchs aufzwingen wollte.

Schacht war nicht bereit, so weit zu gehen. Er wurde kaltgestellt, immer mehr wirtschaftspolitische Kompetenzen gingen in die Hand Görings als des Bevollmächtigten für den Vierjahresplan über. Die zunehmende Knappheit an Arbeitskräften und Gütern aller Art zwang zu immer schärferen Preis-, Lohn- und Arbeitsmarktkontrollen. Aus der unter Schacht entstandenen gelenkten Wirtschaft, die dem Unternehmer noch einen gewissen eigenen Entscheidungsraum ließ, wurde eine Befehlswirtschaft, in der Produktionsmittel und Rohstoffe streng rationiert wurden und ohne staatliche Genehmigung faktisch nichts mehr produziert werden konnte. Der Kriegsausbruch änderte an diesem Zustand nichts mehr, sondern verschärfte nur die Knappheitserscheinungen und führte zur Rationierung auch der Konsumgüter.

Für die Rolle der Industrie unter dem Nationalsozialismus ist es bezeichnend, daß auch nach 1936 und selbst nach Kriegsausbruch ihr dominierendes Interesse nicht verletzt wurde: die Gewinne der Industrie stiegen bis Kriegsende weitaus stärker als das Volkseinkommen oder gar das Einkommen der Unselbständigen, und im Gegensatz zu den Ersparnissen des durchschnitt-

lichen Arbeitnehmers, die 1945 jeden Wert verloren hatten, wurde der größte Teil der Gewinne der Industrie im Zuge der Selbstfinanzierung wieder investiert. Gewiß ist ein Teil dieser Anlagen durch Kriegseinwirkung zerstört worden; gewiß wurden Anlagen im Werte von Milliarden demontiert, gewiß wurden die reinen Rüstungsanlagen fast wertlos. Doch der Boden blieb, die Gebäude häufig auch, die Facharbeiter waren noch vorhanden. 1947 begannen die Wiederaufbaukredite zu fließen, und Kriegs- und Nachkriegsschäden wurden überraschend schnell überwunden. Die vor allem von Pritzkoleit verfochtene These, daß die wirtschaftliche Machtstellung vieler Großunternehmungen in der Bundesrepublik in den Gewinnen aus der Zeit der Rüstungs- und Kriegswirtschaft wurzelt, ist nicht abwegig.

1934 1936 1938

	1934	1936	1938
Löhne und Gehälter	31,2	37,7	45,7 Mrd
Vermögens- und Unternehmereinkommen	18,7	22,9	28,3 Mrd
plus unverteilte Gewinne	0,7	2,3	3,9 Mrd

(Die Statistik zeigt den Anstieg der Gewinne in der Industrie nur unzureichend, weil in den Vermögens- und Unternehmereinkommen auch das Einkommen des Handwerkers oder selbständigen Kleinbauern enthalten ist. Könnte man nur die Gewinne der Industrieunternehmungen erfassen, ergäbe sich noch ein weitaus höherer relativer Anstieg der ausgeschütteten und der zur Selbstfinanzierung verwendeten unverteilten Gewinne).

Die günstige Entwicklung der Gewinne der Industrie war erstens eine Folge der Lohnstoppmaßnahmen, gegen die sich 1933 Funktionäre der Arbeitsfront vergeblich gewehrt hatten und die von Unternehmern und der Ministerialbürokratie durchgesetzt worden war. Der Lohnstopp ließ sich 1933 mit dem Argument verteidigen, daß es bei der hohen Zahl der Arbeitslosen nicht darauf ankam, die Löhne der Arbeitenden zu erhöhen, sondern Arbeitsplätze zu schaffen und dadurch das Gesamteinkommen der Erwerbstätigen zu steigern. Als 1936 Vollbeschäftigung erreicht war und trotz aller Preiskontrollen die Lebenshaltungskosten stiegen, ließ sich der Lohnstopp nur noch mit großen Schwierigkeiten durchhalten. Es kam sogar zu Streikversuchen, die rasch unterdrückt wurden, aber immerhin das Regime zu Konzessionen zwangen. Grundsätzlich wurde aber an der Politik der niedrigen Löhne festgehalten, weil die Knappheit der Verbrauchsgüter nach 1936 eine Erhöhung des Masseneinkommens verbot. Der Durchschnitt der tariflichen Stundenlöhne für Facharbeiter betrug am 1. 1. 1933 79,2 Pfg, im Durchschnitt des Jahres 1938 78,8 Pfg. Das Ergebnis einer solchen Politik war natürlich, daß die enorm gestiegene wirtschaftliche Aktivität in erster Linie zu erhöhten Unternehmergewinnen führte. Die zweite Ursache der hohen Unternehmergewinne lag in der Kalkulation der Preise für öffentliche Aufträge. Die Preise wurden aufgrund der Kostensituation in einem „typischen“ Betrieb jedes Wirtschaftszweiges festgelegt. Die Selbstverwaltungsorgane der Industrie, denen die Aufgabe zukam, die Kostenrichtlinien aufzustellen, wählten als „typischen Betrieb“ stets einen Betrieb aus, der mit

verhältnismäßig hohen Kosten arbeitete, so daß die rationeller arbeitenden Betriebe erhebliche Differentialgewinne erzielen konnten.

Es ist nun nach den Macht- und Einflußverhältnissen zu fragen, die es der Industrie ermöglichten, ihre Interessen so weitgehend zu verteidigen.

Unmittelbar nach der Machtergreifung schien es, als würden sich die antikapitalistischen Kräfte in der NSDAP der Wirtschaft bemächtigen, den Großbetrieb in Industrie, Handel und im Bankwesen beseitigen und eine ständische Ordnung aufbauen, in der mittlere und kleine Unternehmen vor der Konkurrenz der großen geschützt würden. Vor allem der „Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes“, in dem nationalsozialistische Einzelhändler und Handwerker organisiert waren, versuchte im Zusammenwirken mit örtlichen Parteifunktionären, unbequeme Konkurrenten zu beseitigen. Am wenigsten Widerstand konnten jüdische Unternehmer leisten. Der Versuch, die gesamte Wirtschaft durch nationalsozialistische Kommissare zu kontrollieren und im Sinne der ständischen Ideologen umzuformen, scheiterte jedoch rasch an der energischen Opposition vor allem der Industrie. Ihr Spitzenverband, der „Reichsverband der Deutschen Industrie“, verfolgte unter Krupp eine geschickte Taktik. Am 24. 3. 1933 hatte sich das Präsidium des Reichsverbandes in einem Schreiben an Hitler hinter die neuen Machthaber gestellt. Als dennoch im April nationalsozialistische „Kommissare“ das Ausscheiden der jüdischen Mitglieder aus der Geschäftsführung des Reichsverbandes erzwangen und den Verband „gleichzuschalten“ versuchten, antwortete Krupp mit einem Gegenzug. Er nutzte seine persönlichen Beziehungen zu Hitler, erklärte sich bereit, den Reichsverband nach dem Führerprinzip neu zu organisieren, garantierte die Unterstützung der NSDAP durch die Industrie und erreichte gegen diese Zusagen, daß die Kommissare zurückgezogen wurden. Gestützt auf umfassende Vollmachten ging er nun daran, den Reichsverband zu einer „berufsständischen“, Arbeitgeber und Arbeitnehmer umfassenden Organisation auszubauen, in der die Gewerkschaften als Gegengewichte gegen die Unternehmer ausgeschaltet werden und die Leiter der Großunternehmungen zusammen mit dem Wirtschafts- und Arbeitsministerium die Richtlinien der Wirtschafts-, Sozial- und Tarifpolitik festlegen sollten. Von den ständischen Vorstellungen der radikalen Nationalsozialisten in der „Kampfgemeinschaft des gewerblichen Mittelstandes“ war Krupps Plan weit entfernt. Wäre er realisiert worden, hätte er zu einer unanfechtbaren Herrschaft der Großunternehmer über Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Industrie geführt. Er scheiterte letzten Endes daran, daß Leys Arbeitsfront nach der Zerschlagung der Gewerkschaften im Mai 1933 den gleichen Anspruch, nur von der anderen Seite her, erhob: Auch die Arbeitsfront wollte Arbeitnehmer und Arbeitgeber in einer einheitlichen Organisation zusammenfassen, und Ley sah sich bereits als Diktator der Wirtschaft.

Den Ausschlag in diesem Kampf um Kontrolle über das Wirtschafts- und Sozialleben gaben Armee und Ministerialbürokratie. Die Industrie besaß vorzügliche Verbindungen zur Ministerialbürokratie im Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsministerium. Die Armee war an einer leistungsfähigen Wirtschaft interessiert und

beobachtete mit Mißtrauen die Versuche der nationalsozialistischen Mittelstandsführer, die Großbetriebe anzutasten. Der Gesichtspunkt der Leistungsfähigkeit scheint auch bei Hitler den Ausschlag gegeben zu haben. Im Sommer 1933 wurde die Aktivität der Mittelstandsideologen gebremst und auch die Übergriffe der Arbeitsfront in den Bereich der Betriebsführung beendet. Die Säuberung der SA im Juni 1934 war auch für die Wirtschaft von Bedeutung: die Periode der „Revolution“ war abgeschlossen; die Wehrmacht hatte erreicht, daß die SA als Konkurrenz ausgeschaltet war, und zugleich wurden alle mittelständischen Experimente verhindert und die Arbeitsfront auf das relativ unwichtige Feld der politischen Propaganda im Betrieb und der sozialen Fürsorge beschränkt. Hitler hatte sich für das Zusammengehen mit den etablierten Führungsgruppen der Wehrmacht, der Bürokratie und der Wirtschaft entschieden.

Der Aufbau der wirtschaftlichen Selbstverwaltungsorganisationen, der jetzt unter der Leitung Schachts begann, spiegelt diese Machtverhältnisse wider. Die alten Spitzenverbände der Wirtschaft wurden in Reichsgruppen mit Zwangscharakter umgewandelt. Neben der funktionalen Gliederung in Gruppen stand die territoriale in Kammern. Jeder industrielle Unternehmer mußte somit Mitglied in der Reichsgruppe Industrie und der entsprechenden Fachgruppe als Untergliederung sein und außerdem der Industrie- und Handelskammer seines Bezirks angehören. Die Reichswirtschaftskammer faßte diese dualistische Struktur zusammen. Darüber hinaus wurde die Zwangsmitgliedschaft aller Produzenten in Kartellen angeordnet. Die Aufgaben dieser komplizierten Organisation waren: Die Gruppen sollten generell die Anordnungen der politischen Führung und des Wirtschaftsministeriums an die Unternehmungen weitergeben und ihre Ausführung überwachen. Sie sollten Kalkulationsrichtlinien ausarbeiten und eine angemessene Preissetzung bei öffentlichen Aufträgen ermöglichen. In den Gruppen herrschte das Führerprinzip: die Gruppenleiter, meist einflußreiche Geschäftsleute, hatten die Befugnis, verbindliche Anordnungen an die Gruppenmitglieder zu geben und unterlagen lediglich der Aufsicht des Wirtschaftsministers.

Die Kartelle hatten anfangs die Aufgabe, Marktanteile und Preise festzulegen. Besonders bezeichnend war, daß sie auch das Recht erhielten, „unzuverlässige“ Konkurrenten durch Boykott oder ähnliche Maßnahmen zu zerstören. In den Kartellen herrschte nicht das Führerprinzip, sondern entschieden wurde nach dem Mehrheitsprinzip, wobei aber die Mitglieder je nach Höhe ihres Kapitals verschiedene Stimmzahlen besaßen. Faktisch wurden die Kartelle von den Großunternehmungen beherrscht.

Als nach 1936 die Kapazitäten zur Erfüllung der Aufträge nicht mehr ausreichten, änderte sich die Funktion der Kartelle. Es ging nun nicht mehr darum, eine zu knappe Nachfrage aufzuteilen, sondern Staatsaufträge so zu verteilen, daß ein Maximum an Leistungsfähigkeit erreicht wurde. Gruppen und Kartelle verwandelten sich immer mehr in Institutionen, die den Unternehmer vor staatlichen Sanktionen bei nicht rechtzeitiger Erfüllung von Aufträgen zu schützen suchten. In der Zeit der Überkapazität ebenso wie in der Zeit der Unterkapazität förderten die Gruppen und Kartelle die Macht des Großunternehmens: die

Großunternehmen wurden anfangs bei der Auftragsvergabe, später bei der Materialzuteilung, fast stets durch die Preisgestaltung bevorzugt. Das Ergebnis war eine starke Zunahme der Konzentrationsbewegung in der gesamten Wirtschaft.

Die Industrie- und Handelskammern hatten demgegenüber untergeordnete Funktion. Sie dienten der Verbindung zu den örtlichen politischen Organisationen.

Formen und Prinzipien dieser „Selbstverwaltung“ waren in erster Linie durch die Ministerialbürokratie und durch Unternehmervetreter entwickelt worden. Die Partei hatte relativ geringen Einfluß ausüben können, denn unter Schacht dominierten im Wirtschaftsministerium konservative und nationalistische, aber nicht nationalsozialistische Beamte. Lediglich das Führerprinzip in den Wirtschaftsgruppen entsprach eindeutig der NS-Ideologie, und diese Konzession fiel den Unternehmern um so leichter, als zu den Gruppenführern durchweg einflußreiche Männer aus ihrem eigenen Kreise gewählt wurden, so daß gerade das Führerprinzip der Herrschaft des Großbetriebes entgegenkam. Wie stark die Großunternehmer wenigstens bis 1936 waren, wird durch die Tatsache bewiesen, daß alle Versuche der Partei, Einfluß auf die Wirtschaftsordnung zu gewinnen, scheiterten: in Parteikreisen wurde das „anonyme Kapital“ der Aktiengesellschaften angegriffen; ein von dem NS-Juristenverband ausgearbeiteter Entwurf zur Aktienrechtsreform wurde von den Gruppen und dem Wirtschaftsministerium abgelehnt; in das Aktiengesetz von 1937 geriet keine der einschränkenden Bestimmungen des Nazientwurfs, wohl aber das Führerprinzip und eine gewaltige Stärkung des Vorstands, so daß der Unternehmer erst recht zum Herrn im Hause wurde und Aktionäre und Aufsichtsrat ihm kaum noch hineinreden konnten. Ebenso scheiterten die Bemühungen von Nationalsozialisten, die Großbanken zu verstaatlichen und den Einfluß der Sparkassen im Bankensystem zu erhöhen.

Die wirtschaftliche Kriegsvorbereitung durch die Entwicklung synthetischer Treibstoffe und synthetischen Gummis ließen sich die beteiligten Großunternehmer vom Staat gut bezahlen. Es wurden dazu Arbeitsgemeinschaften von Unternehmungen gebildet, denen öffentliche Kredite zur Verfügung gestellt und feste Preise und Absatzmengen garantiert wurden. Die Preise waren so berechnet, daß die Entwicklungskosten nicht nur gedeckt waren, sondern erhebliche Gewinne entstanden.

Von 1936 an änderte sich die der Wirtschaft außerordentlich günstige Machtverteilung. Dafür gab es mehrere Ursachen. Schacht wurde entmachtet, weil er sich weigerte, die Aufrüstung entgegen aller wirtschaftlichen Vernunft weiter voranzutreiben. Unter Schachts Nachfolgern Göring und Funk verringerte sich der Einfluß konservativer, traditionell mit der Großindustrie zusammenarbeitender Beamter im Wirtschaftsministerium: Nationalsozialisten traten an ihre Stelle. Ein weiterer Anlaß für die Machtverschiebung lag in der Weigerung der Ruhrindustrie, das eisenarme Gestein in Salzgitter abzubauen und aufzuarbeiten. Die Industriellen glaubten nicht an eine unbegrenzte Dauer der Eisen- und Stahlkonjunktur und hatten wenig Lust, ihren eigenen Stahlwerken einen Konkurrenten großzuziehen. Schachts Stellung war im Sommer 1936 schon so erschüttert, daß er die

Interessen der Ruhrindustrie nicht mehr schützen konnte. Göring erklärte, wenn die Privatindustrie unfähig sei, alle deutschen Bodenschätze auszubeuten, dann müsse eben der Staat wirtschaftliche Aufgaben übernehmen. Er gründete die „Reichswerke Hermann Göring“, die außer den Gruben und Stahlwerken in Salzgitter noch Rüstungs- und Verkehrsbetriebe umfaßten und schließlich 250 Millionen Mark Grundkapital aufwiesen. Die Gründung der Reichswerke erfolgte letzten Endes weder aus rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten noch aus einer Neigung zur Verstaatlichung der Industrie. Hauptmotiv Görings war es, sich und der Partei wirtschaftliche Macht zu verschaffen. Im Vorstand und Aufsichtsrat der Reichswerke saßen Parteigrößen und nationalsozialistische Beamte.

Der Aufbau der Hermann-Göring-Werke war ein Teil des Vierjahresplanes, der Deutschland wirtschaftlich kriegsbereit machen sollte. Als Bevollmächtigter für den Vierjahresplan entwickelte Göring ein Programm zur Erhöhung der Kapazitäten vor allem in der metallherstellenden, metallverarbeitenden und der chemischen Industrie. Er verstand es, umfassende wirtschaftspolitische Kompetenzen in seiner Hand zu konzentrieren.

Für die Unternehmer bedeutete Görings Aufstieg, daß ihr Einfluß auf die wirtschaftspolitischen Entscheidungen geringer wurde. Vor allem die Verbindungen zur Ministerialbürokratie lockerten sich. Es blieb allerdings eine feste Bindung zur Armee, deren Wehrwirtschaftsamt unter General Thomas enge Kontakte zu den führenden Unternehmern unterhielt; Thomas konnte Unternehmer, die mit Behörden und Parteistellen Schwierigkeiten hatten, häufig durch Hinweis auf ihre kriegswirtschaftliche Bedeutung schützen. Es ging nun auch nicht mehr um grundsätzliche Fragen der Wirtschaftsordnung. Die Institutionen der wirtschaftlichen Selbstverwaltung, die dem Großunternehmen die ausschlaggebende Stellung einräumten, wurden nicht mehr angetastet; wirtschaftliche Experimente verboten sich jetzt von selbst, weil jeder Produktionsrückgang die Kriegsvorbereitung gefährdet hätte.

Nach 1936 war es der Industrie deutlich, daß der Kriegsentschluß Hitlers feststand. Schachts Entmachtung und die laufende Erhöhung der Rüstungsausgaben trotz zunehmender Devisen- und Rohstoffknappheit ließen keinen Zweifel mehr zu, daß die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik zu einer Katastrophe führen mußte, die nur durch einen siegreichen Krieg abgewendet werden könnte. Die deutsche Industrie hat sich dieser Entwicklung nicht entgegengestellt. Man protestierte nur, wenn die Anforderungen des Staates wirtschaftlich zu riskant erschienen, wie im Falle der Salzgitter-Werke, oder wenn sie unerfüllbar waren aus Mangel an Material und Arbeitskräften. Während sich im Heer 1938 wenigstens bei einigen Offizieren Widerstand zeigte, gibt es keinen Beweis für eine grundsätzliche Opposition unter führenden Industriellen. Umgekehrt läßt sich nicht nachweisen, daß wichtige politische Entscheidungen Hitlers durch die Industrie ange-regt oder gar erzwungen worden sind. Der Nationalsozialismus hatte die kühnsten Wünsche der Industriellen erfüllt: die Gewerkschaften waren beseitigt, die Arbeitsfront mischte sich in die Tarifpolitik und in wirtschaftliche Fragen nicht ein, das Privateigentum war gesichert, der Unternehmer Herr im Haus

wie schon seit 1918 nicht mehr, die Gewinne überstiegen alles bisher Dagewesene. Die außenpolitischen Ziele Hitlers lagen auf der Linie, die der deutsche Nationalismus und auch die deutsche Industrie schon vor 1914 vertreten hatte. Gewiß, die Bewirtschaftung der Rohstoffe und Arbeitskräfte, der ewige Kampf mit den staatlichen Überwachungsstellen, die viel zu knappe Roh- und Betriebsstoffe an viel zu hungrige Betriebe verteilen mußten, der Kompetenzwirrwarr der staatlichen Planungsstellen waren unbequem. Doch im Vergleich zu 1932 lebte der industrielle Unternehmer in einem Paradiese. Warum sollte er opponieren?

Wie sehr sich die Mehrzahl der industriellen Unternehmer auch nach Kriegsausbruch mit dem Regime identifizierte, beweist die Bereitwilligkeit, mit der sie an der Ausbeutung der besetzten Gebiete und ausländischer Arbeitskräfte teilnahmen. Stumm, Flick, Röchling, Klöckner und die Hermann-Göring-Werke übernahmen gemeinsam als Treuhänder die französische Schwerindustrie. Zur Ausbeutung der Erdölvorkommen in den besetzten Gebieten wurde die „Kontinental-Öl-Gesellschaft“ gegründet, deren Aufsichtsrat etwa zu gleichen Teilen aus Vertretern der deutschen chemischen und Erdöl-Industrie, der Bürokratie, der Armee und der Partei zusammengesetzt war. In diesen Kriegsgesellschaften zeigte sich deutlich die Struktur der neuen herrschenden Klasse: Wirtschaftsführer einträchtig neben Parteifunktionären, Generälen und Ministerialbeamten.

Im Bündnis mit Ministerialbürokratie und Armee hatte die Industrie den Versuch nationalsozialistischer Mittelstandsideologen abgewehrt, der nationalsozialistischen Bewegung ein antikapitalistisches Gepräge zu geben. Als Hitler die Wünsche der Industrie berücksichtigte und seine Politik zu gewaltigen Gewinnen führte, folgte sie ihm widerstandslos auf dem Weg in den Krieg und beteiligte sich schließlich bereitwillig an der Ausbeutung der eroberten Gebiete. Sie hat die Politik Hitlers niemals entscheidend beeinflußt oder auch nur den Versuch gemacht, auf allgemeine politische Fragen Einfluß zu gewinnen. Lediglich auf dem Sektor der Wirtschaftspolitik, der Hitler wenig interessierte, hat sie bis 1936 Macht ausgeübt und verhindert, daß der Nationalsozialismus die Stellung der Großunternehmungen antastete. Sie wurde schließlich zum anerkannten Partner beim Griff nach der Weltmacht, weil sich die deutschen Unternehmer in ihrer traditionellen politischen Naivität und Blindheit vom Nationalismus und Antimarxismus der Nazis beeindruckten ließen. Der entscheidende Grund für ihr Mitgehen aber war, daß der Nationalsozialismus unter dem Mantel einer sozialen Politik ihnen die größten Gewinnchancen einräumte, die sie im 20. Jahrhundert bisher gehabt hatten und die nur noch unter den Bedingungen des „Wirtschaftswunders“ nach 1950 übertroffen werden sollten.

Wichtigste Literatur: Franz L. Neumann: *Behemoth, The Structure and Practice of National Socialism*, London 1943; Arthur Schweitzer: *Big Business in the Third Reich*, Bloomington/USA 1964 (vgl. die Besprechung in diesem Heft); K. D. Bracher, W. Sauer und G. Schulz: *Die nationalsozialistische Machtergreifung*, Köln und Opladen 1962. — Dort finden sich umfangreiche Bibliographien und zahlreiche Hinweise auf Quellen.

Reinhold Reichel und Bernhard Blanke

Kapitalismus, Faschismus und Demokratie

Seit dem Ende des Faschismus in Deutschland gibt es keine Theorie, keine geschichtliche Darstellung und wohl auch nicht einen „Beitrag“ mehr, die ihn offen rechtfertigen; weder in den noch faschistischen Staaten, noch dort, wo er einmal an der Macht war, noch erst recht in den demokratischen oder sozialistischen Ländern. Aber sehr viele Theorien über den Faschismus meinen, weil sie ihn von vornherein und global verurteilen, sich das Recht erkauft zu haben, gewisse Leistungen, die er vollbrachte: den Bau der Autobahn oder das Eindämmen des Bolschewismus, oder gewisse Prinzipien, die er durchsetzte: die Sauberkeit in der Führung oder die Germanisierung des Gesangs, rechtfertigen zu dürfen. Andere entschuldigen, weil sie „den“ Faschismus verurteilen, alles, was an ihm beteiligt war: die Wirtschaft und die Wehrmacht, die verführten kleinen Leute und die betrogenen großen Geister, die Lebensraumpolitik und den Krieg, die SA vor 1933 und die SS nach 1945. Andere wieder, die auch alles verurteilen, was an ihm beteiligt war, verurteilen es so sehr und so undifferenziert, daß sie eigentlich nicht mehr wissen dürften, was sie statt des Faschismus empfehlen sollen, weil noch der Sozialismus, der Kommunismus und die Demokratie unter das Verurteilte fallen. Man könnte die mehreren hundert Titel, die allein in deutscher Sprache über den Faschismus erschienen sind, zunächst danach scheidern, ob sie nur festhalten wollen, „wie es war“, oder ob sie ihn zu begreifen versuchen, — wobei es dann aber nachzuweisen gilt, daß selbst die „realgeschichtlichen“ Darstellungen und die Dokumentenbände noch Theorien enthalten oder Ausdruck von Theorien sind, selbst wenn sie es nicht wahrhaben möchten. Von denen, die überhaupt nur irgendeine Erklärung liefern wollen, könnte man wiederum formal zwei Gruppen unterscheiden: diejenigen, die der gesellschaftlichen Situation, auf die der Faschismus folgte, eine entscheidende Rolle in seiner Ausbildung zuweisen und diejenigen, die das, was sie dann „soziologischer Faktor“ nennen, vernachlässigen können und den Faschismus ganz allgemein oder den Nationalsozialismus, den italienischen und den spanischen Faschismus, die Action Française, die Ustaša-Bewegung oder was immer aus dem Wirken dämonischer Mächte oder rein zufälliger politischer Konstellationen, aus der mit Suggestivkraft ausgestatteten, der krankhaften oder dynamischen Persönlichkeit ihrer Führer, den Degenerationstendenzen der Welt oder der zweiten Abweisung Hitlers durch die Wiener Kunstakademie, 1908¹ erklären. Die erstgenannten, soziologisch orientierten Theorien würden von denen, die einen ihnen isoliert erscheinenden Faktor dieser gesellschaftlichen Situation oder des „Zeiterbes“ für ihren Faschismus verantwortlich machen (z. B. die „Schmach von Ver-

1 Ein „Wendepunkt“ bei K. D. Bracher in „Adolf Hitler“, Bern 1964, S. 9.

sailles“), bis zu derjenigen Theorie reichen, die den Faschismus mit der Zusammensetzung des Kapitals und dem Antagonismus von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen in den fortgeschrittensten kapitalistischen Ländern zusammenbringt.

Seit dem Ende der Epoche des Faschismus arbeiten fast alle soziologisch akkreditierten Theorien über ihn mit einem formalen Begriff von „Demokratie“, „parlamentarischem Regierungssystem“, „Struktur der bestehenden Gesellschaft“, an dem die Faschismen und, wenn die Theorie es vorsieht, andere von der kapitalistischen Demokratie abweichende Gesellschaften gemessen werden. Je nachdem, welches Maß an konkreten Inhalten diese Theorien ihren als zentral behaupteten Kategorien gestatten, vermögen sie innerhalb der „Abweichungen“ zu differenzieren oder ihnen ein historisches Recht zuzugestehen. Explizit wird dies z. B. in der Gleichsetzung von Kommunismus und Faschismus mit dem Hinweis auf ihre „Analogien“ oder umgekehrt in der Ablehnung dieser Unterordnung von Kommunismus und Faschismus unter einen Begriff von Totalitarismus im Namen inhaltlicher Unterschiede — nach der geschichtlichen Genese und gesellschaftlichen Funktion dieser „analogen“ Phänomene. Diese oft idealtypisch konzipierten Kategorien von „Struktur der funktionierenden Demokratie“, „Machthaushalt einer Gesellschaft“ usw. haben dann entweder weniger mit den sozialen und wirtschaftspolitischen Besonderheiten der Länder zu tun, in denen der Faschismus an die Macht kam, als sie verurteilen, was ihnen nicht genügt. Oder diese Kategorien sind so eng gefaßt, daß sie bloß bestimmte Aspekte bestimmter Faschismen zu erfassen vermögen und zu einer Analyse „des Faschismus“ gar nichts beitragen können. Oft schießen die Gerichte am Ziel vorbei: Sie treffen den Bolschewismus und die Volklieder, den Mittelstand und die Neurotiker, die Arbeitslosen und alles, was das Wort Interesse im Mund führt, — bloß nicht den Faschismus. Haben sie die Parteigenossen im Griff, ist ihnen die Führung davon; haben sie die Ideologie, können sie sie nicht mit den offiziellen Ideologen zusammenbringen; haben sie den Antisemitismus, fehlen die Antisemiten; haben sie das imperialistische Deutschland, vermögen sie mit dem imperialistischen England nichts anzufangen; haben sie den Nationalsozialismus, so darf er am Ende kein Faschismus gewesen sein.

Es sollen hier fünf der repräsentativsten Theorien untersucht werden, die den Faschismus an einem solchen, mehr oder weniger formalen und stets als invariant gesetzten Begriff von Demokratie messen. In ihrer Bestimmung von Werten, unter deren Berufung sie den Faschismus dann verurteilen, werden sie zugleich charakteristische Gemeinsamkeiten besitzen und sehr voneinander abweichen. Man wird vielleicht zu oft unterlassen müssen, darauf hinzuweisen, was diese Theorien in der Detailanalyse, z. B. in der geistesgeschichtlichen Analyse der Entwicklung des Positivismus von seinen Anfängen bis Pareto und Mussolini, oder in der strukturell-funktionalen Analyse der Verflechtung von SS und Polizei, wirklich leisten mögen. Wenn sich an hunderten anderer Veröffentlichungen über den Faschismus ähnliche Verfahrensweisen, ähnliche Strukturen der Urteile und ähnliche Mängel der Gesamtanalyse feststellen lassen werden, wie an diesen, oder wenn unvermittelt Theoreme, die auch in diesen Theo-

rien vorkommen, immer wieder auftauchen², heißt das bestimmt nicht, daß sie alle von diesen fünf direkt beeinflußt sein müssen. Die Gleichartigkeit der Sichtweise muß nicht nur von den Lehrern herrühren, die sie indoktrinierten. Sie könnte auch in dem allgemeinsten Mangel der nachfaschistischen Demokratien begründet sein: daß sie gegen den Faschismus keine andere Waffe schmieden konnten als den Vorwurf, daß er die Demokratien geschlagen hat.

*

Hermann Heller, der große, 1934 im politischen Exil verstorbene Staatsrechtslehrer, hat schon 1929 in einer Untersuchung des italienischen Faschismus, „Europa und der Faschismus“³ eine Theorie entwickelt, die nachträglich alle Faschismen unter einem gemeinsamen Begriff zu erfassen gestattet. Der Faschismus geht danach aus der „politischen Krise Europas“ hervor, die sich als „Strukturkrise der Demokratie“ und einer ihr entsprechenden „Krise des Geistes“ kennzeichnen lasse. Voraussetzung der Demokratie sei die „Herrschaft des Volkes als Einheit über das Volk als Vielheit“; die technischen Mittel dazu sind freiwillige Unterwerfung der Minorität unter den Willen der Majorität und umgekehrt Respektierung der ersteren. Die Demokratie müsse versagen, wenn ihre Implikationen: Wertschätzung und Hochachtung der Totalität als willensbildendes Prinzip, nicht mehr anerkannt würden (S. 11 f.). Die Struktur der heutigen Krisensituation lasse sich kennzeichnen als Mißverhältnis von organisierenden Gegensätzen (z. B. ökonomischen) und organisierenden Gemeinsamkeiten (z. B. Tradition, Blut, Klassenlage). „Gemeinsamkeiten“ stellen sich dabei als aktives, gesellschaftsbildendes Prinzip dar. Heute, 1929, hätten mindestens zwei tragende gesellschaftliche Gruppen kein Interesse am Erhalt der nationalstaatlichen Massendemokratie: das ökonomisch-technische Kapital, das seine früheren nationalstaatlichen Grenzen längst gesprengt hat und die Arbeiter, denen die bestehenden ökonomischen Verhältnisse keine Veranlassung geben, sich in eine Gesellschaft einbezogen zu fühlen, die sich als Kulturgemeinschaft deklariert und deren Ausdruck der Nationalismus sein soll, den selbst ihre Kontrahenten nicht mehr ernst nehmen (S. 11). Die Unterscheidung von Früh- und Hochkapitalismus und deren Konfrontation mit der Existenz oder Nichtexistenz von staatstragenden „Ideen“, „Wertgemeinschaft“, „Wertkosmos“ (S. 23 f.) liefern Heller die Erklärung für diese scheinbar völlig neuartige Situation. Auch in der Phase der Stabilisierung des Kapitalismus hat zwar nie ein politischer Konsensus der antagonistischen Klassen bestanden, es fehlte nach Heller aber außerdem eine „statische Wertwelt in einem soziologisch relevanten Maß“ (S. 23), in deren Namen die dem Kapitalismus entsprechende Staatsform hätte zerstört werden können. Im Hochkapitalismus nun, ausgezeichnet neben seinem ökonomischen Fortschritt durch einen hohen Grad der Organisiertheit der gesellschaftlichen Interessengruppen und Klassen, kann dieser

2 Die Besprechungen in den Faschismus-Heften des ARGUMENT werden darüber wenigstens in willkürlicher Auswahl Auskunft geben; ebenso die anderen in diesen Heften enthaltenen Untersuchungen von Faschismus-Theorien.

3 Hermann Heller: „Europa und der Faschismus“, Berlin und Leipzig, 2. Aufl. 1931.

Schritt, die Überwindung der Gesellschaftsverfassung, die die auseinanderweisenden Werte nicht mehr zu vereinigen vermag, vollzogen werden. Angestrebt werde diese Überwindung immer in Richtung auf einen „organischen Staat“. Ob dieser als berufsständisch, korporativ oder syndikalistisch gedacht werde, spiele nur eine untergeordnete Rolle: wichtig sei die Gemeinsamkeit des Protestes gegen die als amorph, atomistisch, mechanistisch, nur-politisch kritisierte Demokratie. Weil aber bis jetzt allen Organisationen, von der Front der Arbeiter, bis zu der der nicht weniger organisierten Unternehmer ein „positives Dogma“ und der „Glaube zur tatsächlichen Unterordnung“ fehle, könne die „politische Einheit entweder nur durch demokratische Mittel oder durch direkte, sei es auch nur angedrohte Gewalt hergestellt werden“ (S. 25). Weil aber die gegensätzlichen Gruppen auf die Anerkennung der demokratischen Konkurrenz gerade verzichtet haben, müsse die korporative Idee bei ihrer Durchsetzung mit innerer Notwendigkeit in ihr genaues Gegenteil: die höchst unorganische zentralistische Diktatur ohne organische Kontinuität, den Faschismus, umschlagen.

Dem Faschismus muß Heller das Recht und die Fähigkeit zur Beendigung der Krise absprechen: Er kann den sozialen Klassengegensatz nicht abschaffen, weil er die wirtschaftliche Struktur der alten Gesellschaft in ihrer Basis nicht verändert und darum zur Aufrechterhaltung seiner Herrschaft auf die dauernde diktatorische Unterdrückung der Arbeiterschaft angewiesen ist (s. S. 158). Auf eine Machtergreifung des radikalen Teils der Arbeiterschaft darf er deshalb nicht setzen, weil auch er zur Durchsetzung seiner Ziele die demokratischen Regeln verletzen muß. Hellers großartige Leistung ist, daß er nicht nur starr auf „die demokratischen Werte“ weist, sondern, im Bewußtsein von deren Widerspruch mit der gesellschaftlichen Struktur, die sie repräsentieren sollen, nach einer neuen Legitimierung der Demokratie sucht. Zur Erneuerung der Demokratie und zur wenigstens vagen Formulierung seiner Ideen bleibt Heller aber selber, wie alle korporativen Vorstellungen, auf Hoffnungen zu „neuem Leben“ und „tieferen Antrieben und Verantwortungen“ angewiesen.

Hellers Analyse der „Krise der europäischen Massendemokratien“ bezieht zwar die Entwicklung dieser Demokratien vom Früh- zum Hochkapitalismus mit ein; die „Krise des Kapitalismus“ darf aber nur das Recht einer *differentia specifica* innerhalb der ‚großen Krise‘ beanspruchen. Zwischen der Entwicklung des Kapitalismus von der Errichtung seines Prinzips, der freien Konkurrenz, bis zur annähernden Aufhebung desselben in der Monopolphase einerseits und der Entwicklung der Demokratie von der Zeit der Konkurrenz mit der feudalen Ordnung bis zur Aufrechterhaltung der krisenanfälligen kapitalistischen Demokratie unter Ausschaltung des Konkurrenzprinzips andererseits sieht Heller keinen grundsätzlichen Zusammenhang. „Krise“ verflüchtigt sich zu einem geistesgeschichtlichen Begriff. Dabei fällt der Richter in „Parlamentarisches Regierungssystem“ schließlich selbst zum Opfer, was die Parlamente einzig rechtfertigt: die Interessen. Die organisierten Interessengruppen müssen, verdammt werden, weil ihre Interessen partikulär sind; zwischen der Praxis der Gewerkschaften und Arbeiterparteien: „Disziplinierung zum rücksichtslosen Klassenkampf“ (S. 24) und den

ständestaatlichen Plänen der katholischen Industriellen: „Werkgemeinschaft als endgültiges Ziel und Ende des Klassenkampfes“ darf dabei nicht unterschieden werden. Weil diese Richterin, wie es sich gehört, ihr Urteil mit verbundenen Augen spricht, ist sie blind gegen die bestehenden antagonistischen Interessen der kapitalistischen Gesellschaft und läßt sie lieber an ihrem Platz (was der Pluralismusbegriff intendiert), als daß sie nach ihrem historischen Recht oder nach ihren gesellschaftlichen Inhalten fragt.

In der konkreten Analyse des italienischen Faschismus wird das Versagen dieser Theorie vor den Interessen am Faschismus besonders deutlich. Die Analyse muß plötzlich auf Erklärungen und Kategorien zurückgreifen, derer das Gerüst der Gesellschaftstheorie nicht bedurft hatte; sie muß gewissermaßen Interessenersatzkategorien einführen: Invariablen der menschlichen Natur, Wendepunkte der Geschichte, die Rolle der Persönlichkeit als Geschichtsbildner und ähnliche. Der Faschismus ist auf einmal nichts mehr als „Mussolinismus“ (S. 66), und daß er nicht zu dem Sozialismus wurde, der er in Wirklichkeit fast geworden wäre, ist nur dem „Temperament“ seines Führers (S. 40) zuzuschreiben. In dieser Theorie der sich im Hochkapitalismus organisierenden Klassen, die ihr Interesse selbst gegen die bürgerliche Demokratie durchsetzen wollen, sind als Ansatzpunkte zentrale Theoreme der späteren Totalitarismus-Theorien enthalten. Diese Theorien reden, wenn der Faschismus einmal an der Macht ist, nicht mehr von den Interessen an ihm. Das könnte zu kompromittierend für die Demokratie sein. Wer alles, auch notfalls gegen die Demokratie, sein Interesse durchsetzen wollte, und mit welchem Recht, ist für diese Theorie viel weniger interessant, als daß überhaupt Interessen gegen die Demokratie geltend gemacht werden. Anders als die Totalitarismus-Theorien gesteht aber Hermann Heller noch grundsätzlich zu, daß ein solches Interesse zu einem bestimmten Zeitpunkt der kapitalistischen Entwicklung legitim oder doch verständlich sein kann. Dieser wichtigste Ansatz ist desto nachhaltiger in den neuen Pluralismustheorien unterdrückt worden, je mehr sie dazu dienen, das Interesse der Arbeiterschaft an der Sozialisierung nach 1945 abzuweisen.

Ähnlich wie Heller geht der Nationalökonom Josef A. Schumpeter in seinen soziologischen Analysen von einem formalen Demokratiebegriff aus. Die Resultate sind konträr: Bei Heller erschien der Faschismus als Antwort auf die Krise der Gesellschaft; Schumpeters Analyse des „Sozialen Antlitzes des Deutschen Reiches“⁴ erbrachte 1929: „In keinem Sinn, auf keinem Gebiet, in keiner Richtung sind starke Ausschläge, Aufschwünge oder Katastrophen wahrscheinlich“ (S. 225). Zu dieser Prognose war Schumpeter durch den statistischen Vergleich der Entwicklung von Beschäftigungszahlen von Arbeitern und Angestellten, der Größe von Handwerksbetrieben und Bauernhöfen, den Mitgliederzahlen in Gewerkschaften usw. gelangt. Eine Gesellschaftstheorie, die das Material für ihre Analysen auf die Tabellierung von Zahlenreihen reduzieren kann, unterstellt, daß sich gesellschaftliche Prozesse als Summation quantifizierbarer Bewegungen der ‚Subsysteme‘ erklären lassen. So verzeichnet Schumpeter etwa

4 J. A. Schumpeter: „Das Soziale Antlitz des Deutschen Reiches“, verf. vor 1929. In: „Aufsätze zur Soziologie“, Berlin und Leipzig 1931 (2. Aufl.)

eine Zunahme der Angestellten (inkl. Beamte etc.) in Deutschland von 300 000 im Jahr 1882 auf 3,5 Millionen im Jahr 1925 (1 200 %); bei den Arbeitern im gleichen Zeitraum dagegen nur eine Zunahme um weniger als 20% auf 9,8 Millionen. Diese Zahlen läßt er nun „für sich sprechen“: Weil der wirtschaftliche Unterschied zwischen Arbeitern und Angestellten immer geringer wird, ist er auch schon „praktisch unwichtig“ (S. 224). Wichtig für die praktische Ausbildung des Faschismus war aber gerade die Tatsache, daß ein Unterschied nicht mehr bestand. Denn von der gewaltigen Zunahme der Angestellten kann man den Monopolisierungsprozeß im Kapitalismus, der nach abgeschlossener Industrialisierung erfolgte, ablesen: auf der einen Seite die Ausbildung einer gewaltigen Staats- und Wirtschaftsbükratie, auf der anderen, der „praktisch wichtigen“, die Ausschaltung ganzer Teile des Handwerks und des Einzelhandels und damit die Proletarisierung früher selbständiger Berufe. In Schumpeters Untersuchung geht die Wirtschaftsgeschichte der Weimarer Republik nicht mit ein: die Enteignung des alten Mittelstandes während der Inflation, die daraus resultierende Umschichtung, die Bildung eines „neuen“ Mittelstandes der Angestellten, der den alten nicht ersetzte, sondern neben ihm bestand, und die weitgehende Verschuldung dieses alten Mittelstandes. Schumpeters Stabilitätsprognosen entstanden zur Zeit des höchsten wirtschaftlichen Aufschwungs, der in der Weimarer Zeit je erreicht wurde. Zwei Jahre später hatte ihn die Wirtschaftskrise schon widerlegt: Seine Schichtungsanalyse war ausgegangen von der Art der Beschäftigung. Als z. B. Theodor Geiger 1932 eine gründlichere Untersuchung der Schichtung in Deutschland nach Eigentum und ökonomischer Abhängigkeit vorlegte, zeigte sie folgendes Ergebnis⁵: Der im Kaiserreich noch geschlossene Mittelstand bestand aus drei Gruppen, deren differierende ökonomische Positionen und Interessen keine einheitliche politische Vertretung zuließ. Zusammengehalten wurden die Mittelschichten allein durch ein vages, allen gemeinsames Bild vom sozialen Status „des Mittelstandes“. Diese Labilität aber war es, die sie in der Krise zur Massenbewegung des Nationalsozialismus werden ließ. Was soziale Deklassierung im Kapitalismus an politischen Reaktionsbildungen hervorzubringen vermag, muß jeder Theorie entgehen, der sich das politische Verhalten der Individuen und das Votum für die Demokratie darstellen lassen als Ausdruck der Reallöhne, die sie empfangen, oder der Größe des Bodens, den sie bewirtschaften.

Die Blindheit gegenüber gesellschaftspolitischen Bewegungen, die 1929 verwunderte, wurde gleichwohl während der Zeit des Faschismus zum System, — dem System eines bürgerlichen Ökonomen, dem der Faschismus die Theorie der kapitalistischen Entwicklung verdorben hat. In seinem 1943 veröffentlichten Hauptwerk, „Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie“⁶, untersucht Schumpeter die Möglichkeiten zur Überführung des Kapitalismus in den Sozialismus. Er arbeitet dabei mit zwei Axiomen, in denen „seine“ Faschismus-Theorie, ohne daß der Faschismus auch nur ein einziges Mal erwähnt würde, enthalten ist: 1.) mit der Ent-

⁵ Theodor Geiger: „Die soziale Schichtung des Deutschen Volkes“, Stuttgart 1932, S. 72 f.

⁶ J. A. Schumpeter: „Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie“, London 1943; Bern 1950.

wicklung des Kapitalismus selbst und den Kriterien der Sozialisierung im Stadium der Reife bzw. Unreife, 2.) mit einigen formalen Voraussetzungen für den Erfolg der „demokratischen Methode“, z. B.: gut ausgebildete Bürokratie, demokratische Selbstkontrolle, „Menschenmaterial der Politik von hinreichend hoher Qualität“ (S. 416 f.). Das Ende des Kapitalismus im Stadium der Reife sei u. a. gekennzeichnet durch einen hohen Grad der Monopolisierung, durch das Veralten der Unternehmerfunktion (S. 213 f.), durch eine Bürokratie, „die gewohnt ist, von jeder legalen Autorität, unbeschadet ihrer Art, Weisungen in Empfang zu nehmen“ (353), durch eine „Gruppe erfahrener und verantwortungsbewußter Männer“ (352); — „die Leitungen von Großkonzernen würden nur in jenen Fällen ersetzt, in denen besondere Gründe für einen Wechsel vorliegen“ (354).

Gegen diese Analyse ist nichts einzuwenden, als daß der Faschismus längst erfüllt hatte, was Schumpeter sich noch von seinem „Sozialismus“ wünschte. Der Faschismus zeichnete fast auf allen Punkten der Axiome „positiv“, nur daß er eben den gesellschaftlichen Antagonismus, die Eigentumsverhältnisse unangetastet ließ: Es war eine gut funktionierende öffentliche und private Bürokratie vorhanden, die vom Faschismus so gut wie von jeder demokratischen Regierung Weisungen in Empfang nahm; die Faschisierung erfolgte widerstandslos; es war eine Gruppe „verantwortungsbewußter Männer“ da, „das Steuer in die Hand zu nehmen“ (352); ein Wechsel in der Leitung der Großkonzerne war „fast nirgends erforderlich“.

Diese Theorie ist zu abstrakt und ungeschichtlich, als daß sie die zwei entgegengesetzten Entwicklungsrichtungen der kapitalistischen Demokratie zu unterscheiden vermöchte: die zur Disziplinierung der Individuen unter der unvermittelten Herrschaft des Kapitals und die zur Freisetzung der Individuen nach Maßgabe der selbstverwalteten Produktivkräfte. Die Hauptschuld an diesem Mangel trägt das Fehlen eines Instruments zur Unterscheidung von Bedürfnisbefriedigung und von gesellschaftlicher Herrschaft⁷. Schumpeter ist etwa der Meinung, die personale Trennung von Besitz der Produktionsmittel auf der einen Seite und der Verfügung über sie auf der anderen, im Monopolkapitalismus also der Trennung von Aktienkapital und dem Management eines Konzerns, bringe auf seiten der ‚direkten‘ Verfügung ein Absterben des Herrschaftsinteresses mit sich. (Umgekehrt spricht der bürgerliche Nationalökonom Edgar Salin gerade von einer „Faschisierung des Aktienwesens“!⁸) Die Bourgeoisie als Klasse hänge direkt von den Unternehmersubjekten ab, die sie repräsentieren; ein tradierbares Klassenbewußtsein könne sie nicht ausbilden, weil sich in ihr das Bewußtsein der Herrschaft unvererbbar über den Erfolg des einzelnen Unternehmers herstelle. Außer den oft zitierten Feudalisierungsbestrebungen des Bürgertums, dem relevanten Unterschied von klassischer Bourgeoisie und dem späteren Mittelstand und dem banalen Fakt, daß die Verfügenden eben auch noch Besitzende sind, egal ob sie die Aktien gerade dort haben, wo sie verfügen, spricht die Ent-

⁷ Zur Entfaltung dieser Begriffe siehe Ronald Wiegand: „Herrschaft und ‚Entfremdung‘. Zwei Begriffe für eine Theorie über den Faschismus“ in DAS ARGUMENT, 6. Jhg. 1964, Nr. 30, S. 138 f.

⁸ S. den Artikel „Management“ v. E. Salin im „Handwörterbuch der Sozialwissenschaften“.

wicklung des Kapitalismus gegen Schumpeter: Eher siedelte der gesamte Mittelstand in die faschistischen Unterstände um, als daß er zuließ, daß sozialisiert würde, was ihm schon seit fünfzig Jahren nicht mehr gehörte. Nur eine Theorie, die begreift, daß die Individuen so zugerichtet sein können, daß sie gegen ihre eigentlichen Interessen handeln, vermag auch den Faschismus zu begreifen.

Mit dem Argument, er habe vom Faschismus gar nicht reden wollen, kann ein Ökonom, der 1943 die Umwandlung des Kapitalismus in den Sozialismus ankündigen wollte, nicht entschuldigt werden. Schumpeters Schweigen ist schon seine Faschismustheorie. Er muß sich verbieten, „Faschismus“ zu sagen, weil sonst die gesamte Nationalökonomie berichtigt werden müßte, wollte sie weiter ‚in Einklang‘ mit der Demokratie bleiben; — und er muß ihn doch immer meinen. Seine statistischen Analysen von 1929 liest man nachträglich als magische Beschwörung zur Abwendung des Unheils. Deutlicher als bei anderen Theoretikern, die sich Erkenntnisse über den Faschismus versagen müssen, kehrt das Verdrängte in der zynischen Bemerkung wieder, die das Buch über Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie beendet (und in der zum ersten Mal das Wort „Faschismus“ vorkommt): Es sei sehr wahrscheinlich, daß der Sozialismus, den er meine, „faschistische Züge tragen wird. Das wäre eine seltsame Antwort auf das Gebet von Marx. Aber die Geschichte gefällt sich manchmal in Scherzen von fragwürdigem Geschmack“ (S. 485).

Talcott Parsons⁹ und in seinem Gefolge Ralf Dahrendorf¹⁰ wollen in ihren Faschismus-Theorien ausdrücklich nur einen bestimmten Aspekt des Nationalsozialismus untersuchen: die Sozialstruktur in Deutschland vor 1933. Ihre These ist: Faschismus gab es in Deutschland, und nicht in England, USA oder anderswo, weil in Deutschland das demokratische Prinzip sich nicht zugleich mit dem Kapitalismus als dessen eigentlicher Herrschaftsform durchgesetzt hatte.

Deutschland war später und zugleich viel schneller als die angelsächsischen Länder industrialisiert worden und der moderne Kapitalismus setzte sich hier in einer Gesellschaft durch, die, wie Parsons es nennt, bereits in hohem Maße „um den preußischen Staat strukturiert und von den Wertmustern des preußischen Konservatismus durchdrungen war“ (P., 263). In den ‚klassischen‘ Ländern war der Kapitalismus gegen die alte feudale Ordnung zur Herrschaft gelangt; gelungen war ihm dies nur mittels des „demokratischen Prinzips“ — in dieser Verwendung ein sehr müder Ausdruck für die großen bürgerlichen Revolutionen — und indem er mit seinem Herrschaftsinteresse das der ganzen Nation zu verwirklichen versprochen hatte. In Deutschland dagegen wurde der Kapitalismus dem bestehenden vorindustriellen Staat aufgefropft; wie Paul Massing es in seiner „Vorgeschichte des politischen Antisemitismus schon analysiert hatte (und vor

⁹ Talcott Parsons: „Demokratie und Sozialstruktur in Deutschland vor der Zeit des Nationalsozialismus“ (1942); deutsch in: Parsons: „Soziologische Theorie“, Berlin und Neuwied 1964.

¹⁰ Ralf Dahrendorf: „Demokratie und Sozialstruktur in Deutschland“ (1959); in: Dahrendorf: „Gesellschaft und Freiheit“, München 1961.

ihm schon Ernst Bloch und Paul Tillich, Marx, Engels, Lenin und Trotzki): „Träger der nationalstaatlichen Idee waren in England und Frankreich die Bourgeoisie, die sich als Rückgrat des modernen Staates betrachtete, in Deutschland aber die Aristokratie; sie hatte die Nationalidee den Mittelklassen, in denen sie entstanden war, abgenommen, mit konservativ-klerikalischen Emblemen ausgestattet und zu ihrem Monopol gemacht“¹¹. Das Merkmal, das Deutschland vor 1933 von anderen kapitalistischen Ländern unterschied, müssen auch Parsons und Dahrendorf im Kapitalismus selbst gefunden haben; am Umschlag der späten deutschen Demokratie in den Nationalsozialismus müssen ihre Analysen sich bewähren. Der strukturell-funktionalen Analyse von Parsons steht eine Theorie zur Verfügung, nach der Gesellschaften einem Gleichgewichtszustand zustreben sollen. Als ideale Gesellschaft wird dabei ein „sich selbst regulierendes System“ vorgestellt, in Analogie zu biologischen oder kybernetischen Modellen, in dem die „subsystems“ (Institutionen, Schichten etc.) untereinander und mit der bestehenden Struktur der Gesellschaft in Einklang sind. Eine „funktionierende“ Demokratie hat man sich dabei etwa als die übers Parlament hergestellte Harmonie von Verfassungsstruktur und gesellschaftlicher Wirklichkeit vorzustellen. Dahrendorfs Gesellschaftsbild differiert etwas von dem parsons'schen: Gesellschaft ist nicht als Gleichgewicht zu denken, sondern als steter Wandel; dieser wird letztlich hervorgebracht von der anthropologischen Konstantenreihe: Ungewißheit schafft Zwang schafft Konflikt schafft Wandel¹². Der ideale Rahmen für diese „Gesellschaft im Wandel“ ist, konkreter als Parsons' „Erhaltung der bestehenden Struktur“, die Herrschaftsform des politischen Liberalismus.

Die schwache Ausbildung des ökonomischen Liberalismus in Deutschland hat — so Parsons — eine starke Beteiligung des Staates an der Industrialisierung zur Folge gehabt. Die den Staat repräsentierenden Gruppen: alte feudale Oberschicht, Staatsbürokratie und Offizierskorps vermochten so fast der gesamten Gesellschaft ihre feudalen, militaristischen, autoritären Werte aufzuprägen. Ihren hauptsächlichlichen Niederschlag hätten diese Werte als „Tendenz zu Statusformalisierung und Formalismus“ gefunden. Die Schnelligkeit der Industrialisierung und der mit ihr einsetzende Prozeß der „Rationalisierung“ (P., 324 f.) des gesamten Lebensvollzugs habe in Deutschland mehr als in anderen kapitalistischen Ländern eine „Desorganisation und Unsicherheit“ mit sich gebracht. Die „Herausbildung von Wunschmustern und idealisierten Hoffnungen“ sei die Folge gewesen; manifest wurde sie in einem „Romantizismus“ fast aller Schichten, dem Pendant zum staatlich geforderten „Formalismus“, der eine positive Gefühlsbindung an den Staat nicht habe aufkommen lassen. Dieser „Romantizismus“ via „Unsicherheit“ via „Rationalisierung“ habe mit der ihm eigenen Kraft der Dissoziation

11 Paul W. Massing, „Vorgeschichte des politischen Antisemitismus“, Frankfurt 1959, S. 193 f.

12 Dahrendorf in „Gesellschaft und Freiheit“, S. 111: „Weil es keine Gewißheit gibt (...), muß es Zwang geben, um ein lebensmögliches Minimum an Zusammenhalt zu gewährleisten. Weil wir nicht alle Antworten kennen, muß es ständigen Konflikt über Werte und politische Ideen geben. Wegen der Ungewißheit gibt es ständigen Wandel und Entwicklung“.

die gesamte Gesellschaft — was gar nicht stimmt — in einen extrem konservativen und einen extrem radikalen Teil gespalten, die, nicht geeint durch die integrierenden Wertvorstellungen der Demokratie, den NS hervorbrachten. Die Schuld am Faschismus wird so dem schichtenspezifisch nicht festmachbaren „Grundmuster des Romantizismus“ gegeben. Dessen Wesen sei: „die Ablösung der stärksten Gefühlswerte von den tatsächlichen Situationen, wie sie im Leben bestehen und ihre Übertragung auf die Vergangenheit, die Zukunft oder eine ganz außerhalb des gewöhnlichen sozialen Lebens stehenden Situation“ (P., 276). Diese Theorie setzt einige „patterns“ (Verhaltensmuster — die sie wohl auch näher beschreibt) mit der gesellschaftlichen Basis gleich, die den Faschismus hervorbrachte und die sie untersuchen wollte. Sie hat kein Mittel der Unterscheidung des Protestes gegen den Kapitalismus außer radikal versus konservativ. Im Namen dessen, was nun einmal „tatsächlich besteht“: im Namen des Kapitalismus verwirft sie alles, was sich gegen dessen Prinzip, die Reduktion alles Seienden auf den Gehalt seiner ökonomischen Verwertbarkeit im Produktionsprozeß, auflehnt. Warum es dem konservativen „Wunschbild“ gelang, teils als NSDAP, teils mit dieser verbündet, das linke „Wunschbild“ zu schlagen und nicht umgekehrt, bleibt so ungeklärt wie die Ursache des jeweiligen Resultats, nach links oder rechts „polarisiert“ zu haben. Viel zu oberflächlich hat Parsons auch den „Romantizismus“ selbst beschreiben müssen; um ihn beim linken und beim rechten „Strukturgewicht“ als logisch gleichwertig aufweisen zu können, durfte er ihn nur mit formaldemokratischen Begriffen konfrontieren, nicht aber mit dem Fortschritt des Kapitalismus selbst. Eine Einbeziehung der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands nach 1919 zeigt, daß mit der zu späten Zerschlagung der Monarchie (die für den Mittelstand gleichwohl zu plötzlich gekommen war) der „rechte“ Romantizismus seine machtgeschützte Innerlichkeit um so schneller verlor, als er durch die Inflation auch noch wirtschaftlich ruiniert wurde. Die wirtschaftlich und politisch nicht mehr geschützte Innerlichkeit wurde dann sehr schnell zu der Bösartigkeit, die man im Fortschritt vom bürgerlichen zum faschistischen Antisemitismus und in vielen anderen Phänomen sehr detailliert verfolgen kann. Den „linken“ Romantizismus, den es sicher beim Proletariat und häufiger bei den kleinstädtischen Intellektuellen gegeben hat, darf man genausowenig aus der spezifisch deutschen Entwicklung der Demokratie allein erklären. Um ihn mit den konservativen Protesten gegen Kapitalismus, Juden und Demokratie zusammenzubringen, muß man beide als Ausdruck des sich selbst unklaren aber gleichwohl berechtigten Protestes gegen die Versagungen des Kapitalismus bewußt machen. Zur Erklärung des Ausschlags des einen „Strukturgewichts“, zur Erklärung des Siegs der Nazis, muß Parsons denn auch ‚Nebenfaktoren‘ aus der nationalsozialistischen Ideologie und ihrer Umgebung Zünglein spielen lassen: den politischen Druck auf das besiegte Deutschland (das „Versailles“-Theorem) und anderes mehr, was das Gewicht der Nazis doch erst ausgemacht hatte. Wohl in der Ahnung all dieser Widerigkeiten macht er am Ende seine Differenzierung der kapitalistischen Demokratien wieder rückgängig: Das Vorhandensein der analysierten „romantischen Elemente“, die nur bei gegebener

deutscher Sozialstruktur zum Faschismus hätten führen können, seien „der Natur der modernen Gesellschaft inhärent“ (P., 281). Auch bei Parsons kehrt so der Faschismus wieder als das, was er in der Theorie gerade nicht hätte sein sollen: des Kapitalismus eigenstes Kind. Es gibt nur ein Mittel gegen ihn: alles was gegen den Kapitalismus aufbegehrt, als romantisch und damit dysfunktional zu verurteilen; der ‚Romantik‘ eben nicht zu ihrem Recht zu verhelfen, sondern ihr ihre Spitze zu nehmen, damit es keinen Faschismus (und wichtiger: keinen Sozialismus) gebe. Parsons' gesamte strukturell-funktionale Theorie könnte man so einen der fortgeschrittensten Versuche nennen, im Kapitalismus ohne offenen Faschismus auszukommen.

Die Analyse von Dahrendorf ist um den Grad leistungsfähiger als die von Parsons, als Dahrendorfs Gesellschaftstheorie zu ihrer Legitimierung konkreter Werte bedarf. Parsons kann gegen ein System, ist es einmal an der Macht, nichts einwenden als daß seine Mitglieder auf der „Ebene Befriedigung/Nichtbefriedigung“ auf dem unbefriedigten Ende anzutreffen seien und daß es auf der „Ebene Funktion/Agonie“ zur letzteren tendiere. Gegen den Faschismus, hat er gesiegt und ist die „Agonie“ zu Ende, darf er darum nichts vorbringen: Er war eines der best funktionierenden Systeme der neueren Geschichte und für einen größeren Teil der Bevölkerung, die er zu sich zählte, war mit Arbeit und Brot besser gesorgt als je zuvor in diesen Ländern. Was bei Parsons die gesellschaftlichen „Kräfte“, ohne Rücksicht auf ihre materiellen Inhalte vermögen, dazu bedarf es bei Dahrendorf des sich selbst regulierenden Marktes mit dem ihm eingeborenen, Demokratie erzeugenden Konfliktmechanismus. Der Nationalsozialismus wird verurteilt als das System, das diese Vermittlungsinstanz, Parlament und demokratisches Regierungssystem, abgeschafft hat.

Eine Bourgeoisie, die sich im Konflikt mit der feudalen Aristokratie und ihrem paternalistisch-autoritären Staat herausgebildet hatte, kannte Deutschland nach 1871 nicht mehr (dazu D. 269). Seine Bourgeoisie war von Anfang an sozial mit der herrschenden Klasse identisch gewesen und stimmte ideologisch fast völlig mit der feudalen Oberschicht überein. Unter dieser Bourgeoisie hatte sich aber — wie Dahrendorf am Rande vermerkt: zusammen mit dem Monopolisierungsprozeß des Kapitals — ein neuer Mittelstand herausgebildet. Mehr um seine wirtschaftliche Existenz besorgt als zu ökonomischer Expansion oder politischer Herrschaft noch fähig, „war er nicht mehr liberal, sondern staatlichen Schutzes bedürftig“ (D. 268). Konstituierend für den Sieg des Faschismus sei nun das Bündnis des „autoritär-paternalistischen ‚Extremismus der Rechten‘“ mit dem „totalitär-terroristischen Extremismus der Mitte“ (D. 292) gewesen¹³. Das Bündnis sei aber einzig möglich geworden — wie das Umschlagen der „romantischen Verhaltensmuster“ in den Faschismus bei Parsons — durch die spezifisch deutsche Fehlentwicklung der Demokratie. Kennzeichen dieser Fehlent-

13 Dies Theorem hat Dahrendorf von Seymour Martin Lipset übernommen. Bei diesem: „Faschismus — rechts, links und in der Mitte“, S. 134 f. in „Soziologie der Demokratie“, Berlin und Neuwied, 1962.

wicklung seien unter anderen der Primat des Staates vor den eigentlich staatstragenden Instanzen, das Fehlen einer politischen Öffentlichkeit und statt dessen die Ausbildung privater, vorkapitalistischer Tugenden, der Gegensatz zwischen Familie und Staat, die Reserviertheit der Intellektuellen gegenüber der Republik.

Dabei ist der Nationalsozialismus noch im Dunkeln geblieben. Das politische Interesse des wirtschaftlich geschwächten Mittelstandes an einem stärkeren Staat leuchtet nach dieser Analyse zwar ein, noch nicht aber das von Mittelstand und feudaler Oberschicht am Faschismus. Beide können ihr Interessenbündnis mit dem Faschismus „gegen ihre Interessen“ geschlossen haben: Die feudale Oberschicht selbst, das bemerkt Dahrendorf sehr richtig, ist vom Nationalsozialismus vernichtet worden (im Krieg die Offiziere, nach dem 20. Juli 1944 die Widerstandskämpfer und nach Kriegsende der Rest durch die Landenteignungen); der Mittelstand, das ist ganz entschieden an Dahrendorfs Analyse zu ergänzen, ist in der Epoche des Faschismus vollends zum Proletariat geworfen worden.

Wer Oberschicht sagt, das ist nicht nur gegen Dahrendorf einzuwenden, muß die im Kapitalismus herrschende Klasse meinen. Die „Feudalen“ als Feudale waren, außer in den bürgerlichen Salons, auch dem deutschen Kapitalismus uninteressant. Wer aber feudale Oberschicht sagt und das herrschende Interesse meint, heftet an Personen, was in der Ordnung dieser Gesellschaft selbst begründet liegt: die Herrschaft des Kapitals, das sich zum Monopolkapital entwickelt hatte. Als ob mit der physischen Vernichtung der adligen Offiziere im Krieg und der adligen Widerstandskämpfer nach dem 20. Juli das „herrschende Interesse“ ein anderes geworden wäre. Der Mittelstand, von eben dem Monopolkapital ruiniert, mit dem er sich dann gegen die Republik verbündete, hatte in England oder den USA vor dem Krieg nicht mehr von der Demokratie zu hoffen als in Deutschland, wo er es nicht tat. Die „Zerrüttung der deutschen Demokratie“ auf die „Demokratie“ zu schieben, heißt den Arbeitslosen vorwerfen, wie K. D. Bracher es tut, sie seien nicht angepaßt. Der konzentrierten und zentralisierten Wirtschaft war die Vermittlungsinstanz der Tauschgesellschaft, das Parlament, derer die früheren vielschichtigen kapitalistischen Einzelinteressen zu ihrem Sieg bedurft hatten, längst hinderlich geworden. Auf es berief sich nur noch, wer des staatlichen Schutzes gegen die Tendenzen des Kapitals bedurfte. Die Demokratie konnte dem Mittelstand und denen, die es noch sein wollten, auch in England und den USA die Einzelhandelsgeschäfte, das Leben auf dem Lande und die Schusterwerkstätten nicht wiedergeben, die ihnen das Monopol fortgenommen hatte. Sie hätte ihnen nur mit ihrem einzigen Mittel, dem Parlament der gewählten Interessen, zur Vergesellschaftung der Produktionsmittel verhelfen können. Wenn der Mittelstand und die Arbeiterschaft in diesen Ländern demokratisch blieben, so ein Teil darum, weil er mit den Mitteln der Demokratie sein Interesse, den Sozialismus, zu verwirklichen hoffte, und der andere, weil er noch glaubte, was das revolutionäre Bürgertum ihnen einstmals versprochen hatte: daß sich die gerechte Ordnung über den gerechten und freien Tausch herstellen werde. Wenn der deutsche Mittelstand und Teile der deut-

schen Arbeiterschaft das nicht glaubten, was ihnen der Kapitalismus in diesem Land nie vorgemacht hatte und ein revolutionäres Bürgertum ihnen nie hatte versprechen können: daß die Demokratie ihnen von allein zu ihrem Recht verhelfen würde, so taten sie recht daran. Der Faschismus versprach es ihnen glaubwürdiger. Der ruinierte Mittelstand in den angelsächsischen Ländern handelte so sehr gegen seine Interessen, wenn er konservativ, demokratisch oder republikanisch wählte und dabei auf die Besserung seiner Lage hoffte, wie der Mittelstand in Deutschland, als er nationalsozialistisch wurde. Der Nationalsozialismus konnte den einen nicht helfen, weil er die ökonomischen Verhältnisse, die ihn großgemacht hatten, nicht antasten durfte, und die großen Demokratien konnten den anderen auch nicht helfen, wenn sie die gleichen ökonomischen Verhältnisse nicht ändern wollten. Daß die großen kapitalistischen Demokratien vom Faschismus verschont blieben, ist ein Ergebnis ihrer „fortschrittlicheren“ Wirtschaftspolitik: Während in Deutschland zur Behebung der großen Wirtschaftskrise ausschließlich die Wiederaufrüstung diente, waren z. B. die USA unter Roosevelts New Deal bereits zu einer weniger gewaltsamen und auf die Dauer für den Kapitalismus vorteilhafteren Wirtschaftspolitik übergegangen (Vollbeschäftigungspolitik durch staatlich finanzierte Aufträge wie dem Bau von öffentlichen Anlagen: Straßen, Kraftwerken, Untergrundbahnen, und Subventionen vor allem an die Verbrauchsgüterindustrie¹⁴). Die endgültige Ablösung der andauernden Krise durch einen neuen Boom erfolgte jedoch in der Tat erst im Krieg, der die Konjunkturkurve in allen kapitalistischen Staaten steil ansteigen ließ. In den großen Demokratien hatte der Kapitalismus das Glück, ohne Faschismus auszukommen, weil der Krieg, der die Produktion allein noch auf dem laufenden halten konnte, von dem kapitalistischen Staat begonnen worden war, dessen herrschende Schicht die wenigsten Skrupel hatte, faschistisch zu werden, weil sie zuvor am wenigsten demokratisch gewesen war.

Die Einsicht in die Folgen der „ungleichzeitigen“ Entwicklung von Kapitalismus und Demokratie darf wohl einige Autorität für eine Theorie über den Faschismus beanspruchen. Zu einer brauchbaren Theorie, das lernte man nicht erst aus den Mängeln von Parsons und Dahrendorf, wird sie erst, wenn sie den „gleichzeitigen“ Widerspruch des Kapitalismus, den zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, zwischen Proletariat und Kapital, einbegreift¹⁵. Wieder wie eine Beschwörung klingt es,

14 Daß auch in Deutschland nach 1935 ‚in großem Stil‘ gebaut wurde, widerspricht dem nicht; zumal nicht der Bau der Autobahn. Alle öffentlichen faschistischen Unternehmungen dienten nur dem einen Zweck: der totalen Mobilmachung. Von allergrößtem Interesse in diesem Zusammenhang ist, daß die Nazis das Bau- und Sanierungsprogramm eines ihrer frühesten Ideologen, Gottfried Feders: „Jedem Deutschen sein Häuschen im Grünen“ ablehnten und sich damit die Verbitterung der damals noch ziemlich atomisierten Bauindustrie zuzogen. (Siehe Arthur Schweitzer, „Big Business in The Third Reich“, Bloomington/USA, 1964; S. 219 ff.). — Heute, wo die gesamte westdeutsche Bauindustrie von weniger als zehn großen Firmen beherrscht wird, können im Verein mit dem Wohnungsbauministerium endlich G. Feders hinterlassene Programme voll und nun wirklich in ‚großem Stil‘ durchgeführt werden.

15 Ernst Bloch hat schon in den 30er Jahren in „Erbschaft dieser Zeit“ die „gleichzeitigen und ungleichzeitigen Widersprüche“ des Kapitalismus als zentrale Kategorie für eine Faschismus-Theorie herausgearbeitet. Siehe dort bes. das Kapitel: „Ungleichzeitigkeit und Pflicht zu ihrer Dialektik“.

wenn der Mittelstand, der vor 1933 nach Dahrendorf die Hauptschuld am Faschismus getragen haben soll, ab 1945 zum Garanten der wiederhergestellten Demokratie erhoben wird (D., 297 f.). Damit ist unterstellt, daß der Faschismus alle Widersprüche des Kapitalismus beseitigt hat: die, deretwegen die vielen Kleinbürger für den Nationalsozialismus gestimmt hatten und die, deretwegen zu wenig Arbeiter gegen Faschismus und Kapital auf die Straße gegangen waren.

Die wichtigen und umfangreichen Untersuchungen Karl Dietrich Brachers über „Die Auflösung der Weimarer Republik“¹⁶ und „Die nationalsozialistische Machtergreifung“¹⁷ sind die Gipfel der westdeutschen Forschung über dieses Gebiet. Die sogenannte Totalitarismusforschung hat von ihnen ihr - empirisches - Gesicht erhalten. Ihre Theorie läßt sich „von außen“ zusammenfassen: Einer idealtypisch konzipierten „Struktur der Demokratie“ wird die politologisch untersuchte „Struktur der Gesellschaft“ gegenübergestellt; aus einer Differenz von beiden, die „Struktur der Demokratie“ dabei als Invariable „konstant gehalten“, kann Totalitarismus entstehen: Nationalsozialismus, Bolschewismus, Zonenkommunismus usw.

Diese Theorie verfügt, ähnlich der von Parsons und anders als die von Heller oder Dahrendorf, über einen solchen Grad an Abstraktheit und Selbständigkeit der Kategorien, mit denen sie den Faschismus oder andere gesellschaftliche Ordnungen mißt, daß sie zugleich aus dem historischen, ökonomischen und sozialen Material dieser Gesellschaften das für sie Brauchbare auswählen kann, historisch unterschiedliche und in ihrer gesellschaftlichen Stoßrichtung entgegengesetzte Phänomene formalen Begriffen subsumieren und diesen Begriffen, ohne daß sie mit ihren untersuchten Gegenständen in Berührung traten, neue inhaltliche Würde verleihen kann. Die wichtigsten Begriffe dieser Theorie, mit der sie den Übergang von der Weimarer Republik zum Nationalsozialismus und das Wesen totalitärer Herrschaft überhaupt untersucht, sind 1. M a c h t h a u s h a l t einer Gesellschaft, 2. R ä u m e , z. B. „wirtschaftlicher“, „politischer“, „parlamentarischer Raum“, 3. der Dualismus totalitär/demokratisch-parlamentarisch. Jeder Gesellschaft stehe ein M a c h t h a u s h a l t zur Verfügung. In ihm kann es in den Demokratien zu sie charakterisierenden M a c h t v e r s c h i e b u n g e n innerhalb des „politischen Raumes“ kommen oder zu sie gefährdenden M a c h t v e r s c h i e b u n g e n zwischen „ihren Räumen“ (etwa könnte sich der „wirtschaftliche Raum“ Rechte im „politischen Raum“ anmaßen) bzw. zu einer totalen M a c h t e r g r e i f u n g eines Sektors, die dann die Ausgleichs-Instanzen im demokratischen Machthaushalt lahmlegt. Die Auflösung der Weimarer Republik durchlief so nach Bracher drei Phasen¹⁸, zuerst M a c h t v e r l u s t der demokratischen Organe in der Zeit der Regierung Brüning (bewirkt u. a. durch die Notverordnungs politik, die den legitimen Machtapparat des Parlaments schwächte); dann ein M a c h t v a k u u m ,

16 K. D. Bracher: „Die Auflösung der Weimarer Republik“, 3. Aufl. Villingen 1960, 810 S.

17 Bracher, Sauer, Schulz: „Die nationalsozialistische Machtergreifung“. Köln und Opladen 1963, 630 S.

18 S. Bracher: „Auflösung einer Demokratie. — Das Ende der Weimarer Republik als Forschungsproblem“. In „Faktoren der Machtbildung“; Berlin 1952, S. 45 f.

entstanden im Kampf um die Macht nach der Auflösung ihrer demokratischen Bindung („die Macht liegt ungenutzt zwischen den widerstreitenden Gruppen“) und dann die **M a c h t e r g r e i f u n g** durch den, der sie sich „nimmt“: die NSDAP im Zusammenspiel mit den „Resten der politisch führenden und sozial tonangebenden Schichten der Kaiserzeit — Beamte, Aristokraten, Militär, Industrielle.“

Die dieser Theorie zugrundeliegende Analyse der politischen Institutionen mag weitgehend richtig sein. Bezeichnend für ihren Typus ist aber, daß sie die komplexen Prozesse der gesellschaftlichen Entwicklung in „Sektoren“, „Subsysteme“, „Faktoren“ oder gar „Räume“ teilt, diese mit der Autonomie der Entwicklung ausstattet und dann nur jeweils diejenigen Aspekte dieser Entwicklungen untersucht, die sich in Form von Institutionen, Programmen, Verlautbarungen, Wahniederlagen usw. anbieten und darum leicht zu bewerten scheinen. Zentrale Aussagen Brachers und seiner Mitarbeiter sind etwa: Bürokratisierung, Oligarchisierung und ideologische Verfestigung der Parteien und Verbände hätten in der Weimarer Republik einen solchen Grad erreicht, „daß die bestehenden Gegensätze im Volk durch dogmatisch versteifte Programmhaltungen nur noch vertieft und in einen Antagonismus von förmlichen ‚Staaten im Staat‘, mit eigenen Bürokratien und Ordnungshierarchien übersteigert wurden, bis dann [!] die Staat gewordene Partei, der Partei gewordene Staat mit der nationalsozialistischen Machteroberung verwirklicht war.“ (Auflösung, S. 79). Oder: der grundsätzliche Antagonismus der Parteien habe ein „neutralisiertes Machtvakuum“ geschaffen, in das die Interessengruppen „einbrechen“ konnten (Auflösung, S. 95). Die Wirtschaftskrise habe ermöglicht, daß „wirtschaftliche Schwierigkeiten“ auf die „politische Ebene“ verschoben wurden und der „demokratische Mechanismus von unten, . . . her ins Wanken“ gebracht wurde (Auflösung, S. 219). Diese Theorie von der Strukturkrise der Demokratie, entstanden vor dem Hintergrund des parlamentarischen Regierungssystems, aufgebaut auf der politischen Analyse der Institutionen der Weimarer Republik, wird überwölbt von einer Konstruktion totalitärer Herrschaft¹⁹. Deren vom jeweiligen „politisch-ideologischen Gehalt unabhängige Grundprinzipien“ (Machtergr., S. 9 u. f.) werden in einem ausführlichen Katalog aufgeführt: Sie reichen von einem „terroristischen Polizeisystem“ bis zur „zentralen Kontrolle und Planung der Wirtschaft“. Kennzeichnend sei u. a. der „dauernde Krisen- und Revolutionszustand“, in dem die Bevölkerungen dieser Systeme zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft gehalten werden müßten.

Die Volkspolizei der DDR und die SS unter dem einen Oberbegriff „terroristisches Polizeisystem“ zusammenzufassen, wäre so zynisch wie es falsch ist, die Situation des Kapitalismus im Faschismus als „Planung der Wirtschaft“ zu bezeichnen. Zugunsten einer Identifikation von Phänomenen, die im Faschismus und in kommunistischen Ländern formale Gemeinsamkeiten besitzen mögen (z. B. ihr „Einparteiensystem“), und der heutigen „demokratischen“ Propaganda sehr gute Dienste erweisen, müssen ihre

¹⁹ Die systematischen Fundierungen der Totalitarismustheorie stammen hauptsächlich von: Hannah Arendt: „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft“, Frankfurt a. M. 1958 und Carl J. Friedrich: „Totalitäre Diktatur“, Stuttgart 1957.

inhaltlichen Unterschiede zurücktreten. In ihrer Bracherschen Ausprägung ist die Totalitarismustheorie die Rechtfertigungstheorie der bestehenden Gesellschaft: Zwar hätte die Industrie — so wird argumentiert — wohl anfänglich Hoffnungen auf den Nationalsozialismus gesetzt; als er aber an der Macht war, sei die „unumschränkte Alleinherrschaft Hitlers und seines totalitären Apparates“ entstanden (Auflösung, S. 731).

Vor jeder Untersuchung gesellschaftlicher Prozesse steht Brachers Option fürs parlamentarische Regierungssystem. Die Zue oder Absage an eine gesellschaftliche Ordnung richtet sich nach diesem Votum. Inhaltlich zu differenzieren zwischen „totalitären Systemen“ oder ihrer Ausbildung ein historisches Recht zuzugestehen nach Maßgabe des Widerspruchs der Versprechungen der Demokratie und der ökonomischen und politischen Situation, die unter ihrer Schirmherrschaft entstanden war, vermag diese Theorie nicht. Sie basiert auf einem strengen Dualismus von pluralistischer, parlamentarisch-demokratischer Ordnung einerseits und totalitärer Diktatur andererseits. Totalitär ist ihr in diesem Sinn die Ordnung, die den gesellschaftlichen Pluralismus — eine verschleiernde Bezeichnung für die antagonistische Klassengesellschaft — aufgehoben hat. Wenn Bracher behauptet, daß die Gesellschaft im Nationalsozialismus „gleichgeschaltet“ sei, sitzt er den Proklamationen des Faschismus so sehr auf, wie seiner eigenen Methode. Festgelegt durch seine typologische Verfahrensweise, muß Bracher sich an die Vorgänge halten, die institutionell oder organisatorisch in irgendeiner Weise zur Verfassungsstruktur in unmittelbarer Beziehung stehen. Herrschaft und Interessen werden diesem Verfahren nur sichtbar in Gestalt von aktuellen Maßnahmen, von Appellen der oder gegen die Regierung, als Staatsaktionen, deren „Auslöser“, — eben das, was eigentlich mit Interesse und Macht gemeint sein müßte — im schwer faßbaren Hintergrund verbleiben. Wirtschaftliche Machtkämpfe und widerstreitende Interessen drangen im Faschismus kaum mehr an die Öffentlichkeit, aber nicht, weil es sie nicht mehr gab, sondern weil die Vertreter partikularer Interessen, soweit sie nicht unterdrückt waren (wie die Gewerkschaften), der früheren parlamentarischen Öffentlichkeit der bürgerlichen Gesellschaft umso lieber entrieten (so die differierenden Kapitalinteressen), als sie ihre Partikularität als bestimmenden Faktor der Politik durchzusetzen begannen. Daß die, auf die gesamte Gesellschaft bezogen, partikular gebliebenen Interessen der verschiedenen Kapitalzweige im Faschismus nicht immer zugleich Staatsinteressen waren, bloß weil es keinen „politischen Pluralismus“ mehr gab, ändert nichts an diesem grundsätzlichen Zusammenhang²⁰.

In eine Dunkelheit brachten alle diese Theorien kein Licht: Sie verurteilten den Faschismus im Namen des Prinzips, unter dessen Herrschaft er sich ausbilden konnte, — der Demokratie im Kapitalismus. Diesem Widerspruch sind die Theorien auf ihre Art

20 Detaillierte und theoretisch fundierte Auskunft über Interessenkonflikte zwischen dem NS-Staatsapparat und der „eigentlichen“ Wirtschaft einerseits und zwischen den verschiedenen Wirtschaftssektoren andererseits gibt bislang fast nur Franz L. Neumann: „Behemoth“, London 1963 und A. Schweitzer, aaO. Zu verweisen ist auf die zu erwartende englische Untersuchung zu diesem Gebiet von Tim Mason. — In diesem Heft siehe besonders die Besprechung von Schweitzers Buch und den Aufsatz von D. Grosser.

begegnet. Sie messen Faschismus und Demokratie weniger an den Werten, Wünschen und Hoffnungen, die das demokratische Bürgertum einstmals zu erfüllen versprochen hatte, als sie den Faschismus anklagen, die „demokratische Struktur“ verletzt und die demokratischen Spielregeln nicht eingehalten zu haben. Unter deren strikter Beachtung aber war es dem Kapitalismus schon lange gelungen, die Wünsche der größtmöglichen Menge nicht zu befriedigen. Gleichzeitig schuf er sich eben die Feinde, die seit Beginn dieses Jahrhunderts seine Herrschaft ständig bedrohten. Mit der zunehmenden Monopolisierung tendierte der Kapitalismus immer mehr dazu, sein eigenes Prinzip aufzuheben, das der Konkurrenz, und so die Schicht zu bedrohen, dessen Existenzgrundlage vom Funktionieren des Marktes abhängig war: den Mittelstand. Das Regieren durchs Parlament wurde der Herrschaft des Monopols je gefährlicher, je mehr sich das revolutionäre Proletariat und die Reste des demokratischen Bürgertums dort gegen die Tendenzen zur Zentralisierung der Macht bei wenigen Besitzenden zur Wehr setzten. Die „demokratischen Spielregeln“ waren der politische Ausdruck der ökonomisch nun antiquierten Konkurrenz. Sie galten niemals von allein und nie als unveräußerlich, auch wenn sie in den bürgerlichen Verfassungen so fixiert waren. Wo sie noch galten, taten sie es auf Abruf. Die behandelten Theorien halten fest an den Prinzipien dieser Demokratie, weil nur durch sie sich das Bürgertum politisch als der vielköpfige Herrscher erhalten kann, der es ökonomisch schon lange nicht mehr ist; weil der Faschismus dem Mittelstand die Träume vom organischen Aufbau des Staates und von der eigenen Stabilisierungsposition zwischen Kapital und Arbeit bereits nach den ersten Jahren seiner Herrschaft zerschlagen hatte. Was in der organischen Staatsidee einst intendiert war, die Bewahrung der gesellschaftlichen Struktur im ewig gültigen, statischen Rahmen einer Ständeversammlung, soll heute eine wiedererstarke Demokratie durch stetige Neuformulierung des status quo, durch die Reproduzierung der gesicherten sozialen Rangordnung mit Hilfe balancierender staatlicher Eingriffe gewährleisten. Die Konkurrenz erhält damit eine neue inhaltliche Bestimmung. So sehr der klassische Liberalismus freie Bahn dem Tüchtigen schaffen wollte, so sehr pocht der heutige darauf, daß die „Bahn des Tüchtigen“ begrenzt werde durch die Privilegien der bereits Besitzenden. In einem Pluralismus der sozialen Gruppen sollen gerade noch die Interessenkonflikte zugelassen sein, die nicht die Gefahr einer radikalen Neuordnung der Gesellschaft oder einer totalen Unterwerfung der Mehrheit durch die kapitalistische Minderheit beinhalten. Die Angst vor der Veränderung ist die alte Angst des Mittelstandes vor seinen mächtigsten Feinden: dem Monopolkapital und der Arbeiterschaft. Die Angst der Theoretiker vor dem Faschismus wird gespeist von dem geheimen Wissen um dessen Funktion fürs Kapital; die Angst vor dem Bolschewismus ist der Reflex des Traumas von der drohenden proletarischen Revolution. Waren Antisemitismus und Faschismus am Anfang dieses Jahrhunderts der einzige Weg, Antikapitalismus und Kampf gegen das Proletariat auf einen Nenner zu bringen, so hat doch der Faschismus den verzweifelten Mittelstand gelehrt, daß der Kapitalismus mit zwei Wahrheiten nicht völlig Ruhe halten konnte: „mit einer irrationalen hier, für sein Volk,

mit einer abstrakt-mechanischen dort, im Betrieb.“²¹ Daß er vielmehr sehr bald die Wahl, die er mit dem Faschismus getroffen hatte, korrigieren mußte und die faschistischen Träumer ins Konzentrationslager warf, um anstelle deren organischem Prinzip die Mechanik der monopolisierten Produktion durchzusetzen. Der Mittelstand und die für ihn schreibenden Theoretiker haben nunmehr eingesehen, daß dem Kapital und dem Kleinbürger mit altem Liberalismus besser gedient ist als mit romantischem Antikapitalismus. Das in sich gespaltene Bürgertum kann sich aber letztlich nur wieder vereinigen, wenn es gelingt, die ökonomische Macht der einen mit den politischen Ansprüchen der anderen zu versöhnen. Das leistet die formalisierte Pluralismustheorie. Je gründlicher sie die Trennung von Gesellschaft und Staat, von Privatsphäre und Politik durchführt, desto besser läßt sich die alte Citoyenhoffnung aufrechterhalten, die Konkurrenz freier und gleicher Individuen sei garantiert. Den Preis für eine solche Rechtfertigung des Bestehenden, nämlich das ureigene Wort Interesse nur noch in einer verstümmelten Form gebrauchen zu dürfen, bezahlt das Bürgertum heute gern, wo es sein eigenes immer noch privat durchsetzen und das des Proletariats öffentlich bekämpfen kann. Der vereinte Haß gilt diesem Interesse, das sich mit den frühbürgerlichen Hoffnungen verbündet hat, um sie endlich für die gesamte Gesellschaft zu verwirklichen. So schließlich dienen Pluralismus- und Totalitarismustheorie vortrefflich dazu, den eigenen Seitensprung in den Faschismus zu bemängeln, die eigene demokratische Vergangenheit und den Anspruch des Proletariats in Gestalt des Bolschewismus zu diffamieren. Dies gelingt immer besser, je mehr der gereinigte Liberalismus die Vorstellungen der frühbürgerlichen Soziologie von der Beherrschung der Natur und der Gesellschaft verwirklichen kann. „Strukturell-funktionale“ Soziologie und Technokratie haben die Interessengegensätze neutralisiert; auf jeden ihrer technizistischen Verse singt die Politologie ihren pluralistischen Reim. Die Größe der Differenz von dem, was sie über Faschismus und Kapitalismus sagen, zu dem, was sie darüber schweigend wissen, offenbart sich als Zynismus. Weil die Gesellschaft wieder nicht nach den Idealen der Demokratie eingerichtet werden darf, müssen die Individuen an die bestehende Herrschaft angepaßt werden. „Unangepaßtheit“ wird die allgemeine Diagnose für die das Bestehende transzendierenden Interessen. „Entideologisierung“ und Manipulation ist die Therapie derer, die eingesehen haben, daß die Biologie der Politik und der Ökonomie nicht hilft. Sie erklären das Gesetz der Mechanik zum Gesetz der Geschichte und helfen, wo es noch nicht stimmt, mit Herrschaftstechnik nach. Das Einverständnis mit der Unterdrückung ist das einzige Mittel, das der Liberalismus gegen den Faschismus hat. Setzte es sich völlig durch, wollten die Individuen nicht doch noch mit ihrer eigenen Herrschaft beginnen, reichte das Wort Faschismus nicht mehr aus, um jene Gesellschaft zu bezeichnen.

21 Ernst Bloch, Erbschaft dieser Zeit, erweiterte Ausgabe, Frankfurt/M., 1962, S. 60.

Psychologische Theorien über den Faschismus

Vorbemerkung

Im Nazismus zeigten psychopathologische Abnormitäten sich von so epochaler Geschichtsmächtigkeit, daß die Aufgabe dieser Mächtigkeit in der Normalität aufzuweisen. Damit ist die Fragestellung einer Reihe psychologisch-politischer Schriften und Forschungsunternehmen bezeichnet, die seit 1933 in der Emigration entstanden. So verschiedene Terminologie, Absicht und Durchführung solcher Schriften waren, ging es ihnen doch allen darum, die „Persönlichkeitsgrundlage des Faschismus“ (Erich Fromm) aufzuklären. In seiner MASSENPSYCHOLOGIE DES FASCHISMUS nannte 1933 der Freudschüler und zeitweilig eingeschriebene Kommunist Wilhelm Reich den soziologischen Rahmen, in den solche Untersuchungen sich einzuordnen haben:

„Die Menschen unterliegen ihren Seinsverhältnissen auf doppelte Art: direkt der unmittelbaren Einwirkung ihrer ökonomischen und sozialen Lage, und indirekt vermittelt der ideologischen Struktur der Gesellschaft; sie müssen also immer einen Widerspruch in ihrer psychischen Struktur entwickeln, der dem Widerspruch zwischen der Einwirkung durch ihre materielle Lage und der Einwirkung durch die ideologische Struktur der Gesellschaft entspricht. Indem die Menschen der verschiedenen Schichten nicht nur Objekte dieser Einwirkungen sind, sondern sie auch als tätige Subjekte reproduzieren, muß ihr Denken und Handeln ebenso widerspruchsvoll sein, wie die Gesellschaft, der es entspringt.“¹ Damit ist der ‚Massenpsychologie‘ ihr Ort in der Gesellschaftstheorie zugewiesen: sie erklärt die psychischen Widersprüche der Menschen aus deren ökonomischer und sozialer Lage und begreift die auf diese Lage zurückwirkenden Ideologien aus den psychischen Widersprüchen der von ihr bedingten und sie reproduzierenden Menschen. Die Institution, durch die jedes Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft grundlegend geformt wird, ist die Familie. Sie ist — mit den Worten von Reichs Kampfschrift: der „Mittler zwischen der wirtschaftlichen Struktur der Gesellschaft und deren ideologischem Überbau“ und geradezu eine „Fabrik bürgerlicher Ideologien und konservativer Strukturen“². Ihre Entwicklung und ihre gesellschaftlichen Bedingungen zu verfolgen ist der Weg, den alle derartigen Untersuchungen mehr oder weniger konsequent beschreiten. Er führt zur Erkenntnis der charakterologischen Grundlage, von der aus gesellschaftliche Erscheinungen, soweit sie von Psychischem bedingt sind oder an Psychisches appellieren, als von ihrer ‚subjektiven Innenseite‘ her sich erschließen. Einer kritischen Theorie über den Faschismus ist dieser Zugang unentbehrlich. Gleichwohl ist

1 Wilhelm Reich: Massenpsychologie des Faschismus, Kopenhagen 1933.

2 W. Reich, aaO.

er unzureichend und droht zudem, psychologisierend die Realität von Geschichte und Gesellschaft verfehlen zu lassen. Auch erfaßt er nur das Moment des Irrationalen an Ideologien und sozialen Verhaltensweisen: so gerät der Massenpsychologie das Bild von Geschichte leicht deterministisch und irrationalistisch; materielle Interessen verliert sie ebenso leicht aus dem Blick wie die mittelbare Fortschrittlichkeit einer Entwicklung. Wenn ihr Zugang dennoch unentbehrlich ist, so vor allem deshalb, weil sie es verbietet, Abnormes und Normalität, das heißt hier: Faschismus und bürgerliche Gesellschaft fundamental voneinander zu trennen (z. B. als ‚Demokratie‘ und ‚Totalitarismus‘). Thema der Psychologie ist gerade die Hervorbringung des Krankhaften durch das für normal Gehaltene. So untersucht sie etwa den Zusammenhang zwischen der Unterdrückung von Sexualtrieben einerseits und dem antisemitischen Verfolgungswahn und seiner Austobung in manifester Grausamkeit andererseits. Damit hat sie dem (positivistischen) Aufspüren ehemaliger Nazis dies voraus, daß sie sich nicht zur Apologie der gegenwärtigen Gesellschaft mißbrauchen läßt. — Das folgende Referat stellt sich die Aufgabe, einige Gedankengänge nachzuzeichnen, die für die Erforschung der psychologischen Grundlage des Faschismus (besonders in seiner deutschen Spielart) wesentlich sind³. Weder kann die Darstellung dieser Gedankengänge irgendeine Vollständigkeit beanspruchen, noch ist es möglich, die vorgetragenen Theorien hier kritisch ausdiskutieren. Vielmehr soll eine Forschungsrichtung bezeichnet werden, die in den heute (in Ost und West) gängigen Theorien über den Faschismus weitgehend vernachlässigt wird.

W. F. H.

I.

Die Vorgeschichte der Persönlichkeitsgrundlage des Faschismus ist die Geschichte der Familie und ihrer sich wandelnden ökonomischen Funktion im Kapitalismus. Von zentralem Interesse sind dabei die Formen, in denen sich der gesellschaftliche Anspruch auf Triebverzicht in der Familie mittels deren autoritärer Struktur durchsetzte⁴. Die Erziehung zu Disziplin, Ordnung und Unterordnung unter den Willen des Vaters erforderte strenge Unterdrückung der Triebe und ihre Umlenkung in den harten Arbeitsprozeß des sich entfaltenden Kapitalismus. Der wichtigste psychische Mechanismus, der den (unter frühkapitalistischen Bedingungen) immerhin ‚rationalen‘ Triebverzicht im einzelnen durchsetzt, ist die Identifizierung mit dem Versagenen und dessen Aufrichtung in der Seele des Beherrschten (Verinnerlichung) als Über-Ich und charakterologische Formationen. Ihren ideologischen Ausdruck findet diese gesellschaftliche Situation in der Abwertung der Sinnlichkeit zugunsten der Herrschaft: Sexualität gilt nur als Fortpflanzungsfunktion für zulässig, nicht aber als Quelle von Lust.

³ Vgl. die Besprechung von Th. W. Adorno u. a.: *The Authoritarian Personality*; in diesem Heft, S. 50.

⁴ Vgl. dazu Erich Fromm: *Escape From Freedom* (dt. *Furcht vor der Freiheit*, Zürich 1945).

Mit der Anhäufung gesellschaftlichen Reichtums und mit der fortschreitenden Konzentration ökonomischer Macht verändern die Formationen von Verzicht und Unterdrückung ihren Stellenwert und ihre Effektivität. Das ‚freie‘ ökonomische Subjekt verliert nach und nach seine Funktionen, indem das mittlere Eigentum schwindet. Sozialer Erfolg wird zur Funktion von Anpassung. Herrschaft wird institutionalisiert zu einer Hierarchie von Gehaltsempfängern, die alle nurmehr ‚ihre Pflicht tun‘. Die damit angedeutete gesellschaftliche Entwicklung und die mit ihr einhergehenden Krisen bedrohen mit der materiellen und psychologischen Lebensgrundlage der mittleren Schichten vor allem die Familie⁵. Die Autorität des Vaters verliert ihre wirtschaftliche Basis. Sich jener zu unterwerfen wird immer mehr zu bloßem sinnlosem Zwang. Denn in der Regel schwindet nicht nur die rationale Seite seiner Autorität, sondern der zunehmende gesellschaftliche Druck auf ihn setzt sich fort in gesteigerter Intoleranz gegen die Familienmitglieder. So ist der durchschnittliche Vater nur noch um den Preis von Realitätsblindheit und Kritiklosigkeit zum Ideal zu erheben. Daß der Vater nicht mehr Vorbild und idealisierbar sein kann, begünstigt (besonders, wenn er streng ist) eine Irrationalisierung des Über-Ichs. Die Identifizierung mit dem Erzieher reduziert sich auf die zu keiner Verallgemeinerung befähigende Verinnerlichung von nicht mehr sinnvoll ins soziale Ganze integrierten Werten und Maximen oder bloßen Dressaten: Pflichten und Zwänge, Verbote und Befehle. Hieraus resultiert ein Handeln, das weitgehend unreflektiert und durch Dressate gesteuert und in dem die Differenz zwischen Gewolltem und Gesolltem zugunsten des letzteren aufgehoben ist.

E. Erikson hat in seinem Buch „Kindheit und Gesellschaft“ in dem Kapitel: „Legende um Hitlers Jugend“ die besondere Bedeutung der familiären Verhältnisse, insbesondere die Bedeutung der harten und widersprüchlichen Erziehung, die daraus resultierenden Verschärfung der ödipalen Situation, der mißlingenden Identifizierung mit dem Vater, dessen Autorität irrational geworden ist, hervorgehoben. Härte sei „nur dort produktiv, wo ein Gefühl der Verpflichtung herrscht, ein Gefühl der Würde im freiwilligen Gehorsam. Diese Gefühle aber können nur durch ein integrierendes Anliegen erweckt werden: ein Anliegen, das Vergangenheit und Gegenwart eint, im Einklang mit Veränderungen in den ökonomischen, politischen und geistigen Einrichtungen und Institutionen“.⁶ Da Deutschland nie eine demokratische Revolution gehabt hat, ist es zu einer derartigen sozialen Integration nie gekommen; vielmehr schlugen sich die autoritären gesellschaftlichen Verhältnisse nur allzu oft nieder in einer Erziehung nach Gewohnheit und Ethik des Oberfeldwebels. Die Auseinandersetzung mit dem Vater führte dann nach der Pubertät zur heftigen Auflehnung gegen ihn und zur Flucht aus der Familie. Die bürgerliche Jugendbewegung in Deutschland sei als Protest und fehlgeleitete revolutionäre Auflehnung gegen solche Verhältnisse zu verstehen. Die scheinbare Unmöglichkeit sozialer Veränderungen führte nach Erikson oft zur Flucht in eine romantische Einheit mit der Natur. „Der

⁵ Vgl. dazu Thomas Metscher: Zum Strukturwandel von Autorität und Familie, in: ARGUMENT Nr. 22 (zweite Auflage 1964).

⁶ Erik H. Erikson: Kindheit und Gesellschaft. Zürich-Stuttgart 1957, S. 313.

gemeinsame Zug bei allen diesen Unternehmungen war die Ablehnung der individuellen Väter als Einfluß und Hinwendung zu irgend einer mystisch-romantischen Größe: Natur, Vaterland, Kunst, das Wesenhafte an sich etc. — deutliche Ersatzbilder einer reinen Mutter...“⁸. Der Aufstand gegen die Väter und gegen ihren kleinlichen servilen Konservatismus erweiterte sich meist zum Haß auf die ganze bürgerliche Sphäre. Aber das in früher Jugend fest begründete patriarchalische Über-Ich, die sich entwickelnden tiefen Schuldgefühle führten, wo sie sich mit Feindschaft gegen Sexualität und Aufklärung verbanden, zu tiefer Resignation und seelischer Zerrissenheit. Das war der beste Boden für Hitlers Wirken:

„Hitler war der ungebrochene Jüngling, der sich eine Laufbahn fern dem zivilen Glück, der merkantilen Geruhsamkeit, dem geistigen Frieden gewählt hatte: ein Bandenführer, der die Jungen zusammenhielt, indem er ihre Bewunderung herausforderte, Schrecken verbreitete und sie geschickt in Verbrechen verwickelte, aus denen es keinen Weg zurück gab. Und er war der rücksichtslose Ausbeuter der Fehler der Eltern.“⁹

II.

Psychoanalytische Begriffe und Erfahrungen meidend, veröffentlichte D. Müller-Hegemann 1955 in der DDR eine Untersuchung „Zur Psychologie des deutschen Faschisten“, die auf empirischem Weg zu ähnlichen Resultaten gelangt wie die übrigen hier referierten Veröffentlichungen; er erweist sich allerdings als unfähig, die Einzelergebnisse in ihrem Zusammenhang zu begreifen. Das empirische Material entstammt der Untersuchung mehrerer hundert faschistischer Personen. „Als faschistisch waren sie deswegen zu bezeichnen, weil sie ohne unmittelbaren Zwang den Parolen des deutschen Faschismus gefolgt sind, weil sie nicht jede Möglichkeit des Widerstandes, der Sabotage oder zumindest der Passivität genutzt haben“¹⁰. Durchweg sind die von Müller-Hegemann untersuchten Personen in ihrer Kindheit autoritär und gewalttätig erzogen worden. Durchgehend zeigen sie heftige Aggressions- und Angsteffekte, Gehemmtheit im Umgang mit Fremden, Sentimentalität, häufig sexuelle Impotenz, mangelndes Bewußtsein ihrer gesellschaftlichen Lage, Pessimismus und Ordnungsliebe. Sie zeigen Dienstfeier und peinliche Korrektheit in ihrer Kleidung. Vor 1933 waren sie zumeist unpolitisch. Müller-Hegemanns Versuch, die beschriebenen Charakterzüge gesellschaftlich abzuleiten, bleibt stecken in der schlechten Allgemeinheit von Aussagen wie dieser: die fundamentale Irrationalität der kapitalistischen Gesellschaft habe zur Folge eine Irrationalisierung psychischer Strukturen. — Erich Fromm versuchte 1936 die psychischen Mechanismen zu beschreiben, die aus den weiter oben beschriebenen familiären Verhältnissen „autoritär-masochistische Charaktere“¹¹ entstehen

⁷ Ebd.

⁸ Ebd., S. 315.

⁹ Ebd. S. 317.

¹⁰ Dietfried Müller-Hegemann: Zur Psychologie des deutschen Faschisten, Leipzig 1955, S. 34.

¹¹ Erich Fromm: Der autoritär-masochistische Charakter, in: Studien über Autorität und Familie, hrsg. v. Max Horkheimer, Paris 1936.

lassen. Strenge irrationale Erziehung steigert mit der Unterdrückung des kindlichen Trieblebens die gegen die Erzieher gerichtete Aggressivität, deren Realisierung wiederum Strafen provoziert. Sich ängstigend unterdrückt das Kind die Aggression. Ihrer Intensität entspricht die Härte des Über-Ichs. In seinem Dienst wehrt das ‚Ich‘ angstvoll die verbotenen Triebstrebungen ab. Ihre Unterdrückung in der sexualfeindlichen bürgerlichen Familie macht die Triebe ganz allgemein zum Gegenstand der Angst. Seine Abwehr läßt den Trieb regredieren auf prägenitale Stufen seiner Entwicklung. Die heterosexuellen Strebungen finden sich durch diese Entwicklung geschwächt. Der abgewehrte Sexualtrieb drängt besonders als anal- und phallisch-sadistische Tendenz erneut nach Befriedigung, ohne wegen seiner nun ‚perversen‘ Form vom Ich akzeptiert zu werden.

Ihre Wahrnehmung erregt vielmehr bewußte oder unbewußte Angst. Die solchermaßen verstärkten Strebungen werden zum Teil in reaktiven charakterologischen Formationen gebunden, z. B. in übertriebener Sparsamkeit, pedantischem Ordnungssinn, Geiz oder in zwanghafter Reinlichkeit. Werden die sexuellen und aggressiven Strebungen immer weiter abgewehrt, so steigern sie sich zur sadistischen Wut und drohen die reaktiven Haltungen zu durchbrechen. Angesichts dieser mächtigen sadistischen Strebungen unterwirft sich das Ich immer mehr dem Über-Ich, ohne dessen Kraft es sich nicht gegen die Anstürme pervers gewordener Triebregungen der unterdrückten Sexualität und der unterdrückten Aggression erwehren kann. Einklemmt zwischen Es und Über-Ich, durchdrungen von Schuldgefühlen (Schuldangst) und Angst, wird die Vernunft-Instanz, das Ich, machtloser, schwächer und masochistisch. Der Verzicht auf Triebbefriedigung und die Verinnerlichung der Aggression, einst Bedingungen der Selbststärkung, schlagen nun aus in Triebkräfte der Selbstzerstörung. Aus dieser Triebfigur — in der bürgerlichen Familie erzeugt — leitet sich das heftige ambivalente, sado-masochistische Verhalten der Autoritären her: die zugleich rebellischen und unterwürfig-liebenden Haltungen gegenüber mächtigen Autoritäten, ihr Haß aufs Schwache und ihr Mangel an offensiver Potenz gegen die herrschenden Mächte. Fromm sieht in derartigen autoritären Charakteren die „Persönlichkeitsgrundlage des Faschismus“.¹²

Die faschistische Ideologie manipuliert die Sexualangst der Autoritären, indem sie die Frau als Mutter glorifiziert und so ihre Sexualität zugunsten der Gebärfunktion verdrängt: „Die Verspernung des Weges in die sexuelle Wirklichkeit der Welt (gestaltet) die ursprünglichen biologischen Bindungen des Kindes an die Mutter und auch der Mutter an die Kinder zur unlösbaren sexuellen Fixierung und zur Unfähigkeit, andere Bindungen einzugehen. Im Kern der Familienbindung wirkt die Mutterbindung. Die Vorstellung von Heimat und Nation sind in ihrem subjektiv gefühlsmäßigen Kern Vorstellungen von Mutter und Familie.“¹³ Der Appell der Nationalsozialisten an persönliche Ehre, Stammesehre und Volksehre manipuliert die unbewußten Abwehrstrebungen gegen den perhorreszierten Sexus: „Der Zwang zur sexuellen Selbstbeherrschung d. h. zur Aufrechterhaltung der se-

12 Ebd.

13 Wilhelm Reich, aaO., S. 90 f.

xuellen Verdrängung führt zu Entwicklung krampfhafter, besonders gefühlsbetonter Vorstellungen von Ehre, Pflicht, Tapferkeit“¹⁴, von Selbstbeherrschung und Opfermut.

Aber was sich in der Familie äußert als Formierung autoritärer Charaktere, ist, wie bereits angedeutet, nur Spiegelung eines allgemeinen gesellschaftlichen Vorgangs. Mit der Eingliederung der mittleren Eigentümer in das hierarchische System bürokratischer Verwaltung, in dem Herrschaft anonym geworden ist, muß die gegen Herrschaft protestierende Aggression erneut verinnerlicht werden, denn die Triebunterdrückung dauert an und die Aggression, die sich nun gegen das Ganze richten müßte, wird scheinbar gegenstandslos. Sinnlos geworden, potenziert sich die Unterdrückung und erzeugt ohnmächtige Angst. Die in der Familie mehr oder minder latenten autoritären Strebungen werden nun außerhalb der Familie in den bürokratischen Hierarchien noch intensiviert und wirken in verstärkt autoritärer Erziehung auf die Familie zurück. Diese Wechselwirkung begünstigt die Regression auf selbstzerstörerische, sado-masochistische Verhaltensformen.

Eingegliedert in einen in seinem Funktionieren für sie undurchschaubaren Apparat, in dem sie sich als abhängig und beherrscht erfahren, ohne sich jedoch der realen Herrschaftsverhältnisse bewußt zu sein, identifizieren sie sich mit dem mächtigen Ganzen: dem Staat, dem Unternehmen, der Nation. Hatte das kleine Kind seine Aggression und libidinösen Triebstrebungen unterdrückt, um sich die Liebe der mächtigen Erzieher zu erhalten und die Angst vor dem Liebesverlust und der eigenen Aggression zu bannen, indem es, die Kraft des Vaters zu Hilfe nehmend, sich mit diesem identifizierte, so versucht der von bewußten und unbewußten Ängsten bedrohte, ich-schwache Autoritäre diese ähnlich zu bannen, indem er sich mit starken Mächten identifiziert: Das Gehaßte verwandelt sich ihm ins Ideale, wo die Realisierung des Hasses zum Konflikt mit dem sozial Mächtigeren führen müßte. „Die Identifizierungsneigung des kleinbürgerlichen Menschen ist die psychologische Grundlage seines der Größe der Nation entliehenen Selbstgefühls“¹⁵. Dessen Bedürfnissen kommt die autoritäre Gesellschaft entgegen, indem sie den von ihr geförderten autoritären Strebungen symbolische Befriedigungsmöglichkeiten schafft. Während in der bürgerlich-demokratischen Gesellschaft die Identifizierung mit den Mächten noch die Möglichkeit einer Realisierung des Objekts der Identifizierung bot, bannt die autoritäre Gesellschaft die sich mit der Macht Identifizierenden in die „Partizipation“, eine Identifizierung, der das Ziel realiter vorweg versagt ist. Mit dem Glanz der Macht, an der partizipiert wird, steigt die Befriedigung derer, die real von ihr ausgeschlossen sind. Großartige Zeremonien sorgen für die nötige Distanz. Die Propaganda von der allseitigen Vorbildlichkeit der Mächtigen hat die Funktion, unter Ausbeutung der Schuldgefühle und moralischen Zwänge, die Identifizierungsbereitschaft zu verstärken. Vermittels der autoritären Einstellung und der Verdrängung der feindseligen Komponente wird so der gesellschaft-

14 Ebd. S. 86.

15 Ebd.

liche Inhalt des Herrschaftsverhältnisses verdeckt, und die Anpassung an die Macht erscheint als naturgeboten¹⁶.

III.

Was die Angepaßten mit den Herrschenden zusammenhält, ist nicht das gemeinsame solidarisierende Interesse, sondern Angst und Gewalt. Daß dieser Mechanismus nicht offen zutage liegt, ist eine wichtige Vorbedingung für sein Funktionieren. Ihn zu verbergen und scheinvernünftig zu machen (zu rationalisieren), leistet die Fixierung des Bewußtseins in Vorurteile. Speziell in der Kindheit spielen Vorurteile eine normale und unentbehrliche Rolle: durch die lange Abhängigkeit von seinen Eltern ist das noch kritikschwache Kind gezwungen, sich auf dem Wege der Identifizierung nach Vorbildern zu formieren, die es nicht überprüfen kann. Durch die Übernahme von Vorurteilen „wird das affektive Einverständnis mit den unmittelbaren Vorbildfiguren wie den Gruppenmitgliedern im allgemeinen hergestellt. ... Vorurteile setzen der spontanen Reaktionsbereitschaft Grenzen, geben Handlungsanweisungen“¹⁷ und stärken das Selbstgefühl, wenn es Anerkennung findet durch Befolgung des Gebotenen und Vorbildlichen, ohne jedoch die kritischen Fähigkeiten des Ich zu stärken. Ist Angst das affektive Vehikel der Anpassung, so wird sie durch die Übernahme von Vorurteilen gebannt. Angst ist die Reaktion auf Gefahr. Wird durch Vorurteile Angst gebunden, so wird das vorurteilsvolle Bewußtsein doch auch zur Bedingung des Ängstigen, denn es blockiert die Ich-Stärkung und kritische Einsicht in die Gefahrensituation. Nicht nur, indem die erforderliche Einsicht in die Dinge fehlt, sondern verhängnisvoller: weil die gebannte Angst wie beim neurotischen Symptom gegen die intellektuelle Auflösung der Vorurteile wie der sie aktualisierenden Gefahr als Widerstand wirkt. Angst und Deformation kritischen gesellschaftlichen Bewußtseins bedingen sich wechselseitig. Aber Angst als affektiver Motor der Anpassung bleibt infantil und Resultat von verinnerlichter oder äußerer Gewalt. Die in den Vorurteilen gebannte Angst ist Angst vor solcher Gewalt. Daß die erfahrene Gewalt mit Blindheit schlägt, harmoniert mit der Identifizierung mit den vorurteilsvollen Mächten, zumal Vorurteile gestatten, die durch Repression gestauten und brutalisierten Triebstrebungen an approbierten Vorurteilsobjekten auszutoben. Darin besteht der triebökonomische Vorteil von Vorurteilen gegenüber kritischem Bewußtsein, wenn dieses seine reale Ohnmacht aushalten muß. Je undurchsichtiger die gesellschaftlichen Verhältnisse für die Individuen sind und so als Schicksal erfahren werden, je härter der gesellschaftliche Druck und je unerträglicher die Triebversagung, desto intensiver wird beim autoritär-masochistischen Charakter die Vorurteilsbereitschaft und desto begriffloser der Intellekt. Gewalt, Triebversagung, Undurchsichtigkeit des Gesellschaftlichen und falsches Bewußtsein korrelieren miteinander. Daß die Massen trotz ihrer antikapitalistischen Sehnsüchte sich von den Faschisten und nicht von den Sozialisten oder Kommunisten gewinnen ließen,

¹⁶ Vgl. Erich Fromm: Der autoritär-masochistische Charakter, aaO.

¹⁷ Alexander Mitscherlich: Auf dem Wege zur vaterlosen Gesellschaft. Ideen zur Sozialpsychologie. München 1963, S. 395.

denen es nicht gelang, die verbogenen, in Ideologie gefangenen Proteste in einen seiner selbst bewußten politischen Antikapitalismus zu übersetzen, ist wesentlich darauf zurückzuführen.

Solange die Verhältnisse stabil bleiben, solange sich also das Ganze krisenlos reproduziert, bleibt die Vorurteilsbildung latent, und es erscheint als phantastische Extravaganz, in Greueln gegenüber den Vorurteilsobjekten zu schwelgen. Die Krisen des niedergehenden Kapitalismus der zwanziger Jahre und die faschistische Manipulation der latenten Vorurteile brachte deren Gehalt brutal zutage. Die durch den ökonomischen Notstand verursachten Realängste lösten leicht die inneren und mobilisierten die verdrängten Strebungen und Phantasien.

Martin Wangh¹⁸ hat die von Vorurteilskomplexen verblendeten, brutalen Haltungen der jugendlichen NS-„Revolutionäre“ in SA und SS, deren Unterwerfungssucht und Regressionsbereitschaft aus besonderen psychischen Beschädigungen jener Generation abzuleiten versucht. Er stützt sich darauf, daß vier Millionen der nationalsozialistischen Wähler 1914 Kleinkinder waren und durch die verlängerte Abwesenheit des Vaters im Kriege, die erhöhte Verängstigung der Mutter und durch die Hungersnot besonders pathologisch wirksamen Einflüssen ausgesetzt waren. Die Verängstigung der Mutter habe die Entwicklung stabiler Objektbeziehungen beeinträchtigt. Während Körperdestruktionsphantasien sich durch die Hungersnot extrem steigern, regrediert das Ich auf vorbewußte Abwehrmechanismen, wodurch die wild ins Kraut schießenden sadistischen Phantasien auf Fremdes projiziert und damit die geliebten Objekte, gegen die sie sich sonst richten müßten, erhalten werden. Später seien solche Phantasien im Nationalsozialismus wieder an die bewußte Oberfläche gekommen. Zunächst aber habe die kriegsbedingte Abwesenheit des Vaters zur Einübung projektiver Konfliktlösungen geführt. Auf solche Situationen pflegen die Kinder mit Gefühlsspaltung zu reagieren als Abwehr der Angst vor Objektverlust. Durch die Kriegspropaganda wurde deren Richtung und Bestätigung gegeben: Schlechtes und Kritikbehaftetes wurde auf den Feind projiziert. Analog habe später die nationalsozialistische Jugend reagiert. Die äußere, den sozialen Krisen oder dem politischen Terror entstammende Angst mobilisierte die alte, innere, im kindlichen Angsterlebnis verankerte, dessen Dynamik nun ihren Wiederholungszwang entfaltete: Diesmal wurde in erster Linie auf die Juden projiziert. Gefördert wurde die Projektion durch die reaktive Abwehr homosexueller, auf den Vater gerichteter Strebungen, welche durch die Sehnsucht nach ihm, die das Kind einst mit der Mutter geteilt hatte, außerordentlich verstärkt worden war: „sich einem vergötterten, unberührbaren Führer zu unterwerfen, war dann eine mit Rationalisierungen verdeckte Lösung der inneren, unbewußt auf den Vater gerichteten homosexuellen Spannung. Die Homosexualität bot aber auch einen Ausweg aus dem positiven Ödipuskomplex. Dieser Konflikt war ja für die Söhne, die mit der Mutter allein geblieben waren, besonders verschärft“¹⁹. Das Weibliche wird dann abgelehnt, der

18 Martin Wangh: Dynamik und Genese des Vorurteils, in: Psyche, 16. Jhg., Heft 7, Stuttgart 1962.
19 Ebd., S. 282.

inestuöse Wunsch aber auf die Vorurteilsobjekte projiziert. Im antisemitischen Bilde vom Juden wird er sadistisch verfolgt. Zweifellos hatten die referierten besonderen Umstände und „prämorbiditen Dispositionen“ (Wangh) der NS-Jugend die beschriebenen Auswirkungen und waren dem Faschismus förderlich. Gleichwohl fordert die Allgemeinheit der von Wangh speziell für die Generation von 1914 abgeleiteten Phänomene ihre Erklärung aus den allgemeinen sozialpsychologischen Verhältnissen. In der Intensität, mit der kollektive Vorurteile affektiv besetzt sind, spiegelt sich das unnotwendige Maß objektiver Gewalt. Unter der Gewalt gleicht das Verschiedene sich an. Dem erliegt tendenziell auch die Geschlechterspannung. Die latente homosexuelle Komponente bei den Nazis, die sich u. a. in der fanatischen Verfolgung von manifester Homosexualität verriet (wie Juden und Kommunisten kamen die Homosexuellen ins KZ), leitet sich aus der sado-masochistischen Triebstruktur her. Je schwächer das Ich durch die allgemeine Repression und die Deformation des Bewußtseins ist und seine Energien in Abwehrleistungen gegen die Anstürme pervers gewordener Regungen erschöpft, desto ängstlicher wird alles registriert, was auch nur in assoziative Beziehung zum Verdrängten gerät und es zu reaktualisieren droht. In der Angst vor dem Weiblichen wirkt die Angst vor den perhorreszierten sexuellen Strebungen überhaupt, vor ihnen fliehen die Männer in die psychische (latente) Homosexualität. Durch sadistische Erniedrigung der Frau wird versucht, solche Angst abzuwehren. Die „Homosexualität“ des Autoritären erscheint nicht zuletzt in seiner Hingabe an den Stärkeren, an mächtige Autoritäten: sie liefert die affektiven Bahnen, in denen Gehorsam und Unterwerfung vorgehen.

IV.

Am Beispiel von Alfred Rosenbergs „Mythus des 20. Jahrhunderts“ hat Wilhelm Reich gezeigt, wie die Angst vor den gestauten pervertierten Sexualregungen, die Aggressionsangst und die sadistischen Strebungen eingespannt werden im Kampf gegen alle, die gegen solche Ängste und Perversionen erzeugende Verhältnisse protestieren. Im Zentrum der Rassentheorie steht die Lehre, daß Auf- und Niedergang der Völker und Kulturen auf Rassenvermischung, d. h. auf Blutsvergiftung zurückzuführen sei. Alfred Rosenberg beschreibt in diesem Sinne die Entwicklung der griechischen Kultur. Die Griechen, ursprünglich Repräsentanten „nordischer Rassereinheit“, deren Götter Apollo, Zeus und Athene „Wahrer der Ordnung“, „Hüter und Schützer des Edlen und Frohen“, „Zeichen echtster großer Frömmigkeit“, „Lehrer der Harmonie der Seelenkräfte“ und ihre „hochfrommen Seelenschöpfungen“, noch Ausdruck des „reinen Lebens nordischer Menschen“, seien vergiftet durch den „Einbruch“ der fremden Rasse der Etrusker, was seinen religiösen Ausdruck finde in „Dionysos“ dem „Gott der Ekstase, der Wollust, des entfesselten Mänadentums“²⁰. Reich interpretiert Rosenbergs Anschauungen so: „Die faschistische Ideologie trennt die erotisch-sinnlichen Bedürfnisse von den abwehrenden moralischen Gefühlen der im Patriarchat erzeugten menschlichen Strukturen und ordnet sie

20 Alle Zitate nach Reich, Massenpsychol. des Faschismus, aaO.

jeweils verschiedenen Rassen zu: das Griechische, Rassistische wird derart zur Emanation des Reinen, Asexuellen; das Fremd-rassistige dagegen, das Etruskische, ist das Tierische und daher niedriger“²¹. Die Demokratisierung der römischen Patrizierherrschaft wird bei Rosenberg darauf zurückgeführt, daß vom 5. Jahrhundert an Mischehen zwischen Patriziern und Plebejern gestattet waren, was „rassistischen Niedergang“ bedeutet habe. An anderer Stelle nennt Rosenberg das Proletariat: „Das aufsteigende Asphaltmenschentum der Weltstädte mit allen Abfallsprodukten des Asiatentums“²². Durch die Identifikation mit der vermeintlich höheren und reineren Rasse als mit der Inkarnation der abwehrenden moralischen Gefühle projiziert Rosenberg die verdrängten Triebstrebungen also aufs Proletariat bzw. die fremde Rasse. Darin wirkt die Angst vor den eigenen Trieben mit der Angst vor dem sexuell freieren Proletariat zur projektiven Angstspannung zusammen. Durch die Projektion der unterdrückten Triebe auf die unterdrückte Klasse können jene im Kampf gegen diese bekämpft werden. Die Gewalttätigkeit der reaktionären Moral setzt sich um in den Terror der politischen Reaktion. Um ihr Lebensglück betrogen, zahlen die unterdrückten Massen es den propagierten Vorurteilsobjekten heim. Sich identifizierend mit der versagenden Instanz bzw. deren mythisierter Gestalt als der ‚reinen Rasse‘, dem Staat, der Nation, dem antisemitischen Führer, projizieren sie das propagandistisch mobilisierte Verdrängte wie auch ihre verbotenen Träume von einer besseren Welt auf die gesellschaftlich Schwachen und Verfolgten, die ihnen als die geheimen Drahtzieher ihres gesellschaftlichen und psychologischen Elends angeprangert werden. Juden, Demokraten und Arbeiterbewegung trifft der gleiche Haß. Die Identifizierung mit einer starken Macht, in der sie nur ihre ‚Pflicht‘ erfüllen, ermöglicht das Austoben der destruktiven Regungen, ohne deswegen Schuldgefühle zu aktivieren. Die Ausrottung der politischen Gegner der Unterdrückung gilt allem Menschlichen, das sich nicht fügen will; sie zementiert die Unterdrückung auch der Agenten und Mitläufer der Herrschaft.

²¹ Ebd., S. 129.

²² Alfred Rosenberg: Der Mythos des Zwanzigsten Jahrhunderts, S. 66; z. n. Reich, aaO.

Besprechungen

I. Faschismus-Literatur

A. Zu Geschichte und Soziologie

Deakin, F. W.: Die brutale Freundschaft. Hitler, Mussolini und der Untergang des italienischen Faschismus. Verlag Kiepenheuer und Witsch, Köln-Berlin 1962 (992 S., Ln., 36.— DM).

Es gibt Werke der Geschichtsschreibung, die das abgestandene, aber nicht minder gültige Lob verdienen, spannend zu sein wie ein Kriminalroman. Deakin liefert eine solche, volle und reiche Geschichte des ins politisch-kriminelle gehenden Untergangs des italienischen Faschismus und des ins Gespensterhafte gehenden Endes der Freundschaft zwischen Hitler und Mussolini: eine objektive, leidenschaftslose Chronik, die fraglos lesenswert ist und ebenso fraglos fachhistorisch die berühmte Lücke füllt. Sofern freilich in Deutschland diese Lücke auch politisch ist: eine Lücke in der aus der Verdrängung zurückzuholenden Vergangenheit, muß gesagt werden, daß aus der Lektüre dieses von einem Engländer geschriebenen Buches sich wenig gewinnen läßt. Wenn man von gelegentlichen, mehr zufälligen Einblicken in das komplexe Getriebe gesellschaftlicher Entwicklungen und Entwicklungen absieht, findet man sich mit einer durchgängigen Personalisierung der Ereignisse konfrontiert, mit der bloßen Aneinanderreihung von Haupt- und Staatsaktionen faschistischer und nazistischer Führer und Cliquen.

Hegelisch gesprochen bleibt Deakin in den Vorstellungen befangen und stößt nicht zum Begriff vor. Die Objektivität der Darstellung, die bewunderungswürdige wissenschaftliche Dokumententreue führen ihn in dem Maße an der Wirklichkeit vorbei, in dem diese nicht in Dokumenten gesammelt werden kann, sondern in Prozessen stattfindet, die — von einem bestimmten Zeitpunkt an, für das faschistische Italien spätestens seit den März-Streiken des Jahres 1943 — sich den angeblichen Akteuren, den akten- und staatsrechtsmäßigen Führungsgruppen entziehen und sie überrennen. An Deakins Methode ist allerdings instruktiv, daß sie — wengleich unbeabsichtigt — die Herrschaftsmethode und die Handlungsweise zum Untergang verurteilter Oligarchien widerspiegelt. In der Tat herrschten die Nazis in Europa und die Faschisten in den letzten Jahren ihres Regimes genauso, wie Deakin es beschreibt: an der Wirklichkeit vorbei. Hitler und Göring, von Rintelen und Himmler sahen nur die italienische Generalität, den Königshof, die faschistische Miliz und natürlich die Person Mussolinis. Die entscheidende politische Frage lautete für sie, wer mit wem und gegen wen ginge, ob sich im Kreise der italienischen Offiziere doch noch ein achsentreuer und „energischer“ Mann finden, ob der italienische Kronprinz sich „ausschalten“ ließe, ob es möglich sei, durch eine gut ausgerüstete Miliz-Division das rebellische Volk zur Raison zu bringen. Mussolini seinerseits dachte und handelte in den schon zerstörten Kategorien seines alten Vulgärmachiavellismus. Er hoffte, durch militärische Erfolge oder durch klug eingefädelte Friedensaktionen die alte Führungsposition im Faschismus und gegenüber den kleineren europäischen Staaten zurückzugewinnen.

All dies hektische Treiben einer unwirklich gewordenen Welt wird meisterhaft geschildert. Der vielleicht interessanteste von Deakin behandelte (aber nicht vertiefte) Aspekt liegt in der Bemühung Mussolinis, kurz vor dem Ende unter dem propagandistischen Druck der Atlantikcharta eine „europäische Umorientierung des Faschismus“ zuwege zu bringen. Sie sollte eine Versöhnung innerhalb der auseinanderstrebenden Kräfte des Regimes herbeiführen. In der Tat wären die gleichen Kräfte, die — vormals faschistisch oder profaschistisch — sich nunmehr gegen Mussolini formierten, bereit gewesen, ihn weiter zu akzeptieren, wenn es ihm gelungen wäre, durch ein europäisches Kompromißprogramm den Amok laufenden deutschen Faschismus auf seine richtige, will heißen konservierend-reaktionäre Funktion zurückzuführen. Dies galt auch — wie Deakin zeigt — für einige Gruppen des deutschen Widerstands gegen Hitler, die mehr Hitlers Wahnsinnsaktionen als faschistische Herrschaftsformen ablehnten und es galt offensichtlich auch bis zu einem gewissen Grade für die Alliierten (S. 357).

Daß der Autor weiß, es mit Illusionen zu tun zu haben, zeigen die ausgezeichneten Kapitel über die „Krise des Systems“, über den vorletzten faschistischen Versuch, in Italien wieder den Anschluß an die Massen zu finden. Der Versuch wurde mit untauglichen grotesken Mitteln unternommen, weil die Perspektiven grotesk geworden waren. Man lese etwa Mussolinis Analyse der innenpolitischen Situation Italiens vom 17. April 1943 (S. 371): die Opponenten des Regimes werden als „körperlich und geistig unter dem Durchschnitt“ stehend bezeichnet. Diese „Leute mit irgendwelchen Defekten“ waren genau diejenigen, die inzwischen die Initiative ergriffen hatten.

Es ist aber verwunderlich — oder durch die Verkürzung der geschichtlichen Perspektive erklärbar — daß Deakin diese neuen, sich überall formierenden Führungsgruppen nicht in die Betrachtung einbaut, die schon längst für den Niedergang des Regimes und für das Auseinanderbrechen der Achse wichtiger geworden waren als die Partei- und Hofcliquen. Und dies, obwohl der Autor selbst zuweilen den richtigen Faden in die Hand bekommt, etwa wenn er schildert, wie der italienische Minister Bastianini seinem deutschen Kollegen v. Ribbentrop vergeblich klarzumachen versuchte, daß der Aufruhr in den norditalienischen Industriestädten nicht von englischen Agenten angezettelt, sondern von den italienischen Kommunisten organisiert worden sei.

Es ist zweifellos richtig und ungemein interessant, die Strömungen aufzuzeigen, die sich innerhalb des Regimes (wozu übrigens auch Königshaus und Armee, Industrie und Kirche gehörten — was Deakin scheinbar nicht weiß) bildeten und zum Untergang führten. Richtiger wäre es gewesen zu zeigen, wie diese Strömungen immer mehr zurückgedrängt wurden von der sich entwickelnden antifaschistischen Massenbewegung. So hätte auch ein anderer Aspekt der Krise geklärt werden können: die alten Träger der Macht wollten sich noch im letzten Augenblick in diese neue Bewegung einschalten, um auf diese Weise einen Rest an Herrschaft zu retten.

Der bloß historiographische Ansatz versperrte dem Autor offensichtlich den Blick für die gesellschaftspolitischen Hintergründe der Saló-Republik. Sie war alles andere als der „erfolglose Versuch, zu den sozialrevolutionären Ursprüngen des Faschismus zurückzukehren“ (so im Klappentext). Auch hier muß gesagt werden, daß Deakin eine korrekte, lesenswerte, spannende Schilderung der letzten sechshundert Tage Mussolinis liefert und daß diese Schilderung wiederum keine Analyse bietet. Um so eher kann sie die Tatsache verschleiern, daß die Saló-Republik politisch interessant war nur als Schauplatz eines Bürgerkrieges, der keine bloße Auflösungserscheinung des Faschismus mehr war, sondern schon Beginn eines umfassenden Klassenkampfes innerhalb einer sich neu strukturierenden Gesellschaft. Während die „Schwarzen Brigaden“ den alten Terror der squadre

d'azione wieder aufleben ließen (diesmal ohne Rückhalt in den passiv gewordenen Mittelschichten der Bevölkerung), hatte in der Resistenza schon die Auseinandersetzung darüber begonnen, ob der Partisanenkampf nur den Sturz des Faschismus als Ziel haben oder in eine neue proletarische Revolution hinübergeführt werden sollte. Auf der vorletzten Seite seines Buches scheint Deakin diesen Hintergrund zu spüren: „Die in Widerstandskreisen geführte Kontroverse, ob seine (Mussolinis) Hinrichtung formal rechtmäßig war . . . , ist historisch unerheblich. Mussolini starb durch einen revolutionären Akt“ (S. 917).

Genau dies: daß Mussolini durch einen revolutionären Akt starb, während Hitler Selbstmord verübte, bezeichnet am Ende noch symbolhaft den zeitlich letzten sozialgeschichtlichen Unterschied zwischen dem italienischen und dem deutschen Faschismus. Die Arbeit aber, die dieses zentrale Problem behandelt, steht noch aus.

Johannes Agnoli (Berlin)

Schweitzer, Arthur: Big Business in the Third Reich. Indiana University Press, Bloomington/USA 1964 (740 S., Ln., \$ 7/50).

Für die Wirtschaft im NS hat sich in der politischen Forschung die Bezeichnung Befehlswirtschaft durchgesetzt. Dieser Topos ist — da im allgemeinen für „totalitäre“ Regime der Euckensche Begriff der Zentralverwaltungswirtschaft gebraucht wird — innerhalb der Totalitarismustheorie eine Ersatzkategorie, mit der man dem Dilemma entgegen will, welches durch das Fehlen jeder zentralen Planung im NS für die Totalitarismusforschung entsteht. Haben die bisherigen Untersuchungen über die nationalsozialistische Machtergreifung hinreichend bewiesen, daß es dem NS in den ersten Jahren nach 1933 gelang, alle politische Macht bei sich zu konzentrieren, so blieben sie den Beweis für ihre Behauptung schuldig, dies sei auch im Bereich der Wirtschaft und des Militärs gelungen. Bereits aus der Umwandlung der wirtschaftlichen Interessenverbände in Zwangsorganisationen zogen sie den Schluß, die Wirtschaftspolitik sei der alleinigen Bestimmung durch den NS unterworfen worden. Arbeiten über die Wirtschaftsordnung wußten, da sie ausschließlich einen an der staatlichen Aktivität orientierten Machtbegriff verwendeten, dieses Ergebnis nur zu bestätigen. Wenige staatliche Eingriffe in bestimmte Wirtschaftssektoren (wie Außenhandel, Devisenmarkt, Kapitalmarkt und Rüstungsindustrie) genügten, um die Bezeichnung Befehlswirtschaft zu legitimieren und damit auch schon die Parteikontrolle über die Wirtschaft zu meinen. Schweitzers umfangreiche und aufregende Analyse, die zum ersten Mal einen gründlichen Überblick über die Wirtschaftspolitik der Jahre 1933—36 bietet, zerstört den Schleier, der so über die ökonomischen Vorgänge im NS verbreitet wurde.

Seine zentrale These lautet: Im NS bestand kein einheitliches Wirtschaftssystem; es lassen sich mindestens zwei Phasen unterscheiden. In den ersten vier Jahren seiner Herrschaft erreichte der NS nicht die proklamierte totale Machtergreifung in allen Bereichen der deutschen Gesellschaft („partial fascism“). Er mußte, um überhaupt an der Macht zu bleiben, eine Koalition mit der ökonomisch und militärisch herrschenden Klasse eingehen. Gemeinsames Ziel dieser Koalition war die Stärkung der durch die Weltwirtschaftskrise schwer getroffenen Produktions- und Organisationsformen des Kapitalismus, mit Hilfe von Aufrüstung, Autarkie und der Unterdrückung der Gewerkschaften. In der ersten Phase bildete sich im deutschen Faschismus eine dualistische Machtstruktur heraus: Einerseits beherrschten die Partei und ihre Organisationen (wie SA und SS) die Innenpolitik im Bereich von Staatsverwaltung und Kultur, ande-

rerseits konnten Großindustrie und Reichswehr ihre Macht weitgehend behaupten. Bis zum „Röhmputsch“ (30. Juni 1934) war die Koalition vom politischen Druck des in der Krise zum NS überge-
laufenen Mittelstandes gefährdet. Mittelständischer „Sozialismus“ und Korporativismus forderten eine Umgestaltung der Wirtschafts-
ordnung. Um die Gunst von Großindustrie und Militär nicht zu ver-
lieren, mußte der NS seine Prätorianergarde beseitigen. Vom Som-
mer 1933 bis zur Jahresmitte 1934 schlug die Parteispitze alle Ver-
suche der zahlreichen mittelständischen Organisationen ab, Wirt-
schaft und Gesellschaft nach ständischen Prinzipien neu zu organisie-
ren. Statt geschlossenen Zünften, in denen wieder Selbstverwaltung,
langjährige Ausbildung, die Unterwerfung der Arbeiter unter die
Rute des Meisters und ein besonderer Ehrenkodex gelten sollten,
setzten sich bis in Bereiche, in die sie vorher nicht eingedrungen
waren, die Ausbildungs- und Organisationsformen des Kapitalismus
durch. Weder konnten die mittelständischen Gruppen Preise, Löhne
oder Märkte autonom regulieren, noch waren sie fähig, Konzerne,
Kartelle oder den Großhandel zu zerschlagen. Statt in der organi-
schen Gliederung der Gesellschaft neue „Geborgenheit“ und ökonomi-
sche Sicherheit zu finden, mußten sich Handwerk und Kleinindus-
trie einem durchorganisierten Kapitalismus beugen, der durch
Zwangskartelle, Zwangsorganisationen und einen vom Staat (in Zu-
sammenarbeit mit den Großbanken) organisierten Kapitalmarkt in
eine Phase beschleunigter Konzentration eintrat. Überall nahm die
Zahl der Betriebe rapide ab, stiegen die Profite des Monopolkapitals
und wuchs die Macht des Managements (legitimiert durch das
Aktiengesetz von 1937).

Ende 1936 hatte sich eine viergeteilte Organisations- und Verwaltungs-
struktur gebildet: die Großindustrie besaß die fast ausschließliche
Kontrolle über die Wirtschaft, die Wehrmacht verwaltete (mit Aus-
nahme der Luftwaffe) autonom den militärischen Bereich, die Par-
tei dominierte in der Innenpolitik und die SS kontrollierte die re-
guläre und die Geheimpolizei, d. h. alle Instrumente des inneren
Terrors, soweit er nicht auf Wirtschaft und Militär übergriff. Je mehr
sich die Macht bei einem kleinen Kreis von Industriellen, Militärs
und Partei- und Staatsfunktionären konzentrierte, desto mehr wurde
die Wirtschaft ein organisierter Machtblock. Nur durch die gewalt-
same Zentralisation des Kapitals (wie sie etwa Hilferding im „Fin-
anzkapital“ vorhersagte) konnte die Großindustrie die Wirtschafts-
politik des NS entscheidend beeinflussen. Gleichzeitig aber war sie
stärker als sie gewollt hatte, an diese Politik gebunden. Die forcierte
Aufrüstung verstärkte den Einfluß der militärischen Planung, des
staatlichen Budgets und des staatlich kontrollierten Kapitalmarktes
und Außenhandels auf die ökonomischen Zielsetzungen. Für die
Wiederherstellung der unbeschränkten Macht im Betrieb hatte das
Kapital den Preis gezahlt, von der Balance der Machtstruktur ab-
hängig geworden zu sein, vor allem von der Unterstützung des
Militärs. Als in der alten herrschenden Klasse ein Bruch eintrat,
konnte die neue ihre Macht entscheidend ausdehnen.

Dies geschah — so meint Schweitzer — beim Streit um den Fort-
gang der Rüstungspolitik Ende 1936, der die zweite Phase („full
fascism“) einleitete: In den Auseinandersetzungen um die Lö-
sung der Außenhandelskrise spaltete sich die Industrie in zwei
rivalisierende Gruppen. Unter der Führung der IG Farben verlang-
ten bestimmte Industriezweige (Aluminium, Flugzeuge, synthetische
Textilien) eine stärkere Förderung der synthetischen Produktion.
Sowohl Teile der Schwerindustrie als auch des Militärs verlangten
dagegen eine Intensivierung des Exports. Diesen Interessenkonflikt
nutzte die Partei aus, um (durch Görings Position als Beauftragter
für den Vierjahresplan) eine neue Koalition zu bilden: zwischen
chemischer Industrie, Partei und den Fachleuten im Kriegsmini-

sterium. Schachts Rücktritt und die Fritsch-Krise dokumentieren diesen Bruch. Streitpunkt waren vornehmlich Hitlers Blitzkriegspläne, gegen die das alte Offizierskorps und ein Teil der Industrie opponierten. Die neue Koalition allerdings steuerte auf den Krieg zu, durch den sie sich die militärische und wirtschaftliche Unterwerfung des Kontinents erhoffte. Bedeutsam ist, daß es gerade der modernste Zweig der Industrie war, der den NS dabei unterstützte. Erst für diese Zeit erhält der Begriff Befehlswirtschaft einige Berechtigung, insofern mit staatlichen Mitteln konkurrierende wirtschaftliche Interessen gegeneinander ausgespielt werden.

Schweitzers Unterscheidung von „partial fascism“ (33—36) und „full fascism“ (36—45) wird vorerst noch durch keine Untersuchung der Zeit von 1936 bis 1945 bestärkt (er selbst will noch ein zweites Buch zu diesem Thema veröffentlichen.) Fragwürdig ist sie allerdings jetzt schon, wenn sie die These fundieren soll, „full fascism“ sei keine notwendige Folge der Anfänge gewesen: vielmehr hätten der organisierte Kapitalismus und „partial fascism“ für eine beachtliche Zeitspanne nebeneinander existieren können. „if the German upper class had developed leaders with the necessary will and organizational ability to defend their position of power effectively against the Nazis“ (S. 555 f). Der umgekehrte Schluß liegt näher: Die während des Booms bis 1936 vereinten divergierenden Interessen des Kapitals mußten notwendig bei Erreichung der Vollbeschäftigung, Ausnutzung aller Kapazitäten und der durch eine ausschließlich auf Rüstung orientierte Politik entstandenen Krise auseinanderfallen, und so der Partei die Chance weiterer Machtkonzentration bieten. Der dem Faschismus zudem innewohnende Widerspruch, nämlich dem Volk statt des versprochenen Wohlstandes nur Unterdrückung gebracht zu haben, mußte ihn dorthin treiben, wo dieser Widerspruch allein erstickt werden konnte: in den Krieg. So wurde der Faschismus — entgegen Schweitzers Behauptung — notwendig Opfer eines von ihm selbst begonnenen Krieges. Der Mangel des Buches liegt darin, daß Schweitzer den faschistischen Mittelstand in der weiteren Analyse vernachlässigt, wo dieser seine ökonomischen Programme nicht mehr durchsetzen kann; zum zweiten darin, daß er die faschistische „Ideologie“ ausschließlich auf ihren ökonomischen Gehalt untersucht. So übersieht er, daß mit Antisemitismus und Kriegspropaganda der Faschismus bereits „full fascism“ ideologisch vorwegnahm, bevor er ökonomisch und politisch praktiziert werden konnte. Die zur Machtergreifung mobilisierten Anhänger konnte der Faschismus erst dann zum Schweigen bringen, als sie auf den Schlachtfeldern fürs „Großdeutsche Reich“ und die Großindustrie starben oder durch die Drohung mit dem Konzentrationslager eingeschüchtert wurden.

Bernhard Blanke (Berlin)

Buchheim, Hans: SS und Polizei im NS-Staat. Staatspolitische Schriftenreihe, Selbstverlag der Studiengesellschaft für Zeitprobleme, Duisburg bei Bonn 1964 (224 S., kart., 1.— DM).

Das Buch enthält ein Gutachten über „Die Organisation von SS und Polizei unter nationalsozialistischer Herrschaft“, das der Verfasser im Auschwitz-Prozeß erstattet hat. Am Beispiel der allmählichen Integration der Polizei in die SS zeigt Buchheim die Veränderungen der Herrschaftsstruktur im Dritten Reich. „Die Verschmelzung von SS und Polizei war ein sehr komplizierter Vorgang, den man sich bis ins einzelne klar machen muß, wenn man eine wirklichkeitsgetreue Vorstellung gewinnen will, wie totalitäre Herrschaft in der Praxis ausgeübt wird“. Buchheim notiert die von der traditionellen, liberal-rechtsstaatlichen Herrschaftsvorstellung abweichende Auffassung von der „Führergewalt“: „Wenn sich ... Hitler offiziell als Führer

und Reichskanzler bezeichnete, erhob er den Anspruch, im deutschen Staatsleben nicht nur aufgrund staatlicher Amtsgewalt (und somit in den Schranken institutioneller Disziplin) zu handeln, sondern aufgrund jener vor- und außerstaatlichen Legitimation, die der Bezeichnung „der Führer“ unterlegt wurden: seine geschichtliche Sendung, die Manifestation des Lebensgesetzes des deutschen Volkes im Führerwillen, das Getragensein von der „verschworenen Gemeinschaft der nationalsozialistischen Bewegung“. . . . „Es ist klar, daß die so verstandene Führergewalt die rechtliche Substanz des Reichskanzleramtes aushöhlen“ mußte. „Und nicht nur das, sondern die Führergewalt als ein völlig eigenständiges und andersartiges Prinzip relativierte die Geltung der gesamten normativen Ordnung überhaupt und war geeignet, diese, wo immer es opportun erschien, ganz oder teilweise zu suspendieren. Das Nebeneinander zweier Prinzipien der politischen Führung, wobei das Normative nur noch „auf Abruf“ in Kraft war und das Außernormative im Zweifelsfalle immer den Ausschlag gab, war das Charakteristikum der nationalsozialistischen Herrschaft“.

Eingehend beschreibt Buchheim den Prozeß, in dem die Organe des tradierten Herrschaftsapparates von den neuen faschistischen Organisationen „aufgesaugt“ werden. Der Dualismus von „normativem“ und „außernormativem“ Prinzip trifft den Sachverhalt aber nur halb. Soweit er die Bestimmungen der Weimarer Verfassung meint, ist die Feststellung richtig, der NS habe durch einzelne Maßnahmen wie die Notverordnungen nach dem Reichstagsbrand und das Ermächtigungsgesetz die theoretisch noch bestehende Verfassung außer Kraft gesetzt. Die „rechtliche Substanz des Reichskanzleramtes“ wurde jedoch nicht erst durch den „einsamen Beschluß“ des Führers „ausgehöhlt“, sondern war bereits von den Notverordnungen der Jahre 1930—33 in Frage gestellt worden. In diesem Prozeß wurde nicht die Geltung der „gesamten normativen Ordnung“ relativiert. Diese war im Gegenteil für den NS disponibel geworden und konnte mit wenigen Änderungen weiter bestehen. Die alte Rechtsordnung überdauerte den NS gerade weil sie unabhängig von der Legitimierung der jeweiligen politischen Macht gelten konnte, solange diese nicht auf eine Änderung der Gesellschaftsordnung ausging. Auch der NS-Staat bestand zudem auf einer formalrechtlichen Kodifizierung seiner Aktionen. Károly Csipák (Berlin)

Kempner, Robert M. W.: SS im Kreuzverhör. Rütten & Loening, München 1964 (304 S., Papp., 12,80 DM).

Den größten Teil von Kempners Dokumentenband nehmen die drei SS-Prozesse ein, die von April 1947 bis April 1948 in Nürnberg durchgeführt wurden. Aus dem SS-Einsatztruppen-Prozeß gibt K. fast die gesamte Verhandlung wieder: von den präzisen Berichten der einzelnen Kommandos über ihre Massenmorde bis zur Argumentation der Nürnberger Ankläger gegen den Vorwand vom Führer, „dem keine Macht widerstehen konnte“ (106). Gegen das SS-Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt (WVHA) richtete sich die Anklage wegen Sklavenarbeit in den Wirtschaftsbetrieben und wegen medizinischer Versuche, „Euthanasie“ und Massenvernichtung in den Konzentrationslagern, die eine der fünf Amtsgruppen dieses Hauptamtes bildeten; ein offizieller Organisationsplan des WVHA (155 f.) beweist mit den verzeichneten Namen, daß die einzelnen Ämter der SS miteinander in Verbindung standen und die Informationen nicht erst, wie heute behauptet wird, bei Himmler zusammenliefen. Biographische Abrisse über 23 SS-Angeklagte im Frankfurter Auschwitzprozeß beenden diesen Abschnitt. Die Anklage gegen

das SS-Rasse- und Siedlungshauptamt reichte von Schwangerschaftsunterbrechung an Ostarbeiterinnen und Strafen für Geschlechtsverkehr mit Deutschen bis zur „Absiedlung“ von Volksgruppen.

Ein halbes Jahr, bis zum April 1949, dauerte der Nürnberger Prozeß gegen die „Wilhelmstraße“. K. war in ihm Hauptankläger gegen die Angeklagten aus politischen Ministerien und Behörden. Die veröffentlichten Kreuzverhöre und Vernehmungen hoher und höchster Reichsbeamter, die der SS angehörten, zeigen die „Verfälschung“ der staatlichen Verwaltungsspitzen mit dem SS-Apparat. Auch die Äußerungen von SS-Führern zum „Röhm-Putsch“, zur „Kristallnacht“ und zum 20. Juli 1944 enthalten wertvolles Material, auf das Theorien über den Faschismus mehr eingehen müßten, als es die Nürnberger Ankläger taten. So spricht der Gestapo-Chef Diels von einem „Inferioritätskomplex der Nazis gegenüber allem, was sie nicht kannten“ (253 f.); die Ankläger weisen aber insgesamt die Schuld am Faschismus einem „falschen Gefühl der Überlegenheit“ (119) zu.

Schließlich hat K. Stellen aus den Vernehmungen des von dem Bach-Zelewski und anderer hoher SS-Mitglieder zu dem Beweis zusammengefaßt, daß Versetzungen möglich waren, um sich verbrecherischen Aufträgen zu entziehen, daß also kein Zwang zum Verbrechen bestand. In demselben Sinn wandten die Nürnberger Ankläger fraglos die traditionellen Rechtsbegriffe auf den organisierten Massenmord der Faschisten an. Sie unterschieden zwischen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und spezifischen Kriegsverbrechen, deren Definition durch Normen von „Kriegsrechten und -gebräuchen“ (61) gewonnen wurde, wie sie etwa die Haager Konvention enthält, und entgegneten dem Vorwand vom „höheren Befehl“, jeder Befehl beziehe sich nur auf bestimmte Funktionen. Den Kausalzusammenhang zwischen Mordtat und Täter bestimmten sie in der herkömmlichen Weise, so daß die entfernter tätigen hohen SS-Führer im Durchschnitt mildere Strafen erhielten als SS-Mannschaften in unteren Rängen. — Noch dem Schlußsatz Kempners: „Die Mordtaten können niemals vergessen werden oder verjährt sein“ haftet etwas von der Ohnmacht beschwörender Formeln an, wie es deutlich der Rekurs der Nürnberger Ankläger auf ein „Weltreich des Rechtes“ (97) und auf die „Heiligkeit des Lebens“ (65) war. Da die Ankläger keinen Begriff vom Faschismus als Gesellschaftssystem hatten, wurde Faschismus schließlich zur moralischen Verfehlung einzelner, an der eine Idee des Bösen schuld gewesen sei: Die rassenpolitischen Organisationen sollten danach „das weltanschauliche Programm Hitlers verwirklichen“ (189), das letztlich zurückgegangen sei auf eine „verführerische Inspiration . . . , die zu den ausschweifenden und ruchlosen Taten der Nazihauptlinge führte“ (109).

Rolf Czeskleba (Berlin)

v. Hase, Hans C. (Hrsg.): Evangelische Dokumente zur Ermordung der „unheilbar Kranken“ unter der nationalsozialistischen Herrschaft in den Jahren 1933—1945. Evangelisches Verlagswerk, Stuttgart 1964 (128 S., kart., 4.— DM).

In einem Brief vom Oktober 1939 hatte Hitler als „geheimes Gesetz“ verfügt, daß „nach menschlichem Ermessen unheilbar Kranken . . . der Gnadentod gewährt werden kann“ (s. S. 8). Dieser Erlass ist niemals (i. G. zu den „Judengesetzen“) zum geltenden Recht erklärt worden, — die in dieser Sammlung vertretenen Anstaltsleiter und Pfarrer vermuten: aus Furcht vor der Reaktion der Bevölkerung. Der Evangelischen Kirche war es darum möglich, wenigstens in den

Heilanstalten, in denen sie mutige Vertreter besaß, für die ihr anvertrauten Kranken zu kämpfen. Aus den hier gesammelten Berichten von Anstaltspfarrern und den Schriftwechsellern mit den nationalsozialistischen Vernichtungsstellen geht klar hervor: 1. daß es dem NS durchaus nicht darum zu tun war, die „wirklich unheilbaren Kranken“ von einem „menschenunwürdigen Leben zu erlösen“; seine Praxis der Trennung von „Gemeinschaftsfähigen“ und „Gemeinschaftsunfähigen“ war den späteren Selektionen in den KZ's zu ähnlich. Die Übereinstimmungen reichen bis zu den willkürlichen „Abspritzungen“, den zu vermutenden Massenvergasungen (vor allem auf Grafeneck in Württemberg) und dem Urnenversenden (Typ: „die Überführung der Urne findet kostenlos statt; wir bitten Sie, unter Beifügung einer Einverständniserklärung der betreffenden Friedhofsverwaltung um Mitteilung“, S. 79). Vielmehr läßt die wie immer nur teilweise durchgeführte Krankenvernichtung erkennen, daß es den Nazis darauf ankam, alles auszurotten, was nicht faschistisch werden konnte. 2. Ein hartnäckiger und halbwegs organisierter Widerstand der Anstalten führte gewöhnlich zu wenigstens teilweisen Erfolgen und nur selten zur „Auflösung“ der betreffenden Anstalten. Besonders hinzuweisen ist hier auf das bewundernswürdige Verhalten der Bodelschwingschen Anstalten, vor allem Bethel und Lobetal, aber auch auf das der Heilanstalt Stetten im Remstal und vieler anderer. In einigen Anstalten war der Widerstand gegen den Faschismus weit besser organisiert als in den kommunistischen Parteien und antifaschistischen Untergrundbewegungen. Möglich war dieser Widerstand nur, weil die Pfarrer, Ärzte und Pfleger genau wußten, wogegen sie ‚an ihrem Ort‘ zu kämpfen hatten und in wessen Namen sie zu diesem Kampf berechtigt waren. 3. verhielt sich die Evangelische Kirche auch im besonderen Fall der Euthanasie dem NS gegenüber duldsam und selbst der „bekennende“ Teil der Kirche war einen öffentlichen Widerstand gegen die Krankenvernichtungen zu organisieren nicht in der Lage. Bezeichnend ist das sicher außerordentlich mutige Protest-Schreiben des württembergischen Landesbischofs Wurm an den Reichsinnenminister Frick (S. 9 f.). Wurm ließ sich, um seinen Protest gegen die Euthanasie rechtfertigen zu können, auf die faschistische Trennung von „arbeits-“ bzw. „gemeinschaftsfähigen“ und „gemeinschaftsunfähigen“ Kranken ein, ebenso auf den Dualismus von der „Schickung Gottes“ (bei der Krankendezimierung durch Hunger- und Bakterienkrankheiten im 1. Weltkrieg) und den „menschlichen Einwirkungen“ (der Nazis). Damit hat er die stärksten Argumente des christlichen Bekenntnisses aufgegeben; seinem Protest wurde folgerichtig, anders als dem der Bodelschwingschen Anstalten, die erst passiven und dann fast militanten Widerstand gegen die geforderten Auslieferungen leisteten, die erbärmlichste Folgenlosigkeit zuteil.

Die Berichte der Pfarrer und Anstaltsleiter dieses Bandes enthalten (implizit) unterschiedliche Theorien über den Faschismus. Mit F. v. Bodelschwingh (Leiter von Bethel) liegt „die tiefe Ursache dieses unheilvollen Geschehens in der Außerkräftsetzung des Ersten Gebotes“ (S. 117). Anders hatte Pastor Braune (Leiter von Lobetal), der so scharf und wirksam gegen den Faschismus kämpfte, daß er ins KZ in „Schutzhaft“ genommen wurde, gegen den Nationalsozialismus zuvorderst einzuwenden, daß er das Fünfte Gebot, „Du sollst nicht töten“, außer Kraft setzte. Diese letztere Berufung ist zugleich ‚untheoretischer‘ und materieller als die von Bodelschwingh; in ihrer Einfachheit wird sie auch am wirksamsten in den Gemeinden gewesen sein. Dagegen nimmt bei v. Bodelschwingh die „Scheinsouveränität dem Deich, der die Menschen vor dem Chaos schützen soll, die Festigkeit.“ Die Konsequenz dieser Theorie müßte sein: der Faschismus kann jederzeit wiederkehren.

Diese neuen Dokumente zur Euthanasie sind von größter Wichtigkeit für die Faschismus-Forschung. Bei der Klärung einer der zentralen Fragen für eine Theorie über den Faschismus: Warum war der Antisemitismus gerade im faschistischen Deutschland so heftig?, wird man sehr genau das Material über die Krankenvernichtungen und die These der Autoren und vieler anderer Theorien über den Faschismus überprüfen müssen, daß die Nazis „geheim“ arbeiteten, weil sie den Volkszorn fürchteten. Die Dokumente dieses Bandes scheinen gerade zu bestätigen, daß die „Geheimhaltung“ der Krankenvernichtungen und die angedrohte Strafe ihrer Verletzung eine war, die möchte, daß das allen bekannte Geheimnis zum stärksten Terrormittel wird: „Ob sich etwa einer rührt“. Die Geistlichen bestätigen es, wenn sie bekennen, daß ihr „dixi et salvavi animam meam“ (Wurm an Frick) fast stets nur eine Rettung war, die sich angstvoll flüsternd unter vier Augen und zu selten auf der Kanzel und vor den Anstaltstoren besorgte. Reimut Reiche (Berlin)

Gamm, Hans-Jochen: Führung und Verführung. Pädagogik des Nationalsozialismus. List Verlag, München 1964 (499 S., Ln., 26.50 DM).

Eilers, Rolf: Die nationalsozialistische Schulpolitik. Eine Studie zur Funktion der Erziehung im totalitären Staat. Staat und Politik, Bd. 4, hrsg. v. Ernst Fraenkel. Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen 1963 (152 S., kart., 22.50 DM).

Eilers ist Politologe; Gamm ist Pädagoge. Diesem geht es um Bildung, jenem um „Binnenstruktur“. Beide Arbeiten, das kommentierte Quellenmaterial und die strukturell-funktionale Analyse des Schulsystems, sind unentbehrliche Informationsquellen zur Erziehung des NS.

In seiner Einleitung sieht Gamm den Ansatz zu einer Systematik der NS-Pädagogik im politischen Begriff der ‚Zeitwende‘; wie alles anders werden mußte, so auch die Erziehung. Die Schlüsselbegriffe der „Ideologie“ sind auch die der Pädagogik: ‚Rasse‘ und ‚Gemeinschaft‘. In der faschistischen Anthropologie ist der junge Mensch „das reine, edle Material der Natur“ (Hitler), ist Werkstück, das es zu ‚erfassen‘ und zu ‚bearbeiten‘ gilt, damit die ‚Urvitalität‘ wieder aufbreche, die in einem verweichlichenden Domestikationsprozeß degeneriert sei. Für ein Verständnis der kindlichen Entwicklung, auf die der Erzieher sich einzustellen hat, ist in der NS-Pädagogik kein Platz: „Mit ‚Kinder‘ bezeichnen wir die Nichtuniformierten niedriger Altersstufen, die noch nie einen Heimabend oder einen Ausmarsch mitgemacht haben“ (v. Schirach). Erziehungsziel ist nicht die (wie auch immer verstandene) Persönlichkeit, sondern der ‚Typ‘; nur vorgeblich sollte er in einem ‚organischen Werden‘ entstehen, in Wirklichkeit wird dazu die Kunst des Züchtens beschworen. Als Organisation ‚rassisch hochwertigen Erbguts‘ sollte nach Krieck Erziehung ‚funktional‘ sein. ‚Schulung‘ und ‚Auslese‘, zwei korrespondierende Begriffe der NS-Pädagogik, beschreibt G. als die Garanten lebenslanger Kontrollmaßnahmen und Überwachung. Selbst ‚weltanschauliche Schulung‘ hatte sich dem Primat des Leibes zu beugen, von den Kindergruppen der NS-Frauenschaft bis zur Universität. Beim Verfahren der Auslese wurde jede Initiative der Eltern übergangen; es stand ihnen etwa kein Anmelderecht für die Adolf-Hitler-Schulen zu, sondern über denjenigen wurde entschieden, der a u f f i e l, so daß sich, wie Gamm berichtet, eine Flüsterparole durchsetzte, mit der man der Dauerprüfung entgegen wollte: ‚bloß nicht auffallen!‘. War das alte pädagogische Verhältnis das von Erzieher und Zögling, das neue war eines von ‚Führer und Gefolgschaft‘. Um diese Bindung affektiv zu

festigen, wählte die NS-Pädagogik einen Ort, der bisher militanten Unternehmungen vorbehalten war: das Lager. Außerhalb der Stadt sollte hier das ‚Gemeinschaftserlebnis‘ gesichert sein. „Der aus seiner gewohnten Umgebung herausgerissene, auf eine primitive Sozialstufe zurückverschlagnene Mensch ist in erhöhtem Maße anlehungsbedürftig“ (G., S. 23). Landschulheime und Schulungslager waren die bevorzugten Erziehungseinrichtungen.

Da nach Gamm die bisherigen erziehungswissenschaftlichen Verfahren nicht ausreichen, um ein System der NS-Pädagogik zu erarbeiten, stellt er sechs Modelle auf, nach denen Erziehung erst gesellschaftlich begreifbar ist: 1. „Ausrichtung“; dieser dem Exerzierreglement entlehnte Schlüsselbegriff ordnet die Menschen der ‚Schaltung‘ der Organisationen unter. 2. „Du bist nichts — Dein Volk ist alles“; der Monismus der Ganzheit als Extrem zum Kultus der autonomen Persönlichkeit degradiert den Dialog der Erziehung auf die Forderung nach ‚totalem Einsatz‘. 3. Wirkung der Uniform; die generelle Uniformierung sollte die Volksgemeinschaft optisch manifestieren (auch als Drohung), jede Disparatheit vertuschen und als Verkleidung allen „die Vorläufigkeit und den Zwischenzeitcharakter ihres bürgerlichen Daseins“ verdeutlichen. 4. Geschlechterphilosophie; das Mädchen wird in der Schule auf seine Mutterrolle vorbereitet. Im ‚Gebärdienst‘ liegt ihre Aufgabe; ihr Prestige als Frau ist prognostizierbar durch biologische Kalkulationen. Koedukation wird als ‚liberalistische Gleichmacherei‘ verworfen. 5. Das deutsche Gemüt; Innerlichkeit erweist sich als fruchtbarer Boden für die Pädagogik des NS, der Berufsverbrecher nicht braucht, weil er „Gemütsmenschen“ hat. ‚Gemütsbildung‘ ist die Aufgabe der Familie. 6. Erziehung zum Kriege; als die politischen Gegner (etwa um 1936) ermordet oder vertrieben sind, verschärfen sich die Kampfspiele, theoretisch im Freund-Feind-Denken, praktisch in Lagermanövern. „Dieser Probencharakter in der Erziehung des Nationalsozialismus verwies auf einen geheimgehaltenen Ernstfall, den alle Planspiele vorbereiteten.“

Eine Ergänzung zu Gamms Quellenmaterial, das theoretisch in dem Sinne ist, daß es großenteils programmatische Äußerungen versammelt, legt Eilers in seiner Studie über die NS-Erziehungspolitik vor. Unter dem Thema „Indoktrination“ stellt er zunächst die Umschulung der Lehrerschaft dar. In einem Netz von Schulungslagern wurde vor allem vom Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB) Weltanschauung, Wehr- und Geländesport unterrichtet. Bis die Verwaltung vollends dem Führungsprinzip unterstand, wurde zentralisiert durch Ausschaltung der Länderministerien, Übergabe der Kompetenzen an das Reich und eine zunehmende Vereinheitlichung der Schultypen. Lehrervereine und Elternbeiräte wurden aufgelöst, Bekenntnis- und Privatschulen abgebaut bzw. beseitigt. In Hilfs- und Sonderschulen, die mit dem ‚Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses‘ zu Sammelbecken der Erbkranken erklärt worden waren, fand die ‚negative Auslese‘ statt. Eliteschulen für die künftige Führungsschicht waren seit 1933 die Nationalpolitischen Erziehungsanstalten, deren Absolventen Wehrmacht und SS regenerierten; als Führungsschulen von NSDAP und HJ galten 1937 die Adolf-Hitler-Schulen. Für seine Frage nach der inneren Homogenität des NS mißt E. dem Verhältnis der Schule zu den Massenorganisationen große Bedeutung bei, bestanden doch zwischen HJ und Schule Spannungen aus Kompetenzstreitigkeiten. Die Aggressivität des Staatsjugendverbandes gegen die Lehrerschaft ging so weit, daß von Schirach plante, für die HJ ein eigenes Lehrerbildungssystem einzurichten. Einen Ausgleich suchte die Wehrmacht, der es gelang, ihren Einfluß auf den Unterricht in den Eliteschulen auf die allgemeinen höheren Schulen auszudehnen. Der NSLB, dem 97 % der Lehrer angehörten, — eine jener Organisationen, „die die

Verbindung zwischen Partei und Gesellschaft darstellten“ (E., S. 128) —, hatte die Personalpolitik zu kontrollieren, jeder Eingriff in die Schulverwaltung aber blieb ihm untersagt. Der Faschismus-Begriff Gamms und Eilers' ist derjenige des Totalitarismus. Wie formal dann politische Begriffe geraten müssen, erweist sich an Eilers' Enthüllung des „Machtpluralismus“ im Erziehungswesen des NS, die das Bild vom „monolithischen totalitären Staat“ korrigieren will. Daß die Interessengegensätze im NS „nicht aufgehoben sind, sondern nur in anderer Form ausgetragen werden“, ist nicht mehr als eine politologische Binsenweisheit, schließlich ist hier die Rede von einem Klassenstaat, der zudem die Ideologie von Ganzheit und Volksgemeinschaft — wohlmeinend aber unterdrückend — nur als Mittel der Integration nötig hatte. Als spezifische Differenz von demokratischer und totalitärer Erziehung geben Gamm und Eilers etwas aus, was kommunistische und faschistische Erziehung verwechselbar machen soll: „Politisierung“. In diesem Zusammenhang erscheint Erziehung, auch wenn es bestritten wird, als nicht nur autonomes, sondern auch organisch-geistiges Reservat, das als solches nur gesichert ist, wenn es von Öffentlichkeit und Planung frei bleibt. Geht man aber derjenigen Bedeutung von Politik nach, die die öffentliche Sache meint, konstituiert mit materialer Vernunft, egalitär statt elitär, so kann nur eines richtige Erziehung garantieren: Politisierung. Unter diesem Aspekt fiel Unterricht im Kommunismus und im Faschismus auch nicht notwendig mit „Indoktrination“ zusammen, (was ebenfalls beide Autoren als ein weiteres Merkmal totalitärer Schulpraxis ansehen). Wie zwar jedes Erziehungssystem verführt ist, nach einer politischen Wende das alte Bewußtsein durch Indoktrination zu verführen, der Faschismus mußte es aus bloß diesem Grunde am wenigsten, aber er hatte Kindern und allen, denen er herrschaftlich Mündigkeit absprach, etwas weiszumachen, woran er selber nicht fest glaubte. Jürgen Werth (Berlin)

B. Zur Sozialpsychologie des Faschismus

Adorno, T. W., Else Frenkel-Brunswik, Daniel L. Levinson, R. Nevitt Sanford u. a.: *The Authoritarian Personality*. Studies in Prejudice, hrsg. v. Max Horkheimer und Samuel H. Flowerman. Harper & Brothers, New York 1950.

In den Jahren 1944—49 unternahm eine Gruppe von Soziologen, Sozialpsychologen und Psychologen der Berkeley Public Opinion Study und des Institute of Social Research in Zusammenarbeit mit der University of California den Versuch, die sozialpsychologischen Voraussetzungen totalitärer Herrschaft wissenschaftlich darzustellen. Im besonderen galt es, die These zu widerlegen, der deutsche Faschismus sei eine historische Katastrophe, deren Wiederholung unmöglich sei. Das Buch erregte starkes Aufsehen, da es ihm gelingt, die Bedingungen der Entstehung faschistischer Gesellschaftssysteme aus nicht-totalitären Elementen der Gesellschaft herzuleiten. Heute zählt das Werk zur Standardliteratur der Sozialpsychologie wie der soziologischen Vorurteilsforschung. Methodisch bedienen sich die Autoren der Befragung nach Einstufungsskalen, des klinischen Interviews, projektiver Fragen sowie des „Thematic Apperception Tests“ — einer Reihe von Verfahren, deren Ergebnisse, jeweils aufeinander bezogen, die Gültigkeit der erzielten Ergebnisse absichern und erhärten.

Ausgehend von der These, daß Antisemitismus nicht als isoliertes Phänomen betrachtet werden dürfe, sondern in den größeren Zusammenhang allgemeiner ideologischer Ausrichtung des Individuums gestellt werden müsse, untersuchen die Autoren mit je spezifischen Skalen vier Formen vorurteilsvoller Einstellung: Antisemitismus, Ethnozentrismus, politisch-ökonomischen Konservatismus und Antidemokratismus (potentiellen Faschismus). Es zeigt sich, daß die antidemokratische Persönlichkeit alle Formen des Vorurteils — zumindest als Disposition — in sich vereint. Der Begriff der Persönlichkeit faßt dabei nicht aktuelles Handeln, sondern die diesem zugrundeliegende Bereitschaft zu bestimmten Verhaltensformen. Ob das persönlichkeitsbedingte Vorurteil zum Ausbruch kommt oder nicht, hängt davon ab, ob äußere (gesellschaftliche) Einflüsse es fördern oder zurückdrängen. Der Begriff des Autoritarismus faßt eine bestimmte Art geistiger Unselbständigkeit des Menschen, nämlich seine Neigung, sich einerseits kritiklos allen Autoritäten zu unterwerfen und sich andererseits stets mit den jeweilig gültigen Autoritäten zu identifizieren.

Typisch für die autoritäre Persönlichkeit ist ein Denken in Alternativen, d. h. die strenge Scheidung zwischen bewunderter Eigen- und bekämpfter Fremdgruppe, die das gesamte Verhalten prägt. Diesem ethnozentrischen Denkschematismus entspricht die unumschränkte Unterwerfung unter die Wertmaximen der Eigengruppe und die Verurteilung aller Eigenheiten der Fremdgruppe. Als solche Fremdgruppe können fungieren: Juden, Ausländer, Andersgläubige, Intellektuelle, Homosexuelle u. a. Auf sie wird aller Haß gelenkt. Die Starrheit solcher Zweiteilung der Welt entfremdet den autoritären Menschen der Fähigkeit, eigene Erfahrung zu sammeln. Er begreift alles unter von vornherein feststehenden stereotypen Bildern des „Eigenen“ und des „Anderen“. Die Unpersönlichkeit solcher Stereotypie wird vordergründig aufgehoben durch Personifikation gesellschaftlicher Kräfte, d. h. durch die Vorstellung, Prinzipien sozialer Wirklichkeit und moralische Werthaltungen fänden sich in bestimmten Personen oder Personengruppen verkörpert. Auch die politischen und wirtschaftlichen Ansichten der Autoritäten spiegeln ihre Befangenheit im Vorurteil wider: Das Ordnungsschema für Informationen steht für sie fest, ehe sie die konkrete Information überhaupt kennen.

Der Antisemitismus der Autoritären funktioniert daher unabhängig von der Existenz und dem Verhalten der konkreten Juden. Seine Quelle, die ihn beständig speist, liegt in den seelischen Verformungen der Individuen. Durch blind autoritäre und willkürliche Erziehungspraktiken wurden diese schon als Kinder in ihrer Eigenständigkeit gebrochen und zu willfährigen Objekten elterlichen Zwanges gemacht. Als Erwachsene reagieren sie darauf mit Konventionalismus des Verhaltens und Stereotypie des Denkens und Empfindens.

Ihr Antisemitismus ist — trotz seiner psychischen Wurzeln — insofern gesellschaftlich, als die Autoritären ihn wie das elterliche Gebot unreflektiert aus der gesellschaftlichen Umwelt übernehmen. Daß sie ihm wie allgemein ethnozentrischen und anderen undemokratischen Parolen Glauben schenken, erklärt sich wiederum aus ihren spezifischen psychischen Bedürfnissen, die durch

das kindliche Erleben irrationaler Autorität geprägt wurden. Zu diesen Bedürfnissen zählt etwa das nach Autorität, nach Beherrschtwerden und Beherrschen; weiterhin das nach einer als von vornherein schlecht und schuldig befundenen Außengruppe, auf die Frustration und Aggression risikolos gelenkt werden können. Bietet die Umwelt nicht bereits vorgeformte Objekte für solche sadomasochistische Aggressivität an, dann schafft der Autoritäre sie sich unbewußt mit den Mitteln der Projektion.

Die Abhängigkeit der Autoritären von zustimmender Reaktion der Umwelt, ihr Konventionalismus, kann allerdings in einer demokratischen Gesellschaft zum Instrument gegen die Ausbreitung des Vorurteils umgemünzt werden. Indem die Gesellschaft den vorurteilsvollen Einstellungen des Autoritären ihre Zustimmung entzieht, zwingt sie ihn zu einer — wenn auch zunächst nur oberflächlichen formalen — Anpassung an die demokratischen Normen und Verhaltensmuster. Antisemitismus verschwindet dann aus dem Bild gesellschaftlicher Beziehungen, bleibt allerdings als Bereitschaft untergründig erhalten. Es gilt dann, durch Umformung auch der psychischen Bedürfnisstruktur der Menschen — und das heißt konkret: Abschaffung des autoritären zwischenmenschlichen Verhältnisses — auch die Wurzeln des Antisemitismus auszurotten.

Menschen, deren Denken nicht im ethnozentrischen Denkschema verhaftet bleibt, bezeichnet die Studie mit dem Attribut „liberal“. Der Liberale ist zu eigenem Urteil befähigt und überläßt sich nicht blindlings stereotypisierten Menschenbildern und Werthaltungen. Die Entwicklung der Liberalen kennzeichnet sich dadurch, daß kein irrationaler elterlicher Zwang ihre Eigeninitiative abtötet, sondern daß Zuneigung und Einsicht an ihrer individuellen Entfaltung mitwirken. Indem die Autoren der Studie den Liberalen als positiven Gegentypus des Autoritären nachzeichnen, weisen sie implizit zugleich einen Weg zur Verwirklichung einer genuin demokratischen Gesellschaft — einer Gesellschaft, die allein der Gefahr des Faschismus enthoben wäre. Inwieweit eine solche Gesellschaft tatsächlich verwirklichtbar ist, oder ob sie nicht Wunschgebilde bleiben muß, vermögen die Autoren nicht zu klären. Einerseits verweisen sie auf die Funktion ökonomischer Kräfte für die Erhaltung des — auch eines undemokratischen — status quo der Gesellschaft; andererseits glauben sie, auf die Durchsetzungskraft des vernünftigen Gedankens vertrauen zu können.

Uta Gerhardt (Berlin)

von Baeyer-Katte u. a. (Hrsg.): Politische Psychologie.

Eine Schriftenreihe.

Band I: Politische Psychologie als Aufgabe unserer Zeit. Bearbeitet von W. Jacobsen. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M 1963 (108 S., kart., 16.— DM).

Band II: „Autoritarismus und Nationalismus — ein deutsches Problem?“. Bericht über eine Tagung, veranstaltet vom Institut für Staatsbürgerliche Bildung, geleitet von K. Holzamer. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M 1963 (96 S., kart., 12.— DM).

Von W. Metzger erfahren wir „Zum Geleit“ des I. Bandes, daß es darum gehe, „vor allem an der Formung demokratischer Bürger und Leiter unseres jungen und seiner Sache noch so ungewissen Staatswesens und an der Schärfung ihres politischen Gewissens mitzuwirken“ (S. 5). Im Vorwort (K. D. Hartmann) ist die Situation angegeben, in der die „Formung“ stattzufinden hat: „die gegenwärtige Bedrohung durch den kommunistischen Machtblock“ (S. 6). „Zur Einführung“ definiert Jacobsen politische Psychologie als eine Wissenschaft, in der wir zu bekennen haben: „daß wir aktuelles politisches Geschehen immer dann für unsere Disziplin in ‚Zuständigkeits‘-Anspruch nehmen, wenn es sich noch nicht zu einem geltenden Gesetz oder Gewohnheitsvollzug des öffentlichen Lebens verfestigt hat“ (S. 13).

Im Anschluß an zwei Aufsätze über K. Lewin und W. Hellpach versucht Jacobsen „Eine politische und psychologische Diagnose an zwei Daten: 1952 und 1959“ zu geben. Neben Halbwahrheiten (kein „Revolutionserlebnis“; „verhaltene Ressentiments vermochten sich nicht abzureagieren“) erfahren wir für 1952, daß ein Fundament der Demokratie wegen innerer Zwiespältigkeit „noch“ fehlt. Für 1959 verschwindet dieses „noch“. Und obwohl Jacobsen „Konformismus“, „Einkapselung“, „zwiespältige Seelenverfassung“ (S. 53) und „einen gewissen Illusionismus“ (S. 35) und selbst „das verletzte nationale Selbstgefühl“ (S. 34) diagnostiziert, so bleibt doch für ihn der durchlaufene „Adaptions- oder besser Akklimatisationsprozeß“ letztlich ein positives Faktum und gilt als eine Anpassung an die „Prinzipien einer freiheitlichen Gesellschaft“ (S. 35). So verliert er doch nicht den Glauben an ein „allmähliches Reifen einer verantwortlichen Staatsbürgergesinnung“ (S. 42).

Neben Jacobsens Deutung nimmt H. E. Wolfs „Untersuchung“ „Vorstellung über den Kommunismus“ am meisten Platz ein. „Wesentliche Mängel“ seiner Arbeit sieht Wolf nur in der statistischen Unzulänglichkeit (ein sample von N = 220 bzw. 100). Gravierender sind aber die Mängel, die in Wolfs ideologisch verzerrtem Bewußtsein begründet sind. Die Kleinheit des samples soll nach Wolf gleichzeitig „die Ergebnisse bestimmt haben, in denen sich keine nennenswerten Wirkungen kommunistischer Beeinflussungsversuche nachweisen ließen“ (S. 63), wie auch dafür verantwortlich sein, „daß eine große Zahl der Befragten mehr oder weniger ausgeprägt konservativ-autoritäre Vorstellungen entwickelt und teilweise zu extremistischen Folgerungen überleitet“ (S. 64). Können so fehlende kommunistische Einflüsse und vorhandener Autoritarismus aus den Mängeln der Untersuchung „erklärt“ werden, so hält dies Wolf nicht davon ab, seine „Ergebnisse“ umfangreich zu kommentieren.

K. Aurins „wissenschaftliche Untersuchung“ über „psychologische Probleme der Willensbildung und ihre Bedeutung für die politische Erziehung“ gipfelt in wohlbekannten Phrasen: „Die Fähigkeit zur Verzichtleistung gegenüber anderen zugunsten eines größeren Ganzen, die Bereitschaft zum Opfer geht letztlich über das Soziale und das mit ihm verbundene Politische hinaus und wird durch religiös-sittliche Einwirkung vertieft und geklärt“ (S. 104).

Der Band II unterscheidet sich nicht wesentlich vom ersten. Interessant ist er wegen einiger ‚nicht-psychologischer‘ Beiträge, denen von K. D. Bracher („Autoritarismus und Nationalismus in der deutschen Geschichte“) und W. Schmalzer („Der Beitrag des Geschichtslehrers zur Vorbeugung gegen nationalistische und autoritäre Einstellungen“). Für einen der Autoren, H. Wiesbrock, ist Hitler „etwas absolut Singuläres, der Einbruch eines satanischen Prinzips in die Weltgeschichte“. Der Tenor dieses Zitats ist bezeichnend für den ganzen Band.

Der Leser kann sich des Eindrucks nicht erwehren, „Politische Psychologie“ trage mehr dazu bei, gesellschaftliche und politische Gegebenheiten mittels undifferenzierter, unkritischer Denkweise zu verwirren als zu klären. Nirgends wird der Ansatz einer Methode sichtbar, die politisch relevante seelische Fakten wissenschaftlich zu verarbeiten gestattet.

Hans-Dieter Tscheulin (Heidelberg)

C. Judenverfolgung

Massing, Paul W.: Vorgeschichte des politischen Antisemitismus (Rehearsal for Destruction). — Bd. 8 der Frankfurter Beiträge zur Soziologie. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt a. M. 1959 (288 S., Ln., 24.— DM).

Das zentrale Thema dieser im Rahmen der „Studies in Prejudice“ 1949 erschienenen Studie ist die politische Manipulierbarkeit des antisemitischen ‚Vorurteils‘. Es wird sorgfältig entfaltet an der deutschen Geschichte von der Reichsgründung 1870 bis zum Ausbruch des ersten Weltkriegs.

Die Einführung des demokratischen Wahlsystems in die Verfassung des durch Bismarck geeinten Deutschland brachte für die groß-agrarischen Interessen, die Junker, die Notwendigkeit, sich des Parlamentarismus zu ihrer Durchsetzung zu bedienen, — vor allem in denjenigen Phasen, in denen mit liberalen Kräften regiert wurde. Die demokratischen Kräfte, die die konservativen Junker bekämpften, zwangen sie zugleich, sich einer ‚demokratischen‘ Massenbasis zu verschern: Sie fanden sie vor in dem durch die Wirtschaftskrisen der 70er Jahre ruinierten Mittelstand. Dessen antiliberaler Wendung, die zugleich eine antijüdische war, wird von M. als Reaktion auf seinen wirtschaftlichen Zusammenbruch analysiert. Es wird weniger eindringlich dargestellt, daß das Kleinbürgertum in den Juden genau das haßte, was sie eigentlich an den Prinzipien des Kapitalismus hätten hassen müssen, als daß präzise die Situation nachgezeichnet wird, in der der Antisemitismus, einmal vorhanden, zur Mobilisierung des Mittelstandes gegen den Liberalismus eingesetzt werden konnte. Wie sehr der Antisemitismus je nach den politischen Erfordernissen eingesetzt wurde, offenbart die Analyse des wirtschaftlichen Aufstiegs des Imperialismus (1895 — 1914). Der Antisemitismus der zeitweise entmachteten Junker wich einem aggressiven Nationalismus der neuen herrschenden Mächte (dem Bündnis von Großagariern und Schwerindustrie). Er war durch eine nationalistische Integrationsideologie, die auch das Kleinbürgertum ergriff, neutralisiert worden, ohne daß doch seine gesellschaftlichen Ursachen aufgehoben worden wären. So blieb der Antisemitismus, wie die Geschichte nach dem ersten Weltkrieg sogleich zeigen sollte, jederzeit herrschaftlich verfügbares politisches Potential.

M. vermeidet es, von seinem Gegenstand her Schlüsse auf den Faschismus zu ziehen. Als Beitrag des Buches für eine Theorie über den Faschismus kann gleichwohl seine These gelten, daß in Deutschland seit der Industrialisierung keine Einheit mehr von politischem und wirtschaftlichem System bestand. Anders als in England und in Frankreich hatte in Deutschland die Aristokratie die Nationalidee den Mittelklassen, in denen sie entstanden war, abgenommen, „mit konservativ-klerikalen Emblemen ausgestattet und zu ihrem Monopol gemacht. Um die Wende des Jahrhunderts war Deutschland ein führender Industriestaat geworden, aber seine Industrialisierung war einer vorindustriellen politischen Struktur aufgepfropft“ (S. 104).

Solveig Ehrler (Berlin)

Liebenfels, Jörg Lanz von: Theozologie oder die Kunde von den Sodoms-Äfflingen und dem Götterelektron. Eine Einführung in die älteste und neueste Weltanschauung und eine Rechtfertigung des Fürstentums und des Adels. Wien, Leipzig und Budapest 1904.

Jörg Lanz von Liebenfels gehört zu jenen Gestalten des geistigen „europäischen Untergrundes“ des beginnenden 20. Jahrhunderts, die aus den Trümmern zerstörter Vernunft ein aggressives, rassenideologisches System aufbauten und damit zu den ideologischen Wegbereitern des deutschen und österreichischen Nationalsozialismus wurden.

Jörg Lanz von Liebenfels wurde 1874 in Wien als Adolf Josef Lanz und Sohn einer Lehrerfamilie geboren; er erhielt im Zisterzienserkloster Heiligenkreuz, in das er 1893 eintrat, den Ordensnamen Georg. Als er 1900 den Orden verließ, wie er selber angab: aus religiösen Differenzen, wie die Mönche vermerkten: wegen Verstoß gegen das Gelübde der Keuschheit, adelte er sich durch Erweiterung seines Namens zu Georg Lanz von Liebenfels und gründete im gleichen Jahre den „Orden des Neuen Tempels“ (ONT), eine „freireligiöse Reinzucht- und Rassenkultgemeinde“ mit dem Ziel, durch rassenreines und Reinzucht-gemäßes Leben sowie „Aufklärung“ die Menschen und Staaten zu „planmäßiger Zucht der staats- und kulturhaltenden Menschen arischer Rasse“ aufzurufen. Die seit 1905 erscheinende Zeitschrift „Ostara“, nach der germanischen Frühlings- und Erweckungsgöttin Eostra (ostgot. Ostara) genannt, eine „Zeitschrift für Blonde und Mannesrechtler“, sollte Ziele und Programm des ONT verbreiten. Von der 1907 erworbenen Donau-Burg Werfenstein, auf der die blau-rot-goldene Ordens- und weißrote Hakenkreuzfahne wehten, residierte Lanz von Liebenfels als Ordensmeister über seine Ordensbrüder und Schwesterburgen in der alten Habsburger Monarchie.

Zu den ordentlichen und außerordentlichen Mitgliedern des ONT gehörten unter anderem Strindberg, Guido von List (Lanz wiederum gehörte der Guido-von-List-Gesellschaft an), namhafte Militärs der öst.-ung. Armee und Flotille. Zu eifrigen Lesern und Freunden zählten Praktiker des imperialistischen Kolonialismus wie Lord Kitchener, den Lanz wegen seiner rassenbewußten Haltung im Burenkrieg sehr verehrte, Carl Peters, der für Deutschland die Kolonie Deutsch-Ostafrika erworben hatte, Theosophen, Ernährungsreformer und andere Sektierer. Einen breiten Leserkreis fand die Ostara in Korporationen. Die Sammelausgabe der Ostara von 1907 soll eine Auflage von 100 000 gehabt haben. Zu den Abschreibern des Lanz gehören Mathilde von Ludendorff, die Rassenideologen Prof. Hans Günther und Otto Hauser, Artur Dinter und der besondere Freund und Interpret von Lanz, Dietrich Eckart.

Nach dem 1. Weltkrieg versuchte Lanz von Magdeburg aus die Ostara zu verbreiten, wurde jedoch von Rathenau ausgewiesen, um schließlich in dem österreichischen Fabrikanten Johann Walthari Wöfl seit 1926 einen Finanzier seiner nun als Geheimorgan neu herausgegebenen Schriften zu finden. In Deutschland wirkte Lanz durch die von Herbert Reichstein seit 1926 herausgegebene „Zeitschrift für Menschenkenntnis und Rassenschicksal“, später „Zeitschrift für Geistes- und Wissenschaftsreform“, die die von Lanz erarbeitete „praktische Zusammenfassung aller Gebiete menschlicher Tätigkeit unter die Richtlinien einer Rassenkultreligion“ zugrundelegte. Als ein Organ der völkischen Bewegung hatte sie enge Verbindungen zu Rosenbergs „Weltkampf“ und Ludendorffs „Ostdeutsche Rundschau“.

Seit 1932 betätigten sich die Neuen Tempel in Österreich als Lumen-Klub und stellten seit 1934 ein illegales Nazizentrum dar. Der Lumen-Klub wurde 1938 von der Gestapo aufgelöst; offenbar, weil er

zu unverhüllt die Ziele nationalsozialistischer Herrschaft propagierte. Lanz von Liebenfels starb 1954 80jährig. Seither ist der ONT ohne geistiges Oberhaupt. Zahlreiche Schriften des Lanz erscheinen jedoch seit 1945 in Neuauflage in der Schweiz.

Die 1904 erschienene Theozoologie ist die erste zusammenfassende Darstellung seiner Rassenlehre. Ursprünglich, meint Lanz, seien die Menschen Götter gewesen mit elektroradiologischer Ausstrahlung, Zwitterwesen, blondhaarig und blauäugig. Das göttliche Weib aber sei den Dämonozoen verfallen und sei so schuldig geworden am Niedergang des Menschengöttergeschlechts. Der eigentliche Sündenfall, durch den das Götterparadies verloren ging, sei die Sodomie gewesen. Durch die Sodomie seien die Göttermenschen oder Arioheroiker hinunter- die Sodomsäfflinge oder Udumi hinaufgezüchtet worden. „Die heutigen farbigen Menschenrassen sind nichts anderes als durch homo Europäus hinaufgezüchtete udumi, baziati und pagutu.“ (S. 110 f.) Die Mischung der Asinge mit den Wanen habe diese weitaus gefährlicher gemacht. Denn, ausgestattet mit göttlichen Fähigkeiten, bedienten sie sich raffinierterer Methoden, um immer wieder die blonde, rassige Frau zu verführen und das arioheroische Geschlecht zu schänden. So habe auch nicht Gott den Ehebruch, sondern die Ausschweifung mit artfremden Wesen, d. h. die Sodomie verboten, und Christus sei gekommen, um die Menschen von der Sodomie fortzurufen; seine Kreuzigung sei auch nicht Kreuzestod, sondern sodomitische Quälerei gewesen, seine Auferstehung aus den Gräbern die standhafte Abwehr der in den Gräbern stattfindenden sodomitischen Orgien. Das Götterparadies sei daher nur durch strenge Reinzucht der Arioheroiker wieder zu erlangen, jener blonden, rosig und blauäugigen Menschen, die in den mittel- und nordeuropäischen Gebieten leben und überwiegend positive Rassenmerkmale tragen. „Reinzucht ist das erste für den wahren Logosjünger, der jede Bastardenmischung als widergesetzlich und gottlos verabscheut. Das ehebrecherische und sinnliche Weib gehört ins Dirnenhaus, die Würde der Mutter sei ihr entzogen, und ihr Name aus dem Buch der Lebendigen getilgt. Ebenso sollen auch Verbrecher, Geisteskranke oder erblich belastete Menschen von der Fortpflanzung ausgeschlossen sein.“ (S. 150) Jene „untermenschliche Rassensintflut“ und „Bestienhorde“ aber, die „stets nomadisierenden untermenschlichen Massen der alten Rassenhefe“, die in „schauerlichster Vermischung alle Reste der urchenschlichen Menschenarten in sich aufgenommen hat“ und deren Kern die „talmudische Judenschaft“ bildet, sowie die „heutigen romanischen, semitischen und mongolischen Völker“ umfaßt, ist der Kampf anzusagen.¹

„Deutsche Jungen und Männer, wir bleiben beim Schlachtruf unserer Väter! . . . Wir wollen unser Schwert geschliffen und unsere Kriegsliefer gestimmt halten, wenns losgeht zur Wiedereroberung der Welt. Was warten wir noch? Sollen wir die Welt noch weiter von hirnlosen Affenlummeln ausschinden lassen? Überall ist Menschenmangel, während wir auf kleiner deutscher Erde verhungern vor Menschenüberfluß. Der Erdball war und ist Germaniens Kolonie.“ (S. 159). Ausrottung oder Versklavung, Sterilisation und Liquidation der „Tschandalen“ — aller jener von den „Sodomsäfflingen“ abstammenden „Untermenschen“ — sind eine ethisch und ökonomisch notwendige Konsequenz des Rassendualismus, der aus dem Manichäismus eines rassisch pervertierten gnostischen Christentums resultiert. Gott ist gereinigte Rasse.“ (S. 136). Rassenideologisch interpretiertes Christentum erweist sich damit als antihuman — Nächstenliebe wird zu einer der „verhängnisvollsten Schwindeleien der Sodomsäfflinge“ deklariert —; als antisozial — „Die soziale Frage ist keine Magen-, sondern eine Rassenfrage“ (S. 141) —; als antisozialistisch und gegen

1 Der zoologische und talmudische Ursprung des Bolschewismus, Ostara Nr. 13/14, Wien 1930, S. 4.

die Prinzipien der allgemeinen Gleichheit gerichtet, d. h. als rasseneitär — „Wer kann sagen, daß die Gleichberechtigung beim Australier aufzuhören habe? Gorilla, Schimpanse und Fledermäuse haben genau denselben Anspruch auf die sozialistischen ‚Menschenrechte‘.“ (S. 141) -; als aggressiv antibolschewistisch - „Die sozialistisch-bolschewistische Urmenschenrasse hat uns die Mundschafft gekündigt; gut, wir kündigen ihr Wohltätigkeit und Humanität. Sie wollen den Klassenkampf, sie sollen den Rassenkampf haben, Rassenkampf von unserer Seite bis aufs Kastrationsmesser!“² Diesen Rassenkampf zu verwirklichen, glaubte sich Hitler auserwählt und erwies sich damit, wie W. Daim in seiner Untersuchung über Lanz von Liebenfels nachzuweisen versucht hat, als dessen gelehriger Schüler.³ Lanz hat Hitler nicht zum Antisemiten gemacht, sondern ihm ein rassendeologisches System geliefert, das es ihm ermöglichte, seine „antisemitischen Affekte zu rationalisieren“. In diesem Sinne könne Lanz, wie er stolz bekannte, als geistiges Haupt und Vater der nationalsozialistischen Bewegung bezeichnet werden.

Solveig Ehrlin (Berlin)

Arendt, Hannah: Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen. Piper-Verlag, München 1964 (345 S., Papp., 9.80 DM).

Krummacher, F. A. (Hrsg.): Die Kontroverse. Hannah Arendt, Eichmann und die Juden. Nymphenburger Verlagsanstalt, München 1964 (244 S., Papp., 9.80 DM).

Die Verbindung von „böse“ und „banal“ im Untertitel von Hannah Arendts Prozeßbericht thematisiert den Kern ihrer Thesen. Als Gegenbild zur Perspektive der Jerusalemer Anklagevertretung — Eichmann ein sadistisches, omnipotentes Monstrum — liefert HA die überzeugende Beschreibung seiner undämonischen Mediokrität, deren sich das totalitäre System des Faschismus so erfolgreich bedienen konnte. HA untersucht Eichmanns Anteil an der Endlösung, sie beschreibt seine Position innerhalb der NS-Hierarchie und lokalisiert sie weder in einer „Rädchen“-Stellung (zu der sie die Verteidigung im Jerusalemer Prozeß verharmlosen wollte), noch — wie sie das Revisionsurteil annimmt — in einer unbeschränkten Befehlsgewalt, die Eichmann Heydrich oder gar Himmler gleichgestellt hätte. Eine Analyse von Eichmanns Funktionen als „Transportfachmann“ im Reichssicherheitshauptamt ist bei HA verknüpft mit einer informativen Darstellung des komplizierten Vernichtungsapparates und seiner Verflechtungen mit den unterschiedlichen psychologischen und politischen Bedingungen seiner Wirksamkeit im gesamten Einflußgebiet des Nationalsozialismus (z. B. Dänemark und Rumänien).

Aus der inneren Beziehung zu HA's Totalitarismustheorie gewinnt das Eichmann-Buch seine eigentliche Dimension. Ihre eindringliche Frage nach Möglichkeit und Grenzen von Widerstand in einem totalitären Herrschaftssystem richtet HA gleichermaßen an die jüdische wie nicht-jüdische Bevölkerung. Daß dabei ihre zugespitzte formulierte Kritik an der Rolle der Judenräte wie auch an der deutschen Widerstandsbewegung empfindlich treffen mußten, ist allzu verständlich. Die jüdische Führung belastet sie mit der Mitarbeit an der Vernichtung ihres Volkes und ihrer selbst durch Kooperation mit den NS-Stellen (S. 160); die Widerstandsbewegung wird, durch HA's Identifikation mit einem Zitat von Reck-Maleczewen, zu einer Verschwörung „plattester Machiavellisten“ (S. 137).

2 Der Weltfriede als Werk und Sieg der Blondes. Wien 1928, S. 9, zit. bei W. Daim, Der Mann, der Hitler die Ideen gab, S. 157.

3 Wilfried Daim: Der Mann, der Hitler die Ideen gab, München 1958. Sämtliche historischen und biographischen Daten des Lanz sind diesem Buch entnommen.

Beide Thesen sind die Angelpunkte für die vehemente Kritik, die das Buch ausgelöst hat. Eine Zusammenfassung kritischer Stimmen, die sich allerdings nur auf die englische Ausgabe beziehen, erschien gleichzeitig mit der z. T. entschärften und ergänzten deutschen Fassung. Der Band „Die Kontroverse“ zeugt teilweise davon, daß die Schärfe der Reaktion herrührt von HA's Versuch, die bisherige Fragestellung der Bücher über die Judenvernichtung, nämlich nach der Schuld des einzelnen, zu problematisieren und das Gewicht auf die Funktionsvoraussetzungen des Faschismus zu legen. Ihre Behauptung, die Grenze zwischen Opfer und Verfolger sei nicht so scharf zu ziehen wie die Anklage sie zog, ist in der Einsicht fundiert, daß personale Desintegration von Verfolgern und Opfern, die äußerste Entwürdigung des Opfers durch seine bewußte Einbeziehung in den Vernichtungsapparat selbst zum System des Faschismus gehörten. In der „Kontroverse“ unterstützt B. Bettelheim, einer der 24 Autoren, ihren Versuch, den noch so geringen Spielraum individueller Handlungsfreiheit aufzuspüren. B. meint, durch aktiven Widerstand der Judenräte hätte die Bevölkerung soweit beeindruckt werden können, daß die Deportationen im erreichten Ausmaß und vor allem in ihrer praktizierten Reibungslosigkeit nicht hätten durchgeführt werden können. (Diese Behauptung wird von Berichten über die Euthanasie-Aktion des NS und den Widerstand der evangelischen Anstalten gestützt.) Golo Manns Erwiderung gipfelt in dem Vorwurf, HA's Thesen führten zu dem Schluß, daß die Juden am Ende sich selbst umgebracht hätten. Diese Kritik wird ergänzt durch M. A. Musmanno, der die Position der Anklagevertretung bezieht und vor einer Verharmlosung der „blutrünstigen Bestie“ Eichmann warnt. HA hat ihren Kritikern voraus, daß sie die bisherige, personalistische Bewertungsgrundlage von Schuld und Unschuld verläßt und dem Phänomen der „Identifikation mit dem Aggressor“ (bei den Judenräten) einerseits und der Rolle der Bürokratie im Faschismus andererseits gerecht werden will. Der abstrakte Ansatz ihrer Totalitarismustheorie führt jedoch dazu, daß ihre Anklage gegen die Judenräte mitunter zynisch wird. Der Vorwurf gegen die Juden, an ihrer eigenen Vernichtung mitgewirkt zu haben, der Appell an den einzelnen, verschleierte den ungeheuren Zwang, der von der Vernichtungsmaschinerie ausging und dem sich offenbar weder die Opfer noch die Verfolger entziehen konnten.

Jutta Matzner (Berlin)

II. Allgemeine Besprechungen

Anders, Günther: *Wir Eichmannsöhne.* Offener Brief an Klaus Eichmann. C. H. Beck Verlag, München 1964 (76 S., Papp., 4.80 DM).

Unmittelbar nach der Hinrichtung des Adolf Eichmann schrieb Günther Anders einen Brief, den er lange zurückhielt, um den nötigen Abstand zu gewinnen, aber schließlich doch noch abschickte: an Klaus Eichmann, den Sohn des ‚Chefbuchhalters‘, wohnhaft in Südamerika. Dieser Brief ist ein Offener Brief, weil er von uns allen berichtet, ja, an uns alle adressiert ist als ein Brief an die Söhngeneration; Adolf Eichmann — wie den Hiroshimaflieger Claude Eatherly — versteht Anders als unser aller Symbol.

Beide sind Stellvertreter des „Monströsen“, das eine Zeit charakterisiert, in der besonders die arbeitenden Menschen der Möglichkeit beraubt sind, sich ein Bild zu machen vom Gesamtkomplex der Technik, in den sie eingespannt sind. Die Welt hört dadurch auf, „unser“ zu sein. Wenn Arbeit besteht, einen Einzelhandgriff zu tun, kann kein Interesse für das Ganze aufkommen. So entsteht bei uns ein Gefälle zwischen Herstellung und Vorstellung: wir

können uns die Wirkungen, die wir auszulösen imstande sind, nicht mehr vorstellen. Damit aber fällt jedes Verantwortungsgefühl aus; denn „das ‚zu Große‘ läßt uns kalt“. Für Eichmann kann dies jedoch keine Entschuldigung sein, schreibt Günther Anders an dessen Sohn, Eichmann ist ja geradezu ausgegangen vom Bild des Endzustandes. Er leitete den Gesamtprozeß der Vernichtung, war kein Rädchen, das für sich in Anspruch nehmen könnte, das Ganze nicht begriffen zu haben. Gerade Eichmann ist kein „Opfer der heutigen Situation“. Im „Gefälle“ sieht Günther Anders die eine Wurzel des „Monströsen“, die andere ist die Verwandlung der Welt in eine Maschine. Es ist soweit, daß wir nicht mehr nur sagen können, in der Welt gebe es Maschinen, sondern wir müssen sagen: viele Bereiche der Welt sind maschinell geworden; mit der Zeit wird auch die Umwelt jeder Maschine maschinell. Das Ziel ist die Totaleroberung. Maximalleistung, die das Leben der Menschen bereits charakterisiert, ist dabei, vollends zum Prinzip zu werden.

Das „Monströse“ des faschistischen Massenmords nennt Günther Anders nur ein Vorspiel für das, was sich im Atomzeitalter anbahnt. Einst war es die institutionelle Vernichtung von Millionen Menschen; das Vorhandensein von hauptamtlichen Mördern und ihren Handlangern; die Blindheit von Millionen, die von allem nichts wußten — heute, im Zuge der Atomrüstung, ist es das Angestelltenverhältnis von Millionen, die mithelfen, die vollständige Vernichtung der Erdbevölkerung vorzubereiten. Wir alle also sind Eichmannsöhne und „haben uns darauf gefaßt zu machen, daß die Entsetzlichkeit des kommenden Reiches die des gestrigen weit in den Schatten stellen wird“. Günther Anders nennt aber dem Adressaten und uns die Möglichkeit, aus diesem Teufelskreis des Eichmannprinzips herauszukommen. Die Chance besteht darin, sich zu beteiligen an der weltweiten Bewegung gegen die atomare Rüstung. Würde der Sohn sich als ein „Eichmann für den Frieden“ zu erkennen geben, so wäre nicht nur ein Eichmann weniger, sondern viele, die in ihm das Vermächtnis des toten Vaters weiterleben sehen, könnten durch seine Umkehr selber zur Besinnung kommen.

Dieser Brief ist ein Streikaufruf. Selten ist eine Schrift so sehr auf die heutigen Bedürfnisse der Menschen bezogen, selten eine theoretische so sehr von der Notwendigkeit der alltäglichen Praxis bestimmt wie diese. Zwar mag die Chance, von der Günther Anders spricht, durch Beteiligung am Widerstand sich aus der Isolation eines bloßen „Rädchens“ befreien zu können, als Schimäre erscheinen, weil sie allzu leichtfüßig auftritt — so als könnte sie jeder von heute auf morgen nutzen und als führte jeder ein Leben, das wenigstens in einer Balance zwischen dem Reich der Freiheit und dem der Notwendigkeit besteht. Aber bis ein Mensch, der täglich arbeiten geht, um dieses Leben zu reproduzieren, zu dem Gedanken kommt, Widerstand zu leisten, ist vieles nötig, was durch Aufklärung kaum erreicht werden kann. Zumal eine zunehmende Entpolitisierung es mit sich gebracht hat, daß das allgemeine Bewußtsein von Politik nicht eines von den Bedürfnissen der Allgemeinheit ist, sondern von den Geschäften der Berufspolitiker. Diese Schwierigkeit bei der Frage, was zu tun sei, berücksichtigt Günther Anders selber, als er untersucht, wie es ist: „während früher die Taktik selbstverständlich darin bestanden hatte, die Entmachteten von jeder möglichen Aufklärung auszuschließen, besteht die heutige darin, denjenigen, die nicht sehen, daß sie nicht sehen, einzureden, daß sie aufgeklärt seien“ (S. 24). Solange aber die große Mehrheit in dieser Illusion verharrt, bleibt sie auch gleichgültig gegenüber dem, was sich außerhalb der vier Wände abspielt und erscheint ihr jeder Widerstand gegen das „Monströse“ selber als monströs.

Unsere Welt, die sich der „Vorstellung“ und der „Wahrnehmung“ immer mehr entzieht, bezeichnet Günther Anders mit dem Begriff der „Verdunkelung“ und wendet sich ausdrücklich dagegen, bei der

Beschreibung der gebrochenen Identität der Menschen den Begriff der ‚Entfremdung‘ zu gebrauchen. Es geht dabei nicht mehr nur um den Namen. Wenn Günther Anders nämlich die ausschließliche Schuld der Eigentumsverhältnisse an der Entfremdung bezweifelt, aber es nicht dabei bewenden läßt, ein derart dogmatisch erstarrtes Bild der gesellschaftlichen Vorgänge abzulehnen, sondern verzichtet, die Verschiedenheit der Produktionsverhältnisse auf der Welt überhaupt zu berücksichtigen, dann sieht es so aus, als wäre das Problem des mangelnden Bewußtseins von der Welt und ihrer Bedrohung bloß eine Frage des Bewußtseins. Günther Anders' Aufruf zum Nein und die Erinnerung daran, daß alles Leben in Gefahr ist, verliert dadurch nichts von seiner Berechtigung.

Jürgen Werth (Berlin)

Nitschke, August: Der Feind. Erlebnis, Theorie und Begegnung. Formen politischen Handelns im 20. Jahrhundert. Kohlhammer Verlag, Stuttgart 1964 (288 S., Ln., 19.80 DM).

In der Epoche, in der Völkermord zum wissenschaftlich durchgeführten politischen Programm werden konnte, findet der Verf., ein junger Mediävist, es angebracht, „sich mit dem Feind zu beschäftigen“. Die Fragestellung seines Buches lautet so: „Was hat sich am Verhältnis zum Feind gewandelt, daß all diese Maßnahmen möglich wurden?“ (10). Dämonologische Erklärungen lehnt N. ebenso ab wie moralische Verdammung. „Not tun — und dringend not, wenn man nicht bereit ist, vor diesen Tendenzen zu kapitulieren — statt verdammender Urteile ein ernsthaftes Suchen und ein Bemühen, die Männer, vor allem die mächtigen und erfolgreichen Männer unseres Jahrhunderts wirklich zu verstehen, ihre Gedanken, ihre Taten“. Der Versuch zu verstehen gilt dem Komplex von Ideen und Vorurteilen dieser Männer; dabei wird diesem psychisch-ideellen Komplex epochemachende Kraft zugeschrieben. Den Angelpunkt der Darstellung sieht Verf. im Realitätsbezug der von ihm charakterisierten „mächtigen und erfolgreichen Männer“. Er geht davon aus, daß ein „großer Politiker“ nur nach einem Kriterium beurteilt werden dürfe: „War er zu Taten fähig, die darauf schließen lassen, daß er die volle Wirklichkeit unbefangen zu erkennen vermochte, schuf er darüber hinaus Situationen, die den Beteiligten neue Seiten der Realität eröffneten, oder zerstörte er durch seine Maßnahmen unter Anhängern und Gegnern die Fähigkeit, Wirkliches unvoreingenommen wahrzunehmen?“ — Es fällt nun allerdings auf, daß die geschichtlich-gesellschaftliche ‚Wirklichkeit‘, die Verf. durch seinen Ansatz mit Recht zur Schlüsselinstanz erklärt, so gut wie gar nicht zu Wort kommt. Nur im ständigen Hin und Her zwischen sozialem Prozeß und politischen Ideen, die auf diesen sowohl reagieren als Einfluß nehmen sollen, ließe das ideologiekritische Programm des Verfassers sinnvoll sich verwirklichen. (Übrigens kommt Ideologie als Terminus in dem Buche nicht vor.) — In Anlehnung an Dilthey verfährt der Verf. ganz formal beim Untersuchen von Realitätsbezogenheit einer politischen Vorstellung. Zwei Typen von die Realität verfehlenden Haltungen werden unterschieden, je nachdem, ob der Akzent auf Innerlichkeit oder auf verstandesmäßig-theoretischer Konstruktion liegt: Unter der Überschrift „Wirklichkeit — eine Projektion innerer Erfahrungen“ wird neben Männern wie de Gaulle, Péguy, Ernst Jünger, Carl Schmitt und Mussolini auch ein mißverständener Sigmund Freud aufgeführt, dem vorgeworfen wird, er habe „zu Unrecht seine eigenen inneren Erfahrungen, die er Triebe nennt, auf die gesamte Menschheit“ projiziert (70 f.). — Unter der Überschrift „Wirklichkeit — eine theoretische Konstruktion“ finden sich wiederum recht wahllos behandelt: Carl Peters, Hitler und Th. E. Lawrence. — Als richtunggebende Vorbilder behandelt N. abschließend Dilthey und Saint-Exupéry. In Dilthey findet N. vor allem den „Respekt“ vor dem

„lebensnotwendigen“ Gegner, in Saint-Exupéry den Spott gegen rationale Konstruktion und die Apotheose des Schweigens („Menschliches Handeln auf dem Wege zur Stille“). — Damit erhält das Buch eine ideologische Note, die umso gefährlicher als ganz unreflektiert ist. Es genügt nicht, den Realitätsgehalt einer Idee mit Wörtern wie „unvoreingenommen“, „realistisch“ zu begutachten. Dahinter scheint sich ein Begriff von Realität zu verbergen, der mit dem Begriff von rationaler Theorie unvereinbar ist. Unterschiedlos wird — dies die Gefahr — jedes vernünftig-politische Programm verworfen. Dies wird deutlich, wenn es von Hitler und seinen Anhängern heißt: „Da sie die Wirklichkeit nicht stehen ließen, wie sie nun einmal war, sahen sie sich bald gezwungen, Teile der Wirklichkeit ihrerseits zu vernichten“ (163). Zu diesem undifferenzierten Verdikt N.s gegen jede gesellschaftsverändernde Praxis reimt sich nur zu gut jenes bei Saint-Exupéry gepriesene „Verstummen vor den Dingen“ (vgl. S. 228).

Wolfgang Fritz Haug (Berlin)

Miller, Susanne: Das Problem der Freiheit im Sozialismus. Freiheit, Staat und Revolution in der Programmatik der Sozialdemokratie von Lasalle bis zum Revisionismusstreit. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M. 1964 (344 S., Leinen, 32.— DM).

In diesem Buch wird der Versuch einer Analyse der ersten 40 Jahre sozialdemokratischer Parteigeschichte gemacht. Die Autorin sieht im Zusammenbruch der Weimarer Republik und im politischen Versagen der SPD im Jahr 1933 vor allem die Folge eines „Mangels an Kooperation zwischen den an der Erhaltung der Freiheit und der Demokratie interessierten Kräften“. Diese Intransigenz lege die Untersuchung sozialdemokratischer Freiheitsvorstellungen nahe, denn die Frage dränge sich auf, „ob diese Freiheitsvorstellungen den Ausgangspunkt gemeinsamen Handelns zur Abwehr von Freiheitsbedrohungen hätten bilden können oder ob sie ihrer Natur nach dazu ungeeignet waren“ (S. 14).

M's. Untersuchung beschränkt sich auf die Programmatik der Partei einschließlich der „Aussagen und Stellungnahmen der für die Politik der Partei Maßgeblichen“ sowie der dokumentarisch belegten „Aus-einandersetzungen um Interpretation und Gültigkeit der jeweiligen Programme“ (S. 15). Zweifellos ist M. die Bewältigung des schier unübersehbaren Materials gelungen, und ihre Studie stellt eine Art Nachschlagewerk dar, das alle wichtigen sozialdemokratischen programmatischen Äußerungen der behandelten Zeit sauber voneinander abgegrenzt und außerordentlich detailliert enthält. Die Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung wird dadurch gewiß erleichtert. Aber nicht zufällig bleibt die abstrakte Summierung der Schattierungen „des sozialdemokratischen Freiheitsbegriffs zusammenhanglos und unergiebig für die Analyse. Die Problemstellung ist selber fragwürdig, weil sie von der komplexen gesellschaftlichen Situation der Jahre vor 1933 einen nur engen Ausschnitt erfaßt. Auch eine Untersuchung der „nur“ geistesgeschichtlichen Elemente der Parteigeschichte kann auf eine Konfrontierung der ideologisch verfestigten Programmatik mit den realen gesellschaftlichen Verhältnissen und Tendenzen einerseits, mit der praktischen Politik der Partei innerhalb dieser Verhältnisse andererseits nicht verzichten. (Dazu wäre z. B. eine historisch-soziologische Analyse der verschiedenen Parteisatzungen von erheblicher Bedeutung.) M. verzichtet darauf, ebenso wie auf die Konfrontation der sozialdemokratischen Rezeption des Marxismus mit der Marx'schen Theorie selbst. Dadurch gibt die sonst korrekte Darstellung der Programmatik ein schiefes Bild wieder. Denn obwohl die Verf. vor der Annahme „einer Identität (sozialdemokratischer Vorstellungen und Stellungnahmen) mit den

Lehren und Anschauungen von Marx und Engels“ (S. 21) ausdrücklich warnt, ist sie doch selber außerstande, eine begründete Differenzierung vorzunehmen; vielmehr setzt sie die kautskyanistische Verballhornung der Marx'schen Theorie eben mit der Theorie durchgängig gleich. Wenn sich M. z. B. an zahlreichen Stellen (S. 118, 121, 187 ff., 217 f., 272) darüber beschwert, daß „das Verhältnis zwischen geschichtsphilosophischem Determinismus und ethischem Voluntarismus ... in der Theorie von Marx und Engels nicht klar gestellt“ worden sei, so läßt sich dies nur auf Mißverständnis (womöglich Unkenntnis) der einschlägigen Texte von Marx und Engels zurückführen. Gleichwohl taucht hier die historisch „richtige“ Spur auf: Es war in der Tat das Problem des Verhältnisses von Theorie und Praxis, und noch mehr das ihrer dialektischen Vermittlung, das in den Köpfen der Parteitheoretiker so viel Verwirrung anstiftete, und das von ihnen schließlich einer „Lösung“ zugeführt wurde, die sich für ihr Bewußtsein und ihr Handeln verhängnisvoll auswirken mußte: eine opportunistische, weil blinde Tagespolitik auf der einen Seite und die Heiligensprechung der Revolution in der dogmatisierten Theorie auf der anderen Seite wurden zur Ausdrucksform des Zerfalls von Praxis und Theorie; indem beides sich in einer zunehmend bürokratisierten Organisation vollzog, war der politischen Ohnmacht Tür und Tor geöffnet. Einer Äußerung darüber, ob diese Zusammenhänge für die Geschichte der SPD relevant sind, muß sich M. aufgrund ihrer abstrakten Fragestellung enthalten. Bedenkt man, daß die Verf. lange Zeit Funktionärin der SPD war und ihr noch heute eng verbunden ist, dann dokumentiert diese Untersuchung zugleich den Verfall theoretischen Bewußtseins in dieser Partei.

Peter Brokmeier (Berlin)

Bölling, Klaus: Die zweite Republik — 15 Jahre Politik in Deutschland. Kiepenheuer und Witsch, Köln-Berlin 1963 (413 S., Ln., 19.80 DM).

Der Untergang der Weimarer Republik und die Zeit des Faschismus hat die Kritiker an der deutschen Demokratie das Fürchten gelehrt. Seitdem sich mit dem Wiederaufbau des Kapitalismus in der Bundesrepublik die These durchgesetzt hat, der Untergang der Demokratie sei den konsequenten Demokraten selbst zuzuschreiben, da es ihnen an der notwendigen „Kompromißbereitschaft“ gefehlt habe, bemühen sie sich um eben diese Kompromisse. Statt der verfassungsrechtlichen Versprechungen verteidigen sie die (inzwischen von der Verfassungsnorm erheblich abweichende) Verfassungswirklichkeit der zweiten Republik auch dort noch, wo bereits durch Notstandsgesetze und Kampagnen gegen demokratische Institutionen (wie die des Wehrbeauftragten) das Klima für einen kalten Staatsstreich vorbereitet wird. B. gehört zu denen, die durchs „Umdenken“ am Image einer verwandelten SPD arbeiten, damit endlich ihr Traum von der Mehrheit in Bundestagswahlen realisiert werde. Er spielt den längst sozialisierten Ideologieverdacht gegen mögliche Sozialisierungspläne aus und schreibt seine laudatio für die neue SPD-Führung nach Ollenhauer: seine volle Sympathie gilt Wehner, weil dieser „die Sozialdemokratie von den Grenzgängern zwischen Demokratie und Volksdemokratie“ gesäubert habe (209). Da er es darauf anlegt, die Geschichte der Bundesrepublik als die Geschichte der Reform sozialdemokratischer Politik zu schreiben, spielen sich Überlegungen zum Faschismus oder die Behandlung wirtschaftlicher Konzentration in Nebensätzen ab: Der sozialdemokratische Sozialstaat, projiziert nach skandinavischem Vorbild, soll durch staatliche Mindestrenten und die „Disziplinierung“ des kapitalistischen Gewinnstrebens (121) deren Gefahren bannen. Als moderne „Volkspartei“ will die SPD „in der Mitte von Staat und Gesellschaft“ (209) das „Denken in ausgefahrenen Bahnen“ (177) endgültig überwunden haben — und den Notstand

selber verkünden. Daß dieser die etablierten Mächte erneut vor der längst fälligen Demokratisierung bewahren soll, übersehen B. und die SPD bei ihrem „hohen Maß an Identifikation mit dem Staat“ (265).
Bernhard Blanke (Berlin)

Flechtheim, Ossip K.: Von Hegel zu Kelsen. Rechtstheoretische Aufsätze. Duncker und Humblot Verlag, Berlin 1963, (88 S., brosch., 11.60 DM).

Die hier zusammengefaßten Aufsätze stammen bis auf einen aus der Zeit der Emigration Flechtheims. Mit Hegels Versuch der objektiven Legitimierung der Strafe setzt sich F. in dem Aufsatz „Die Funktion der Strafe in der Rechtstheorie Hegels“ auseinander. Für Hegel ist die Strafe, da wirklich, auch vernünftig. Sie stellt die Negation der vom Verbrecher gesetzten Negation des Rechts dar (S. 14). Der Verbrecher vereinigt sich in der Strafe wieder mit dem Vernunftwillen, von dem er sich loszureißen versuchte. Für ihn ist die Strafe ein Recht, das er zu beanspruchen hat, denn als Wiederherstellung des Rechts rehabilitiert sie ihn und ist ein wahrhafter Segen für den Schuldigen (S. 17). Soweit Hegel. F. kritisiert, Hegel hätte den geschichtlich-gesellschaftlich bedingten Charakter der Strafe nicht erkannt. Vergeblich versuche Hegel den Täter zu überreden, „daß die äußere Gewalt, die ihm die anderen antun, in Wahrheit die Freiheit darstellt, zu der er sich selbst bestimmen soll“ (S. 20). Der Verbrecher weigere sich jedoch, daran zu glauben, daß die Strafe die Entfremdung zwischen ihm und der bürgerlichen Gesellschaft aufzuheben vermag. Nur in der philosophischen Abstraktion, in der spekulativen Einbildung versöhne Hegel Strafe und Verbrechen. F. meint, es gelänge Hegel lediglich, den Gedanken des alten *ius talionis* in die Sprache der bürgerlichen Warengesellschaft zu übersetzen (S. 19). „Da Hegel aber gleichzeitig Verbrechen und Strafe in der Wirklichkeit bestehen läßt . . . , so kann er nicht verhindern, daß schon die Existenz von Verbrechen und Strafe und die Unfähigkeit der Gesellschaft, sie zu überwinden, Beweis genug dafür sind, daß diese Gesellschaft kein Reich der Vernunft und Freiheit ist“ (S. 20). Weniger einsichtig als diese ausgezeichnete Hegelkritik sind Flechtheims „Kritische Bemerkungen zur Rechtslehre von Marx und Engels“. Es scheint so, als ob er die gängigen Marxismusinterpretationen mit den eigentlichen Lehren von Marx und Engels verwechselt.

Kritisch betrachtet F. in seinem dritten Beitrag: „Recht und Gesellschaft: Einige pluralistisch-soziologische Randglossen zur Reinen Rechtslehre“ einige Grundbegriffe Kelsens. F. stellt den von Kelsen konstruierten Idealtypus des Rechts in Frage und erwägt, „ob bei dieser Konstruktion nicht die Föhlung mit der geschichtlich-gesellschaftlichen . . . Wirklichkeit verlorengelht“ (S. 42). Kelsen gelänge es zwar, dadurch, daß er die Rechtspflicht für primär, die Berechtigung für sekundär hält, die rechtstechnische Problematik zu klären und zu vereinfachen, doch werde damit zugleich politisch-historisch die Rechtsposition des Menschen gegenüber der Macht geschwächt (S. 44). Gegen Kelsens Auffassung, schon in der bloßen Wirksamkeit einer Zwangsordnung sei ihr Rechtscharakter begründet, verweist F. u. a. auf die von den Nazis gegen die Juden in Form von Geheimbefehlen getroffenen Maßnahmen (S. 47/48). F. kann diese nicht als Bestandteil der Rechtsordnung qualifizieren, „nur weil hinter ihnen die Macht jener steht, die über die Rechtserzeugung verfügen, weil, um mit Kelsen zu sprechen, sie Teil ‚einer bestimmten Ordnung (oder Organisation) der Macht‘ sind“ (S. 52). Rechtssätze sind für F. nicht schon deswegen Recht, weil sie juristische Form haben, wie die Positivisten meinen, oder weil sie ewiggültige Normen verkünden — so die Naturrechtler —, sondern weil sie „gesellschaftlicher Wille“ sind (S. 52).

Rechtshistorisches Interesse verdienen die beiden letzten Aufsätze, die sich mit der Völkerrechtstheorie der Bolschewisten Korowin und Paschukanis und mit der Völkerrechtslehre der Nazis befassen. F. stellt den Funktionswandel der sowjetischen Völkerrechtslehre dar. War sie bei Korowin noch Bestandteil der bolschewistischen Revolutionstheorie, so kehrte Paschukanis zu der klassischen Völkerrechtstheorie zurück, war doch aus der Sowjetunion inzwischen „ein mächtiger sich mehr und mehr verfestigender bürokratisch-diktatorischer Macht- und Nationalstaat geworden“.

Die nationalsozialistische Völkerrechtslehre entlarvt F. als den „Prototyp einer politischen Ideologie“, als „ein warnendes Beispiel für ‚wishful thinking‘“ (S. 82). Sie dient lediglich der Legitimierung der nationalsozialistischen Politik, vor allem der Außenpolitik. Wie F. meint, ist es daher alles andere als ein Zufall, „daß sich . . . die Völkerrechtslehre als einziger Zweig der nationalsozialistischen Rechtslehre vollkommen vom Positivismus abwandte“ und Naturrechts-Elemente in sich aufnahm. „Der Positivismus bedeutet nämlich in der Rechtstheorie stets die Anerkennung des jeweiligen status quo seitens der Wissenschaft . . . Da jedoch der Nationalsozialismus sich außenpolitisch im Kampf gegen den 1919 in Versailles begründeten status quo erschöpft, durfte die seiner Außenpolitik dienende Völkerrechtsideologie alles sein — nur nicht positivistisch“ (S. 82).

Mit seinen lesenswerten Aufsätzen will Flechtheim jene unterstützen, deren Ziel es ist, das Recht aus einem Herrschaftsinstrument der Privilegierten in ein „Mittel zur Förderung der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ aller zu verwandeln. Sigrid Ständer (Berlin)